

Familienbericht



Familien in der Steiermark

Bedarfe | Unterstützungsangebote | Herausforderungen

Vorwort

Landesrätin
Dr.in Juliane Bogner-Strauß



Portraitfoto
© Marija Kanizaj

Familien sind die Säulen der Gesellschaft. Die Sorgen um die berufliche Zukunft, Arbeitslosigkeit, Einsamkeit, psychische Belastungen und dazu fehlende soziale Kontakte beeinflusst das Familienleben. Es gilt gerade nach enorm schwierigen vergangenen Monaten das Familienleben wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung zu stellen.

Damit dies bestmöglich begleitet und unterstützt werden kann, braucht es eine detaillierte Analyse der aktuellen Situation, die mit dem Familienbericht 2022 nun vorliegt. Darin sollen die Grundlagen für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Familienpolitik überprüft und justiert werden. Ziel ist eine zeitgemäße Orientierung in Land, Wirtschaft und Gesellschaft, die Familien in der Steiermark eine positive Entwicklung erleichtert, Abhängigkeiten mindert und die Familie als starke Kraft der gesellschaftlichen Mitte in den Vordergrund rückt. Mit dem Blick auf die ökonomische und wirtschaftliche Lage sowie die Wünsche von Eltern auf die Herausforderungen und Rahmenbedingungen, die Elternschaft prägen, ergeben sich verschiedene Handlungsfelder für eine Familienpolitik, die den Anspruch hat, Eltern eine gute Elternschaft zu ermöglichen. Dabei wird mir gerade als Mutter bewusst, dass „gute“ Elternschaft eine normative Setzung ist.

Familien und Familienleben bestmöglich zu stärken und zu unterstützen ist das Ziel der Steiermärkischen Landesregierung. Denn die Familie ist nicht nur der Lebensmittelpunkt für viele von uns, Familien sind auch die Säulen unserer Gesellschaft.

Vorwort

Leiterin der A6 - Fachabteilung Gesellschaft
Mag.^a Alexandra Nagl



Portraitfoto
© Raoul Lechner

Die Vielfalt der steirischen Familien, dass ihre Bedürfnisse, Herausforderungen, Anliegen auf allen gesellschaftlichen Ebenen berücksichtigt werden, dass Familien stärker in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit rücken und ihre Wichtigkeit für die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft sichtbar gemacht werden, ist, was uns tagtäglich beschäftigt und antreibt.

Familien sind bunt, individuell und keine gleicht der anderen. Dennoch eint sie eines - sie sind das Fundament der Gesellschaft und der Ort, an dem Zukunft stattfindet. Doch nicht erst seit der Pandemie ist bekannt, dass Familien aus eigener Selbstwirksamkeit Lösungsstrategien generieren und gangbare Wege definieren können. Dafür benötigen sie allerdings für sie passende Strukturen und Rahmenbedingungen, um den Familienalltag gut zu bewältigen. Dies gilt es immer wieder neu zu definieren und dahingehend gemeinsam zu gestalten.

Im Familienjahr 2021 hat die A6 - Fachabteilung Gesellschaft sowohl verschiedene qualitative als auch quantitative Erhebungen durchgeführt, um die Bedürfnisse und Bedarfe von Familien in der Steiermark sowie der Akteur*innen rund um Familien in den unterschiedlichsten Bereichen zu eruieren. Alle wesentlichen Ergebnisse wurden nun vom IFA Steiermark - Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung in diesem Familienbericht gebündelt und im Detail analysiert.

Hierbei sind insbesondere die daraus resultierenden zentralen Themen- sowie Handlungsfelder rund um das Thema „Familie“ hervorzuheben, aus denen wir als Fachabteilung Gesellschaft die entsprechenden Ableitungen treffen werden.

Zudem möchte ich mich ganz herzlich bei allen Verantwortlichen, die bei der Erstellung des Familienberichtes mitgewirkt haben, bedanken.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG – FAMILIEN IN DER STEIERMARK.....	5
1.1 Aufbau des Berichtes	7
2. VERWENDETE UNTERLAGEN	8
2.1 ZWEI UND MEHR-Familienbefragung	8
2.2 Regionale Online-Fokusgruppen	8
2.3 Ergebnisse der Zukunftswshops	9
2.4 Sekundärstatistiken und Expertisen	9
3. GESELLSCHAFTLICHER WANDEL UND FAMILIENPOLITIK	10
4. FAMILIEN IN DER STEIERMARK.....	12
4.1 Trendumkehr in der Bevölkerungsentwicklung	13
4.2 Haushalte	14
4.3 Familien	15
4.4 Kinderbildung und -betreuung	17
4.5 Beschäftigungsverhältnisse und Wandel am Arbeitsmarkt	19
4.6 Armut und Armutsgefährdung	22
4.7 Gleichstellung und Vereinbarkeit	23
5. DIE SICHT DER STEIRISCHEN FAMILIEN.....	25
5.1 Die Stichprobe der Befragten	25
5.1.1 Geschlechtszugehörigkeit und Alter	25
5.1.2 Höchste abgeschlossene Ausbildung	25
5.1.3 Erwerbssituation	26
5.1.4 Familiensituation	27
5.1.5 Regionale Verteilung	28
5.2 Themenfeld Familienleben	30
5.3 Themenfeld finanzielle Situation	33
5.4 Themenfeld Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben	35
5.5 Themenfeld Partnerschaft und Gleichstellung	39
5.6 Themenfeld Unterstützungen	43
5.7 Erwartungen und Wünsche	46

6. DIE SICHT DER AKTEUR*INNEN IM FAMILIENBEREICH	51
6.1 Themen und Herausforderungen auf der Ebene von Familien	51
6.1.1 Familienbilder	52
6.1.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie	53
6.1.3 Kinderbildung und -betreuung	55
6.1.4 Stärkung von Eltern - Elternbildung	56
6.1.5 Information – Zugang zu schwer erreichbaren Gruppen	58
6.1.6 Sonstige Angebote für Familien und Eltern	60
6.1.6.1 Medizinische und sozialpsychiatrische Versorgung	60
6.1.6.2 Angebote für Kinder und Jugendliche	61
6.1.6.3 Umgang mit der Digitalisierung	62
6.2 Themen / Herausforderungen auf der Ebene der Akteur*innen	63
6.2.1 Ebene Gemeinden	63
6.2.2 Ebene Finanzierung und Förderstrukturen	66
6.2.3 Ebene Elementarpädagogik	67
6.2.4 Ebene Vernetzung	68
7. ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN	68
LITERATURVERZEICHNIS.....	73

1. Einleitung – Familien in der Steiermark

„Zwei oder aber auch mehr? Vater, Mutter, Kind(er), alleinerziehend, Regenbogen-, Patchwork-, Mehrgenerationenfamilie – Familie kann unterschiedlich groß und bunt sein! Für die meisten ist sie das Wichtigste im Leben – ein warmer Ort zum Lachen, Weinen, Streiten, Verzeihen, Wohlfühlen, Krafttanken und noch mehr (besonders auch in schwierigen Zeiten), wie uns viele Familien aus der Steiermark erzählt haben.“¹

Mit Familien – *„bunt, vielfältig, individuell und keine gleicht der anderen. Dennoch eint sie die Basis aller Dinge – sie sind das Fundament der Gesellschaft und der Ort, an dem Zukunft stattfindet“*² - setzte sich auch die Fachveranstaltung „Familie von heute. Bedürfnisse und Bedarfe von morgen?“ der A6 - Fachabteilung Gesellschaft des Landes Steiermark Ende Oktober 2021 auseinander, welche im Zuge des Familienjahres 2021 stattfand. Im Fokus standen vor allem an aktuelle Herausforderungen angepasste Unterstützungen, Strukturen und Rahmenbedingungen für eine möglichst optimale Alltagsbewältigung als Voraussetzung dafür, dass Familien in der Steiermark einen *„lebenswerten Raum für Familien“* vorfinden. *„Doch nicht erst seit der Pandemie ist bekannt, dass Familien aus eigener Selbstwirksamkeit Lösungsstrategien generieren und gangbare Wege definieren können. Dafür benötigen sie allerdings für sie passende Strukturen und Rahmenbedingungen, um den Familienalltag gut zu bewältigen. Dies gilt es immer wieder neu zu definieren und dahingehend gemeinsam zu gestalten. Somit möchten wir als A6 - Fachabteilung Gesellschaft (FAGS) im Familienjahr 2021 gemeinsam mit Ihnen als relevante und impulsgebende Akteur*innen rund um Familie neue und gangbare Wege in der Steiermark diskutieren, bereits Bestehendes auf die Bühne holen, Familien zu Wort kommen lassen und sie miteinander in Kooperation bringen.“*

Vorbereitend auf diese Veranstaltung wurden mehrere Aktivitäten umgesetzt: Im Herbst 2021 führte das Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen in Kooperation mit der Landesstatistik Steiermark, A17 Landes- und Regionalentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation, die „ZWEI UND MEHR-Online-Familienbefragung“ durch. Ebenso wurden im Herbst in den sieben Regionen der Steiermark Online-Fokusgruppen mit systemrelevanten Akteur*innen rund um die Familie umgesetzt. Im Rahmen der Fachveranstaltung „Familie von heute. Bedürfnisse und Bedarfe von morgen?“ wurden weiters Zukunftsworkshops zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen, die das Familienleben tangieren, mit einleitenden Impulsreferaten abgehalten.

¹ Vgl.: ZWEI UND MEHR. Das steirische Familienmagazin. Ausgabe 45. Herbst 2021, S. 6.

² Vgl. hier und folgend: Einladung zur Konferenz am 29.10.2021. Auch der aktuelle österreichische Familienbericht bezieht sich in seinem Untertitel auf die Funktion von Familien als gesellschaftliches Fundament: Siehe: 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019. Neue Perspektiven – Familien als Fundament für ein lebenswertes Österreich. Hrsg. vom Bundeskanzleramt/Frauen, Familie, Jugend und Integration (BKA/FFJI). Projektleitung: BKA/FFJI, Abteilung VI/9, Familienpolitische Grundsatzabteilung. Wissenschaftliche Koordination: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien. Wien 2021. Eine Kurzfassung davon wurde mit dem Titel „6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019 – Auf einen Blick“ auf Grundlage der einzelnen Beiträge des Langberichts erstellt.

Ziel dieser Aktivitäten war es, eine Standortbestimmung vorzunehmen, inwieweit ein grundsätzlich für moderne europäische Gesellschaften geltendes allgemeines Ziel von Familienpolitik, nämlich Familien in all ihrer Vielfalt und in unterschiedlichsten Phasen *„bestmöglich in ihren Aktivitäten zu unterstützen und finanziell so weit abzusichern, dass sie gut leben können“*³, erreicht ist. Andernfalls, falls notwendig, ob auch familienpolitische Instrumente und Maßnahmen (vor allem im Zuständigkeitsbereich des Landes und der Gemeinden) an geänderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen bzw. immer vielfältigere unterschiedliche Lebenswelten von Familien anzupassen sind.⁴

Die Ergebnisse dieser sowohl qualitativen als auch quantitativen Erhebungen und Aktivitäten bilden die Basis für den vorliegenden Familienbericht. An Hand der detaillierten Analyse des Ist- und des Soll-Zustands zur Lage der Familien in der Steiermark aus Sicht von Familien (der Ergebnisse der Familienbefragung) und Akteur*innen in diesem Bereich (Fokusgruppen und Zukunftswshops) werden zentrale Handlungsfelder und auch bedarfsorientierte Maßnahmen für den Fachbereich Familie des Referates Familie, Erwachsenenbildung und Frauen der A6 - Fachabteilung Gesellschaft herausgearbeitet und zur Diskussion gestellt.

Besonderes Augenmerk wird im Familienbericht auf jene Familienkonstellationen und Lebensbereiche gelegt, die besondere Herausforderungen mit sich bringen – für Betroffene in den Familien und für Politik und Gesellschaft allgemein. Dies betrifft zum einen das Spannungsfeld „Arbeit und Familie“ bzw. die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben, das auf vielen Ebenen – von der Kommunalpolitik bis zur Wirtschaft - noch viel zu oft als nur frauenpolitisches Thema behandelt wird⁵. Die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit als ein zentrales Anliegen der Gesellschaft und der Familienpolitik unter dem Banner von Partnerschaftlichkeit und Gleichberechtigung setzt aber Maßnahmen voraus, die traditionelle Familienvorstellungen bzw. geschlechtsspezifische Rollenbilder ebenso wie Organisationskulturen in Gemeinden, Betrieben, Vereinen, Arbeitszeitmodelle und ungleiche Entlohnungen als Hindernisse der Vereinbarkeit begreifen und zumindest das Bewusstsein dafür schärfen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Situation von Familien in Kleingemeinden mit ihren oft eingeschränkten Möglichkeiten institutioneller Unterstützungs- und Betreuungsangebote für Familien, aber auch mit oft zu wenigen adäquaten Arbeitsplätzen fokussiert.

Zum anderen betrifft das vor allem auch Ein-Eltern-Haushalte bzw. Alleinerziehende⁶ und Familien mit mehreren Kindern, die vor allem auf Unterstützung angewiesen sind und ein besonders hohes Armutsrisiko aufweisen. Armut schränkt Handlungsspielräume ein - mit Folgen auch für langfristige Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern, wenn dadurch etwa Unterstützung für

³ Vgl. dazu: Michaela Gstrein: Grundsätzliche Betrachtungen: Was kann, was soll Familienpolitik. In: 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019, S. 11-63, hier. S. 18.

⁴ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass sich auch die Ziele der Familienpolitik bzw. zentrale Schwerpunktsetzungen (z.B. Armutsreduktion, Lastenausgleich, Erhöhung der Kinderanzahl, Bereitstellung von Arbeitskräften, Schutz der Institution Familie, frauenpolitische Gleichstellung, Kinderwohl etc.) verändert haben. Seit Einführung der Kinderbeihilfe als erste direkte Familienleistung im Jahr 1955 haben sich Familien, ihre Zusammensetzung und ihre Bedürfnisse maßgeblich verändert. Das erfordert insbesondere in einer schnelllebigen und individualisierten Gesellschaft laufende familienpolitische Änderungen. Siehe Gstrein, a.a.O., S. 60f.

⁵ Vgl. auch Steirische Gleichstellungsstrategie. Die Steiermark am Weg zu mehr Fairness und Geschlechtergerechtigkeit. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung A6 – Fachabteilung Gesellschaft, Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen, Februar 2021; Strategisches Themenfeld 5 Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit, S. 26ff.

⁶ Im Jahr 2019 haben diese einen Anteil von 14% in der Steiermark. Vgl. dazu die hochgerechneten Werte der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021. Erstellt von Statistik Austria. Familien nach Familientyp, Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) und Bundesländern. Jahresdurchschnitte 2021 sowie Kap.4.3.

Schulbelange, Gesundheitsförderung, sportliche und kulturelle Teilhabe etc. tangiert wird. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang weiters Familien, die die Entwicklung ihres bzw. ihrer Kinder bestmöglich fördern wollen, denen dies wegen eingeschränkter materieller und ideeller Ressourcen aber schwer möglich ist, weiters auch problematische familiäre Konstellationen, welche eventuell weniger der Entwicklung dienen. Beispielsweise, wenn Eltern bei gemeinsamer Obsorge Konflikte über die Kinder austragen, wenn Gewalt in der Familie das Leben prägt oder wenn, wie im letzten Jahr sprunghaft angestiegen, Familien ihre Kinder aus der für das soziale Lernen wichtigen Institution Schule herausnehmen und sie im häuslichen Unterricht auf ihre Zukunft vorbereiten wollen.⁷

1.1 Aufbau des Berichtes

Nach der einleitenden Vorstellung des Auftrags und der Zielsetzungen des Familienberichts im ersten Kapitel des vorliegenden Endberichts werden im zweiten Kapitel die verfügbaren Unterlagen, auf denen dieser Bericht basiert, im Überblick skizziert. Genauere Ergebnisse daraus werden in den späteren Kapiteln vorgestellt.

Hierauf setzt sich das dritte Kapitel mit soziodemografischen gesellschaftlichen Veränderungen auseinander, welche zum derzeitigen Status quo der Situation von Familien und zu aktuellen familienpolitischen Herausforderungen in der Steiermark beigetragen haben. Es sind das vor allem die Veränderungen am Arbeitsmarkt und der Familienkonstellationen, weg von mehrgenerationenübergreifenden Haushalten hin zur Kernfamilie mit einem bis zwei Kind/ern. Kurz werden auch historisch wechselnde familienpolitische Aufgaben und Ziele angesprochen.

In Kapitel vier wird ein allgemeiner Überblick über Entwicklungen von Familien und Haushalten in der Steiermark gegeben. Dabei wird auch der Zusammenhang mit der Flexibilisierung und Deregulierung am Arbeitsmarkt hin zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen, unter anderem durch den digitalen Wandel vorangetrieben, angesprochen. Besonders Frauen sind von negativen Auswirkungen betroffen und tragen beispielsweise ein höheres Armutsrisiko.

Das fünfte Kapitel widmet sich den in der „ZWEI UND MEHR–Familienbefragung“ erhobenen Befunden. Nach einem kurzen Abgleich relevanter Merkmale der Population der Befragung mit der Gesamtbevölkerung in der Steiermark werden vor allem die Bereiche Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in unterschiedlichen Themenfeldern, Bedarfe und Anregungen präsentiert.

Im Kapitel sechs werden Problemlagen und Herausforderungen, Unterstützungsbedarfe von Familien in der Steiermark aus Sicht von Akteur*innen, die rund um den Bereich Familie beruflich tätig sind, und ihre Verbesserungsanregungen vorgestellt. Die Befunde der Fokusgruppen und der Zukunftswshops bei der Familienfachveranstaltung der A6 - Fachabteilung Gesellschaft dienen auch als „Hintergrundfolie“ für die Ergebnisse der Familienbefragung. Nach den Kapiteln fünf und sechs sind Optimierungs- und Verbesserungsanregungen zusammengefasst.

⁷ Im Fokus vor allem der kommunalen Ebene könnten weiters Haushalte von älteren Personen stehen, in denen betagte Eltern(teile) wohnen, welche einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen, wenn ein langer Verbleib in den eigenen vier Wänden ermöglicht werden soll. Im kommunalen/regionalen Fokus können ergänzende und den jeweiligen regionalen Bedingungen angepasste flexible Unterstützungen in der Altenarbeit (haushaltsnahe Dienstleistungen, Unterstützung pflegender Angehöriger) und Kinderbetreuung, aber auch in Kooperation mit Betrieben Arbeitszeitmodelle, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, stehen.

Das abschließende siebente Kapitel bietet eine Übersicht über die Ergebnisse sowie eine Zusammenfassung inklusive von daraus abgeleiteten Optimierungsanregungen für familienpolitische Handlungsfelder.⁸

2. Verwendete Unterlagen

2.1 ZWEI UND MEHR-Familienbefragung

An der ZWEI UND MEHR-Familienbefragung⁹ nahmen insgesamt 1.823 Personen aus (werdenden) Familien mit Kindern unter 18 Jahren und Wohnsitz in der Steiermark teil. Die Leitfrage „Wie geht es den Familien in der Steiermark?“ wurde nach den sieben Themenfeldern „Familienleben“, „Finanzielle Situation“, „Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben“, „Partnerschaft und Gleichstellung“, „Unterstützungsleistungen“, „Wünsche und Erwartungen“ sowie „Zukunftsperspektive“ gegliedert. Ziel war es zu erfahren, was Familien für ein „*gutes, gesundes, gleichberechtigtes Leben*“¹⁰ benötigen. Mit der Stichprobengröße stellt die Befragung durchaus eine umfassende empirische Grundlage zu familienpolitisch relevanten Fragestellungen dar, welche Einblicke in das Leben von Familien in der Steiermark und Anregungen für zeitgemäße familienpolitische Unterstützungen und bestmögliche Rahmenbedingungen für das Gelingen von Familienleben bietet. Die Befragung ist aufgrund der gewählten Methodik einer Online-Erhebung nicht repräsentativ, daher beleuchtet die Stichprobe – so viel sei hier schon angemerkt – eher einen höher gebildeten Ausschnitt der Bevölkerung und dementsprechend Lebenslagen der Mittelschicht. Wie für Online-Befragungen charakteristisch, nahmen daran eher besser gebildete, sprachlich bzw. schriftlich versierte und mit notwendigen digitalen Kompetenzen vertraute Personen teil. Mögliche Verzerrungen werden bei den einzelnen Ergebnissen thematisiert.

2.2 Regionale Online-Fokusgruppen

In allen sieben für die Regionalentwicklung Steiermark relevanten Regionen wurden, vorbereitend auf die Fachveranstaltung, relevante Akteur*innen rund um den Bereich Familie zu Online-Fokusgruppen eingeladen, um ihre Einschätzung zu den aktuellen (regionalen) Herausforderungen, Wünschen und Bedarfen von Familien und Akteur*innen im Feld Familie in Erfahrung zu bringen und mögliche Optimierungen zu diskutieren. Insgesamt haben 48 Personen an den sieben Terminen zu jeweils zwei Stunden teilgenommen.¹¹ Vertreten waren etwa Koordinator*innen von

⁸ Die Anregungen werden entlang der Achsen finanzielle Zuwendung/Entlastung, Ermöglichung von mehr Zeit für die Familie oder Bereitstellung von unterstützender familienrelevanter Infrastruktur differenziert.

⁹ Konzipiert zunächst als „Minibefragung“ und durchgeführt im Zeitraum zwischen 13.09. bis 06.10.2021, um für die geplante Tagung ein „Stimmungsbild“ präsentieren zu können. Die Bewerbung bzw. der Zugang erfolgte über die A6 Fachabteilung Gesellschaft und verschiedene Kooperationspartner*innen sowie über den ZWEI UND MEHR-Facebookauftritt. Die Befragung wurde vom Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen in Kooperation mit der Landesstatistik Steiermark erstellt und durchgeführt. Für den Familienbericht wurden die erfassten Daten (inkl. einzelner Detailauswertungen) in einer Excel-Datei zur Verfügung gestellt.

¹⁰ Siehe: ZWEI UND MEHR. Das steirische Familienmagazin. Ausgabe 45. Herbst 2021, S. 3.

¹¹ Die Zahl der Teilnehmer*innen reichte von vier Personen in der Obersteiermark-Ost bis zu elf Personen im Steirischen Zentralraum. Die regionalen Online-Fokusgruppen führte die BlueLab OG in enger Abstimmung mit dem Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen im September 2021 durch. Am Ende der jeweiligen Diskussion wurde die persönliche Einschätzung der Akteur*innen im Sinne eines Zukunftsbildes 2025 abgefragt: „Das Feld Familie hat sich in Ihrer Region optimal entwickelt. Was ist entstanden? Was hat sich entwickelt?“ Ein Ergebnisbericht im Umfang von rund 120 Seiten wurde für die Erstellung des gegenständlichen Familienberichts zur Verfügung gestellt.

„Gemeinsam stark für Kinder“, regionale Jugendmanager*innen, Vertreter*innen von Frauen- und Mädchenberatungsstellen, der Frühen Hilfen, der Kinder- und Jugendhilfe, von Eltern-Kind-Zentren, von Familienberatungsstellen oder von Organisationen der offenen und verbandlichen Jugendarbeit.

Relevante Leitfragen betrafen jeweils Themen und Herausforderungen für Familien und Akteur*innen im Familienbereich in den Regionen, ebenfalls Bedarfe und Wünsche von Familien und Akteur*innen in der Region sowie Handlungsfelder der (regionalen) Familienpolitik.

2.3 Ergebnisse der Zukunftswshops

Insgesamt wurden im Rahmen der Fachveranstaltung „Familie von heute. Bedürfnisse und Bedarfe von morgen?“ zehn „Zukunftswshops“ durchgeführt. Bei diesen diskutierten die Teilnehmenden in Kleingruppen nach einleitenden Impulsreferaten von Expert*innen unterschiedliche Schwerpunktthemen, die das Familienleben tangieren, etwa Lebenswelten von jungen Familien und Kinderbildungs- und -betreuungsangebote, Elternbildung, zukünftige „Wohnwelten“ von Familien, interdisziplinäre Prävention im Familienkontext, Digitalisierung, kommunale Familienangebote oder die Auswirkungen von Covid-19 auf Kinder, Jugendliche und Familien. Die verschriftlichten Kurzdokumentationen wurden ebenfalls für den Familienbericht zur Verfügung gestellt. Ziel war es, konkret umsetzbare Maßnahmen zu definieren.

2.4 Sekundärstatistiken und Expertisen

Zur Einbettung der Ergebnisse der erwähnten Unterlagen in allgemeine, breitere gesellschaftliche Analysen soziodemografischer Entwicklungen wurden weitere Unterlagen und Datenquellen genutzt, z.B. der Landesstatistik Steiermark und der Statistik Austria (Bevölkerung, Haushalte, Familien, Berufstätigkeit, Erwerbsbeteiligung) oder des AMS. Weiters fließen verschiedene Befunde und Expertisen in den Bericht ein. Diesbezüglich kann vor allem auf den sehr umfangreichen 6. Österreichischen Familienbericht als Referenzrahmen zugegriffen werden, wo vor allem auch beispielhafte nationale und internationale familienpolitische Maßnahmen beschrieben sind. Zusätzlich werden Ergebnisse von EU-SILC¹² (vor allem Indikatoren für Armutsgefährdung und Armut nach der Familiensituation) oder das Wiedereinsteiger*innen-Monitoring der AK eingearbeitet. Nur am Rande erwähnt werden aufgrund mangelnder Unterlagen auf Bundesländerebene die Vielfalt von Familien- und Haushaltsformen (Patchwork, Living apart together, Mehrgenerationenhaushalte etc.), Entwicklungen etwa bei Teenagerschwangerschaften oder später Elternschaft, familiengerechte Wohn- und Lebenswelten, problematische Familiensituationen (Trennungen, Gewalt in der Familie) u.ä.m.

¹² Die jährlich europaweit durchgeführte Erhebung EU-SILC („Statistics on Income and Living Conditions“) bietet eine grundlegende Basis für die Analyse der Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten bzw. von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung. Diesbezüglich wird methodisch ein Lebenslagen- und Ressourcenansatz verfolgt. Vgl.: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband EU-SILC 2020, April 2021.

3. Gesellschaftlicher Wandel und Familienpolitik

Familienpolitik stellt eine Querschnittsmaterie dar und tangiert viele weitere Politikfelder. Zu denken ist im Sinne der Chancengerechtigkeit etwa an die Bildungspolitik, im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie an die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, bei der Verringerung von Armut und ihrer langfristigen Folgen für Kinder an die Sozial- oder Gesundheitspolitik. Eine weitere enge Verbindung besteht zu den Politikfeldern der Gleichstellung, der Kinderrechte und des Kindeswohls, der Regionalentwicklung, des Schutzes vor Gewalt, der gesellschaftlichen Teilhabe, in Hinblick auf eine lebenswerte Zukunft an die Klima- und Umweltpolitik etc.

In einer pluralistischen Gesellschaft sind unterschiedliche Familienformen und Bedürfnisse von Familien entsprechend individueller Lebensentwürfe, Anliegen und Alltagsprobleme vorhanden. Durch soziale und ökonomische Entwicklungen, familiäre Trends und neue Bedürfnisse entstehen auch neue Bedarfe und neue Erwartungen an Unterstützung, welche eine laufende Anpassung familienpolitischer Instrumente und Maßnahmen erfordern.

Familienstrukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten von der Norm einer selbstverständlich als Ehegemeinschaft organisierten Familie¹³ weg entwickelt. Vor dem Hintergrund gleichstellungspolitischer Notwendigkeiten und Erfolge in Hinblick auf den Ausbau von Kinderbetreuung und Elementarbildung, die zunehmende weibliche Bildungs- und Erwerbsbeteiligung oder steigender Scheidungen sind vielfältige Familienkonstellationen entstanden. Die Ehe ist längst nicht mehr das „Ernährermodell“ mit einem männlichen Versorger bzw. Alleinverdiener. Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist zum notwendigen Regelfall geworden, in breiten Bevölkerungsgruppen würde ein Verdienst nicht mehr ausreichen, für eine Familie aufzukommen. Der weibliche „Zuverdienst“ – nach dem ersten Kind sehr häufig in Teilzeit – hat aber auch negative Folgen.

Mittlerweile ist eine Vielfalt an Familienformen an die Stelle des ursprünglichen Kernfamilienmodells getreten – etwa Familien, in denen es nur einen Elternteil gibt oder sich beide Eltern Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung teilen, Regenbogen- und Patchworkfamilien etc. Damit haben sich familienpolitische Schwerpunkte verschoben und neue Herausforderungen ergeben. Etwa sind die Themen Gleichstellung und Vereinbarkeit wichtiger geworden. Zum Teil verändern sich die Erwartungen an die Familie und an Unterstützung auch mit unterschiedlichen Phasen eines Lebenslaufes, wo sich Zeiten von Bildung, Weiterbildung, Erwerbsbeteiligung, Reproduktion und Sorgearbeit dynamisch abwechseln, was unterschiedliche Formen von Unterstützung und sozialer Absicherung erfordert. Mit zunehmender Lebenserwartung und dem Wegfall von Mehrgenerationenhaushalten rückt auch die Unterstützung bei der Pflegearbeit immer mehr in das familienpolitische Blickfeld. Auch das schon zuvor angesprochene Konzept unterschiedlicher Lebens-, Erwerbs- und daher auch Familienphasen sowie die angestrebte stärkere Beteiligung von Männern am Familienalltag erfordern eine Berücksichtigung in anderen Politikbereichen. Dies betrifft etwa die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit im Sinne der ökonomischen Unabhängigkeit¹⁴, den Ausbau von Kinderbetreuung und Elementarbildung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geschlechtliche Gleichstellung im Berufsleben bis zur gesellschaftlichen und politischen

¹³ Vgl. dazu: Gstrein, a.a.O., hier S. 39ff.

¹⁴ Die ökonomische Eigenständigkeit und die Verringerung der Einkommensunterschiede bildete auch eines der sechs strategischen Themenfelder der „Steirischen Gleichstellungsstrategie“. Weitere Felder sind: die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben für Frauen und Männer, Beteiligung, Mitbestimmung und Repräsentanz von Frauen, Gewaltprävention und Gewaltschutz, der Abbau von Geschlechterstereotypen und Erweiterung der Handlungsoptionen sowie der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Wohnraum. Siehe: Steirische Gleichstellungsstrategie. Die Steiermark am Weg zu mehr Fairness und Geschlechter-Gerechtigkeit. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 - Fachabteilung Gesellschaft, Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen. Februar 2021.

Teilhabe und einen Wohlfahrtsstaat, der Investitionen in Kinder in den Mittelpunkt stellt. Familienpolitik hat mit ihren Überschneidungen mit vielen anderen Politikbereichen einen wesentlichen Einfluss auf Gesellschaft und Alltagsleben.

Wie im letzten österreichischen Familienbericht auch historisch nachgezeichnet wird, ist es ein grundlegendes Ziel der Familienpolitik, Familien in ihren vielfältigen Formen und hinsichtlich neuer Herausforderungen adäquat zu unterstützen.¹⁵ Als wichtig erachtet werden vor allem die Schaffung von adäquaten rechtlichen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen, Instrumenten und Maßnahmen, um Familien eine positive Entwicklung und ein annehmlisches Familienleben zu ermöglichen. Eine Herausforderung der Familienpolitik ist es, die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen so flexibel zu gestalten, sodass vielfältige Formen von Familien davon profitieren und in ihrem Alltag unterstützt werden. Dabei wird es immer wichtiger, auf Wünsche, Bedürfnisse und individuelle Präferenzen und Lebensentwürfe einzelner Familienmitglieder einzugehen, statt Familie als eindeutig definierte und selbstverständlich funktionierende gesellschaftliche „Basisseinheit“ zu unterstützen. Das erfordert unter dem Schlagwort individuelle Wahlfreiheit, ein in vielen Belangen stärker flexibilisiertes Leistungsangebot, das familiären Herausforderungen im Spannungsfeld Familie und Individuum gerecht wird. Als wichtig erachtet wird aber auch, dass in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem der Wirtschafts- und Arbeitswelt, Maßnahmen zur Anerkennung von Familienleistungen und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent unterstützt werden.

Leitlinien für die Familienpolitik bilden neben dem Wohlbefinden von Eltern und Kindern, einer ausreichenden Lebensqualität, welche Kindern und Jugendlichen eine positive Entwicklungsbasis bietet, auch wirtschaftliche Stabilität, Chancengerechtigkeit und Wahlfreiheit in Sinne einer selbstbestimmten Gestaltung von Familie und Leben. Unabhängig von sozialer Herkunft, Abstammung, Geschlecht etc. sollen alle Kinder gleiche Lebenschancen vorfinden. Um sowohl Bedürfnisse von Kindern abzudecken als auch Familien in finanzieller, sozialer und integrativer Weise bestmöglich zu unterstützen, werden familienpolitische Unterstützungen als Trias von Zeit-Geld-Infrastruktur-Leistungen¹⁶ geboten. Familienpolitik intendiert damit, familiäres Wohlbefinden über das Ermöglichen von mehr Zeit für die Familien, über finanzielle Zuwendungen oder Entlastungen sowie über die effiziente Bereitstellung familienrelevanter Infrastruktur zu erreichen. Exemplarisch dafür stehen beispielsweise familiäre Zeitangebote rund um die Geburt, für Kinderbetreuung oder Pflege (z. B. Karenz, Elternteilzeit, Papamonat), finanzielle Förderungen und Leistungen (z. B. Kinderbetreuungsgeld, einkommensabhängige und steuerliche Förderungen) sowie Angebote und Sachleistungen für Familien (z. B. Kinderbetreuung, Spielgruppen, Wohnen, Bildung).¹⁷ Im Fokus stehen dabei unterschiedlichste, für das Familienleben und die Entwicklungsmöglichkeiten wichtige Dimensionen, wie materielle Absicherung und materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Beziehungen zu Gleichaltrigen, zum sozialen Umfeld und zur Familie, Verhalten und Risiken, familienpolitische Entwicklungen und Erwerbstätigkeit sowie das subjektive Wohlbefinden aller Familienmitglieder.¹⁸

¹⁵ Vgl. dazu und im Folgenden vor allem Gstrein, a.a.O., S. 11ff.

¹⁶ Auch als Zeit-Geld-Infrastruktur-Ansatz bezeichnet.

¹⁷ Im deutschsprachigen Raum würden vergleichsweise mehr Maßnahmen im Bereich Geld stehen und weniger im Bereich Zeit und Infrastruktur.

¹⁸ Hier bestehen auch viele Überschneidungen zu den drei Strategien des Landes Steiermark, mit denen das Land Steiermark bzw. A6 - Fachabteilung Gesellschaft Aktivitäten in diesen Bereichen vor dem Hintergrund, dass vor allem auf regionaler Ebene eine wahrnehmbare Veränderung von Strukturen und Lebensbedingungen erreicht werden könne, forciert hat. Das sind die „Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Landes Steiermark 2017-2022“, die „Steirische Strategie der Bildungs- und Berufsorientierung“ und die „Steirische Gleichstellungsstrategie“.

Um aktuelle und zukünftige Herausforderungen bestmöglich bewältigen zu können und im Sinne des gesellschafts- und gleichstellungspolitischen Ziels der partnerschaftlichen Teilung der Sorgearbeit muss im Fokus stehen, dass mit Familienleistungen nicht tendenziell ein Familienmodell, in dem Mütter den größeren Teil der Betreuungsarbeit übernehmen und Väter den größeren Teil der Erwerbsarbeit, forciert werden. Für die Familienpolitik sind daher folgende Aufgaben in den Blick zu nehmen:

- Familien als gesellschaftliche Gruppierung betrachten, die einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft leisten kann.
- Die Vielfalt der Lebens- und Familienformen aufnehmen und adressieren.
- Sich in die Perspektive der einzelnen Familienmitglieder (Frauen, Männer und Kinder) hineindenken.
- Finanzielle und zeitliche Vereinbarkeit fördern und Familien durch die Bereitstellung von adäquater Infrastruktur und einem passenden sozialen Umfeld stärken.
- (Bestmöglich) Chancengerechtigkeit für alle Kinder herstellen und Potenzial fördern.
- Gleichstellung in allen Familien und Belangen fördern.
- Integration fördern sowie Sicherheit und Schutz sicherstellen.¹⁹

4. Familien in der Steiermark

Die demografische Entwicklung in der Steiermark folgt ebenso dem Muster der Bevölkerungsreduktion außerhalb der zentralen Regionen und der Abnahme von (generationenübergreifenden) Großfamilien. Es zeigt sich anhand der Daten vor allem, dass dort, wo prosperierende Wirtschaftsstandorte und damit Arbeitsplätze gegeben sind, Bevölkerungszuwächse durch Zuwanderung, in weniger prosperierenden, oft peripheren Regionen hingegen Abwanderung, Überalterung der Bevölkerung und eine Ausdünnung der kommunalen und regionalen Infrastrukturen die Folgen sind.²⁰ Dies steht auch mit der Veränderung von Haushaltsformen und Familien in Zusammenhang und bewirkt auch einen Wandel in Bezug auf die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür, dass Familien in der Steiermark einen „lebenswerten Raum“ vorfinden, der auch die Vereinbarkeit Erwerbs- und Sorgearbeit erleichtert und eine möglichst optimale Alltagsbewältigung erlaubt.

Der gesellschaftliche Wandel in Bezug auf Familien ist in der Steiermark in den letzten Jahrzehnten weiter vorangeschritten, in ländlicheren Regionen etwas abgemildert und mit anderen Auswirkungen. Das zeigt sich an der weiteren Verkleinerung der Haushalte, an der Zunahme von Singlehaushalten und dem Rückgang ehemals durchaus gängiger „Großhaushalte“ bzw. „Mehrgenerationenhaushalte mit vielen Kindern“ ebenso deutlich wie beim rasant ansteigenden Anteil der Lebensgemeinschaften, während die Anzahl der Ehepaare stetig abnimmt.²¹ Bei der Haushaltsgröße spielt der Stadt-Land-Effekt eine große Rolle. In Städten ist der Anteil an Mehrpersonenhaushalten traditionell geringer. Der Unterschied zwischen den ländlichen Regionen und

¹⁹ Siehe, Gstrein, a.a.O., S. 59.

²⁰ Vgl. dazu: Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien. Steirische Statistiken Heft 1/2014. Hrsg. vom Land Steiermark, Abteilung 7, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation.

²¹ Vgl. Landesstatistik Steiermark zu (Privat-) Haushaltsgrößen, Familien und Familientypen, Familien nach Kinderanzahl sowie die oben genannte Publikation.

den Städten hat sich aber verringert, weil der Anteil von Haushalten mit vier und mehr Personen mittlerweile auch in ländlichen Regionen zum Teil drastisch gesunken ist. Gestiegen sind in den letzten Jahrzehnten fast durchgehend die Anzahl der Haushalte und der Familien.

4.1 Trendumkehr in der Bevölkerungsentwicklung

Zu Beginn des Jahres 2021 erreichte die Steiermark einen Höchststand von 1.247.077 Bewohner*innen. Mit 630.927 Frauen und 616.150 Männern bestand ein leichter Frauenüberhang, Frauen haben einen Anteil von knapp über der Hälfte (50,6%).²² Damit setzt sich der Bevölkerungszuwachs im viertbevölkerungsreichsten Bundesland Österreichs fort, der 2001 nach drei Dekaden mit Bevölkerungsrückgang begonnen hat, wobei vor allem der Großraum Graz sowie der Zuzug aus dem Ausland (bei zumeist negativen Geburtenbilanzen) dafür verantwortlich sind.²³

Seit 2002 sind fast durchwegs negative Geburtenbilanzen gegeben, die allerdings durch positive Wanderungsbilanzen - hauptsächlich durch die Zuwanderung aus dem Ausland - ausgeglichen werden. 2021 lebten in der Steiermark 147.818 Bewohner*innen mit ausländischer Staatszugehörigkeit, das entspricht einem Anteil von 11,9%. Fast 60% von ihnen leben im steirischen Zentralraum (Graz Stadt 48,4%, Graz-Umgebung 10,0%). Auch in den Bezirken Bruck-Mürzzuschlag, Liezen, Leibnitz, Leoben und Murtal wohnen noch (absolut und im Verhältnis zur Bevölkerung) größere Gruppen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft. Nach dem Migrationshintergrund – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – leben in der Steiermark 191.500 Personen. Als Personen mit Migrationshintergrund werden Menschen bezeichnet, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Das entspricht einem Anteil an der steirischen Bevölkerung von 16,6%. Rund drei Viertel (75,2%) wurden selbst im Ausland geboren und zählen damit zur sogenannten ersten Generation. 24,8% werden der zweiten Generation zugeordnet, sie sind Kinder von zugewanderten Personen, die in Österreich zur Welt gekommen sind.²⁴ Wichtige Herkunftsländer der Migrant*innen sind Rumänien, Bosnien, Deutschland, Ungarn, Kroatien, Türkei, Slowenien, Syrien und Afghanistan, wobei vor allem Personen aus Slowenien, Deutschland, der Türkei und Bosnien, die oft auch bereits die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.²⁵

Demografisch von Bedeutung ist die fortschreitende Alterung der Bevölkerung, auch in Zusammenhang mit der kontinuierlich steigenden Lebenserwartung. Im langfristigen Trend ist der Anteil an Kindern stetig zurückgegangen, während der Anteil an Personen im Erwerbsalter leicht und der Älteren stark zugenommen hat. Der Anteil der Unter-19-Jährigen lag zu Beginn des Jahres 2021 in der Steiermark bei 18,0%, jener der Über-65-Jährigen bei 20,7%.²⁶ Generell ist die Alterung der Bevölkerung in den Bezirken der Obersteiermark und in Voitsberg bzw. vor allem in Regionen mit Abwanderung und Bevölkerungsreduktion am stärksten ausgeprägt. Aktuell besteht die Alterspyramide mit einer breiten Basis an Kindern und Jugendlichen als größte Bevölkerungs-

²² Vgl. hier und folgend: Wohnbevölkerung am 1.1.2021. Statistik Austria; Bearbeitung: Landesstatistik Steiermark.

²³ Vgl. dazu: Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien. Steirische Statistiken Heft 1/2014, S. 10ff. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die stark gestiegene deutlich positive Wanderungsbilanz – das sind Zuzüge minus Wegzüge – zurückzuführen, während die Geburtenbilanz – das sind Geburten minus Sterbefälle - seit langem zumeist und weiterhin deutlich negativ ist. Der positive Wanderungssaldo wurde hauptsächlich durch internationale Zuwanderung – vor allem nach Graz – verursacht.

²⁴ Siehe Statistik Austria, Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt 2021). Hochgerechnet aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

²⁵ Vgl. Wohnbevölkerung am 1.1.2021, Wanderungen 2020 Steirische Statistiken, Heft 6/2021, S. 39.

²⁶ Zum Vergleich: am Stichtag der Registerzählung 2011 waren 19,3% der steirischen Bevölkerung jünger als 20 Jahre, 18,9% der Menschen waren 65 Jahre und älter.

gruppe und einer mit steigendem Alter enger werdenden Spitze nicht mehr. Kinder und Jugendliche machen nicht mehr den größten Bevölkerungsanteil aus, sondern Personen in den Jahren am Ende der Berufslaufbahn, vor allem ausgelöst durch die „Babyboomer“ im letzten Jahrhundert.

Zukünftig wird mit einer Verstärkung der vorliegenden regionalen Disparitäten in der Bevölkerungsentwicklung gerechnet. Einem stark wachsenden Zentralraum Graz steht ein Bevölkerungsrückgang vor allem oberhalb der Mur-Mürz-Furche gegenüber. Im Ballungsraum Graz-Stadt und Graz-Umgebung wird mit einer weiteren Bevölkerungskonzentration gerechnet. In geringerem Ausmaß wird auch für die Bezirke Leibnitz und Weiz eine Zunahme der Bevölkerung prognostiziert. In allen anderen steirischen Bezirken werden Bevölkerungsrückgänge erwartet, besonders deutlich (vor allem durch Binnenabwanderung und Geburtendefizite verursacht) in den obersteirischen Bezirken Bruck-Mürzzuschlag, Leoben, Murtal und Murau.²⁷

All dies hat auch zu veränderten Lebensbedingungen für Familien beigetragen, und hier vor allem in Hinsicht auf familiäre Unterstützung und Entwicklungsmöglichkeiten der nachfolgenden Generationen.

4.2 Haushalte

In Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Entwicklungen wuchs die Zahl der Privathaushalte²⁸ in der Steiermark seit langem. Allein von 2001 bis 2019 stieg ihre Anzahl um 83.715 bzw. um 17,9%.²⁹ Basierend auf aktuellen Prognosen wird die Zahl der Haushalte aufgrund der ebenfalls wachsenden Bevölkerung kontinuierlich bis 2050 steigen. Im Jahr 2019 waren insgesamt 552.535 Privathaushalte verzeichnet. Am häufigsten sind Einpersonenhaushalte, am seltensten sind Haushalte mit fünf und mehr Personen. In den letzten 50 Jahren (seit 1971) gibt es stete Zuwächse bei den Einpersonen- und Zweipersonenhaushalten. Dreipersonenhaushalte nahmen bis 2011 zu, nachher verringerten sie sich, Vierpersonenhaushalte nahmen bis zur Volkszählung 1991 zu, ihre Zahl verringerte sich aber seit diesem Zeitpunkt. Einzig Haushalte mit fünf oder mehr Personen haben stetig abgenommen.

Seit 2001 hat sich der Anteil der Ein- und Zweipersonenhaushalte von 58,4% auf 68,2% vergrößert, Einpersonenhaushalte machten 2019 beinahe 37% aus.³⁰ Hingegen haben sich die Anteile aller Haushalte von drei Personen und mehr verringert. Dreipersonenhaushalte machten 2019

²⁷ Vgl. dazu: Regionale Bevölkerungsprognose Steiermark – Bundesland, Bezirke und Gemeinden. Steirische Statistiken Heft 3/2020, S. 17ff.

²⁸ Unter einem Privathaushalt versteht man eine Wohnung oder eine ähnliche Unterkunft, in der Personen, die mit ihrem Hauptwohnsitz dort gemeldet sind, leben. Diese Unterteilung führt auch zur Größe des Haushaltes. Bei den Privathaushalten wird in weiterer Folge auch zwischen Familien- und Nichtfamilienhaushalten unterschieden, also nach dem Haushaltstyp. Innerhalb der Familienhaushalte wird nach dem Typ der darin lebenden Familie bzw. nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kernfamilien unterschieden. Die Nichtfamilienhaushalte beinhalten private Einpersonenhaushalte und Mehrpersonenhaushalte ohne Kernfamilie. Vgl. hier und folgend: Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien, S. 61ff.

²⁹ Nicht berücksichtigt sind Anstaltshaushalte. Das sind Einrichtungen, in der eine Gruppe von Personen untergebracht und versorgt wird, wie beispielsweise Pflegeheime, Altersheime, Internate, Kasernen, Justizvollzugsanstalten, Einrichtungen für sozial Benachteiligte, Wohnungslose, Menschen mit Behinderung, Flüchtlinge, Schüler- und Studentenwohnheime etc. Die Anzahl der darin lebenden Menschen liegt aber zumeist unter einem Prozent.

³⁰ Die meisten Personen, die in der Steiermark im Jahr 2011 alleine in einer Wohnung lebten, waren ledig (42,9%), danach folgten verwitwete und geschiedene Personen. Einen geringen Anteil hatten verheiratete Personen. Vgl. hier und folgend: Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien, S. 65 f.

noch 14,8% aus, Vierpersonenhaushalte 10,8% und Haushalte mit mindestens fünf Personen lediglich 6,2%, 2001 waren es noch 9,2%.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße betrug 1971 3,2, im Jahr 2019 nur noch 2,2 Personen. In Graz und Leoben lag sie bei unter zwei Personen, in ländlichen Bezirken wie Murau, Südoststeiermark, Weiz, Hartberg-Fürstenfeld bei rund 2,5 Personen.³¹

Abbildung 1: Entwicklung der Privathaushalte in der Steiermark nach Größen



Quelle: Statistik Austria und Landesstatistik Steiermark, bearbeitet durch das IFA-Steiermark

4.3 Familien

Steiermarkweit ist die Zahl der Familien³² in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen (von 302.645 Familien im Jahr 1971 auf 350.211 im Jahr 2019, was einen Zuwachs von 15,7% bedeutet). Die meisten Familien leben entsprechend der demografischen Verteilung in der Landeshauptstadt Graz, gefolgt von den Bezirken Graz-Umgebung, Bruck-Mürzzuschlag, Weiz und Leibnitz. Am unteren Ende liegen der Bezirk Voitsberg und - weit abgeschlagen - Murau. In 43,6% aller Familien in der Steiermark lebten im Jahr 2019 keine Kinder. Zusammengefasst kann

³¹ Spitzenreiter ist Hartberg-Fürstenfeld mit 2,52. Vgl.: Landesstatistik Steiermark. Privathaushalte nach Größe.

³² Der Begriff Familie bezieht sich auf das sogenannte Kernfamilien-Konzept. Danach werden Ehepaare und Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder als Familie bezeichnet. Aber auch Elternteile, also Mutter oder Vater, die alleine mit Kind(ern) in einem Haushalt leben, bilden eine Familie. Der Begriff Kinder umfasst alle leiblichen, Stief- oder Adoptivkinder, die mit ihren Eltern im gleichen Haushalt leben, aber selbst keinen Partner oder Kinder haben. In diesem Zusammenhang ist das Alter oder die Berufstätigkeit der Kinder nicht von Bedeutung, denn auch ein 50-Jähriger, der mit seiner 80-jährigen Mutter gemeinsam in einem Haushalt lebt, wird als Kind gezählt. Großeltern, die mit ihren Enkelkindern ohne deren Eltern gemeinsam in einem Haushalt lebten, werden seit 2001 nicht mehr als Familie gezählt. Für die Familienstatistik werden ausschließlich Privathaushalte berücksichtigt. Seit Beginn 2010 haben gleichgeschlechtliche Paare in Österreich die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft zu begründen. Diese Paare werden in den nachfolgenden Statistiken als „Ehepaare“ mit oder ohne Kind(er) gezählt. Aufgrund des Datenschutzes werden gleichgeschlechtliche und gegengeschlechtliche Paare nicht getrennt ausgewiesen. Vgl.: Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien, S. 64f.

abgeleitet werden, je urbaner die Regionen, umso kleiner sind die Familien, umso mehr Singlehaushalte und umso weniger Großfamilien bestehen, am deutlichsten zeigt sich das in Graz.

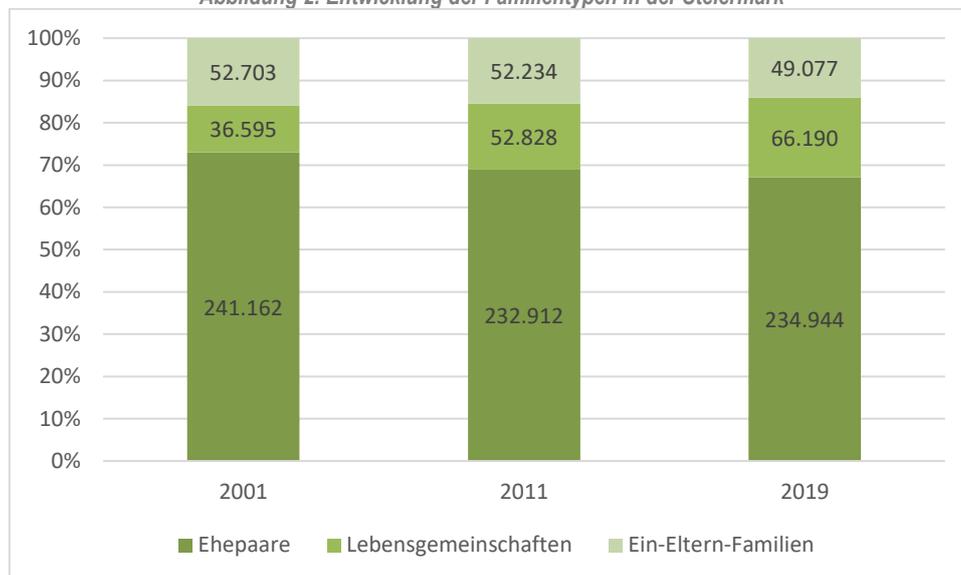
Nach Familientypen leben mit rund zwei Drittel die meisten Familien in der Steiermark in einem ehelichen Verhältnis. Ihr Anteil aber von seit 2001 bis 2019 von 73,0% auf 67,1% gesunken. Seit 1971 hat die Zahl der Ehepaarfamilien von 256.351 auf 234.944 im Jahr 2019 abgenommen.

Hingegen ist der Anteil von Lebensgemeinschaften in diesem Zeitraum von 10,8% auf 18,9% weiter gestiegen. Seit 1971 hat sich die Anzahl der Paare, die in einer Lebensgemeinschaft wohnen, von 8.999 auf 66.190 mehr als versiebenfacht.

Der Familientyp „Ein-Elternteil-Familien“ blieb im Zeitraum von 2001 bis 2019 ungefähr auf dem gleichen Niveau, der Anteil verringerte sich leicht von 15,9% auf 14,0%. Auf lange Sicht hat er seit 1971 aber um 11.782 Fälle oder 31,5% zugenommen, ihre Zahl stieg von 37.295 auf 49.077.

Im Durchschnitt der Steiermark waren 14,0% der Familien Ein-Elternteilfamilien, überdurchschnittlich viele in der Stadt Graz und in den Bezirken Liezen und Voitsberg, am wenigsten in den Bezirken Graz-Umgebung, Leoben, Bruck-Mürzzuschlag und Weiz.³³ „Alleinerziehende“ Elternteile, der Großteil Mütter, tragen überwiegend die tägliche Verantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder, was auch ihre Teilhabe am Berufsleben erschwert. Infolgedessen besitzen sie auch ein besonders hohes Armutsgefährdungsrisiko (wie auch Mehrkinderfamilien) und benötigen daher vermehrte Unterstützung.

Abbildung 2: Entwicklung der Familientypen in der Steiermark



Quelle: Statistik Austria und Landesstatistik Steiermark, bearbeitet durch das IFA-Steiermark

Nach Kindern in den Familien gibt es Unterschiede nach den Familientypen.³⁴ In Familien von Ehepaaren leben im Jahr 2021 in rund der Hälfte (50,1%) auch Kinder. In über der Hälfte (53,9%) dieser Familien gibt es Kinder unter 15 Jahren. Die durchschnittliche Kinderanzahl in Familien liegt bei 1,71.

³³ Vgl. Statistik Austria, Landesstatistik Steiermark. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2019. Familien nach Familientyp.

³⁴ Vgl. dazu die hochgerechneten Werte der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021. Erstellt von Statistik Austria. Familien nach Familientyp, Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) und Bundesländern. Jahresdurchschnitte 2021.

In Familien von Lebensgemeinschaften sind Kinder seltener. Lediglich 43,8% wohnen mit Kindern zusammen. Im überwiegenden Fall (81,9%) sind auch Kinder unter 15 Jahren darunter. Die durchschnittliche Kinderanzahl liegt hier bei 1,54 Kindern. In Ein-Elternteil-Familien beträgt die durchschnittliche Kinderanzahl 1,41 Kinder. In rund einem Drittel (34,4%) dieser Familien sind Kinder unter 15 Jahren vorhanden. Alleinerziehende Mütter (insgesamt 28.700) stellen mit ihren Kindern den Großteil der Ein-Elternteil-Familien, sie haben einen Anteil von 83,7%, alleinerziehende Väter (insgesamt 6.600) einen Anteil von 16,3%. Überwiegend haben Alleinerziehende nur ein Kind (rund 68%, es besteht ein kaum geschlechtsspezifischer Unterschied). Die durchschnittliche Kinderanzahl der alleinerziehenden Mütter liegt bei 1,53. 38,0% von ihnen wohnen mit Kindern unter 15 Jahren zusammen.

Nach der Kinderanzahl ist in der Steiermark von 1981 bis 2019 ein Rückgang der mittleren Anzahl der Kinder pro Familie von 1,4 auf 0,9 zu beobachten, wobei hier auch kinderlose Familien eingerechnet sind. Am höchsten ist die Kinderzahl pro Familie in den ländlicheren Gebieten wie Hartberg-Fürstenfeld, Weiz, Murau und der Südoststeiermark. Signifikant abgenommen hat der Anteil der Familien in der Steiermark mit drei und mehr Kindern. Waren es 1981 noch knapp 16%, konnten im Jahr 2019 nur noch knapp 6% verzeichnet werden. Bei der durchschnittlichen Kinderanzahl muss jedenfalls beachtet werden, dass es sich hierbei nur um jene Kinder handelt, die im gemeinsamen Haushalt leben, und nicht um jene, die von einer Frau insgesamt geboren wurden.

Insgesamt gab es 2021 rund 163.300 Paare (123.500 Ehepaare und 39.800 Lebensgemeinschaften) ohne Kinder. Im Jahr 1971 waren es erst 69.944 Paare, wobei auch Paare enthalten sind, deren Kinder bereits ausgezogen sind. Der Anteil von Familien in der Steiermark ohne Kinder ist seit langem steigend.

Von den nach Mikrozensus 2021 erfassten 154.600 Paaren mit Kindern handelt es sich in 131.700 Fällen um Familien, mit Kindern unter 25 Jahren. Davon sind 13.700 sogenannte „Stieffamilien“ bzw. Patchwork-Familien, bei denen die Eltern Kinder aus vorhergehenden Ehen oder Lebensgemeinschaften in die neue Beziehung eingebracht haben.³⁵

Der Familienstand variiert mit Geschlecht und Alter (und Lebenserwartung). Bei den Männern steigt der Anteil der Verwitweten bei allen Altersklassen nie weiter als knapp über 60%, bei Frauen erreicht dieser auch 90%, was mit der höheren Lebenserwartung der Frauen zusammenhängt. Zusammenfassend heiraten Frauen früher als Männer, lassen sich in der Folge auch früher scheiden und sind bereits früher verwitwet.

4.4 Kinderbildung und -betreuung

Die institutionelle Kinderbetreuung hat in zweifacher Hinsicht eine große Bedeutung. Zum einen als elementare Bildungseinrichtung mit einem hohen Einfluss auf die Chancengerechtigkeit von Kindern im Bildungsbereich und zum anderen als Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern und damit für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Adäquate Kinderbetreuungsangebote, welche die Bildungschancen von Kindern fördern, sind notwendig, um die Nutzung der Angebote und damit sowohl die Erwerbsquote- bzw. das Erwerbsausmaß der Eltern zu erhöhen, was letztendlich im gemeinsamen Interesse der Eltern, Unternehmen und Gemeinden (und auch des AMS) liegen sollte.

³⁵ Vgl. dazu die hochgerechneten Werte der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021. Erstellt von Statistik Austria. Stieffamilien nach Familientyp („Patchworkfamilien“), Zahl der Kinder, Bundesländern und Gemeindegrößen im Jahresdurchschnitt 2021.

Ein großer Nachholbedarf besteht in der Steiermark bei Kleinkindern, die Betreuungsquote liegt bei Kindern im Alter zwischen 0 und 2 Jahren bei 17,8% (Österreich 27,6%). Von den 3- bis 5-Jährigen werden 88,2% der Kinder institutionell betreut (Österreich 92,6%). Allerdings täuscht diese Anzahl durch die beinahe vollständige Betreuung im letzten Jahr vor dem Schuleintritt etwas. Die Betreuungsquote der 3-Jährigen liegt bei 74,3% (Österreich 86,6%). Das heißt, ein Viertel ist ohne institutionelle Betreuung, was auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert. Die strukturellen Probleme werden auch von Akteur*innen, die rund um den Bereich Familie tätig sind, formuliert. Ihrer Erfahrung nach³⁶ ist das Angebot für Kinderbetreuung trotz aller erzielter Fortschritte in den letzten Jahren vor allem in ländlicheren Regionen weiter verbesserungswürdig und die Betreuungssituation mit eingeschränkten Öffnungszeiten, Personalmangel und einem geringen Betreuungsschlüssel wird von Familien oft als Belastung erlebt. De facto wurde durch die Ausbauoffensiven des Landes Steiermark in den letzten Jahren das Angebot an Betreuungsplätzen deutlich ausgeweitet, allerdings gab es im Jahr 2021 nach wie vor 20 von insgesamt 286 Gemeinden, in welchen keine Betreuungsmöglichkeit für unter 3-Jährige geboten wird³⁷. Des Weiteren gibt es familiäre Bedarfe für flexible Angebote, welche einen stunden- oder tageweisen Bedarf abdecken. Ohne familiäre Netze (Großeltern etc.) wären die Kinderbetreuung und damit verbunden die Vereinbarkeit mit dem Erwerbsleben für viele Familien noch schwieriger zu bewerkstelligen. Besonders betroffen von den vorhandenen Lücken sind Alleinerziehende, die sich durch finanzielle Engpässe nur schwer eine zusätzliche Betreuung leisten können.

Ein großer regionaler Nachholbedarf (insgesamt an Betreuungsplätzen und insbesondere für Kleinkinder und Nachmittagsbetreuungsformen) besteht vor allem in den ländlicheren Regionen. Strukturelle Probleme werden auch deutlich am Anteil der Kinder, die in den Kindertagesheimen auch das Mittagessen einnehmen, was auch mit eingeschränkten Öffnungszeiten in Zusammenhang steht. Dieser liegt in den Kleinkindbetreuungseinrichtungen der Steiermark im Schnitt bei 81%,³⁸ in den Kindergärten bei 35%. In den Horten erhalten 95% der Betreuten auch ein Mittagessen.

³⁶ Online-Fokusgruppe in der Oststeiermark im September 2021 mit 6 Teilnehmer*innen zum Thema „Familie heute“ im Auftrag der A6 - Fachabteilung Gesellschaft.

³⁷ Vgl. Kinderbetreuungsatlas der AK Steiermark. www.kinderbetreuungsatlas.akstmk.at

³⁸ Vgl. dazu: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2020/21. Für das Bundesland Steiermark sind seit dem Berichtsjahr 2018/19 keine vollständigen Angaben über das Geschlecht der Kinder und über die Einnahme eines Mittagessens vorhanden, die Werte wurden geschätzt. Der hohe Wert von 81% bezieht sich auf eine geringe Grundgesamtheit von rund 4800 Kindern in Krippen etc. Erstellt am 16.07.2021.

4.5 Beschäftigungsverhältnisse und Wandel am Arbeitsmarkt

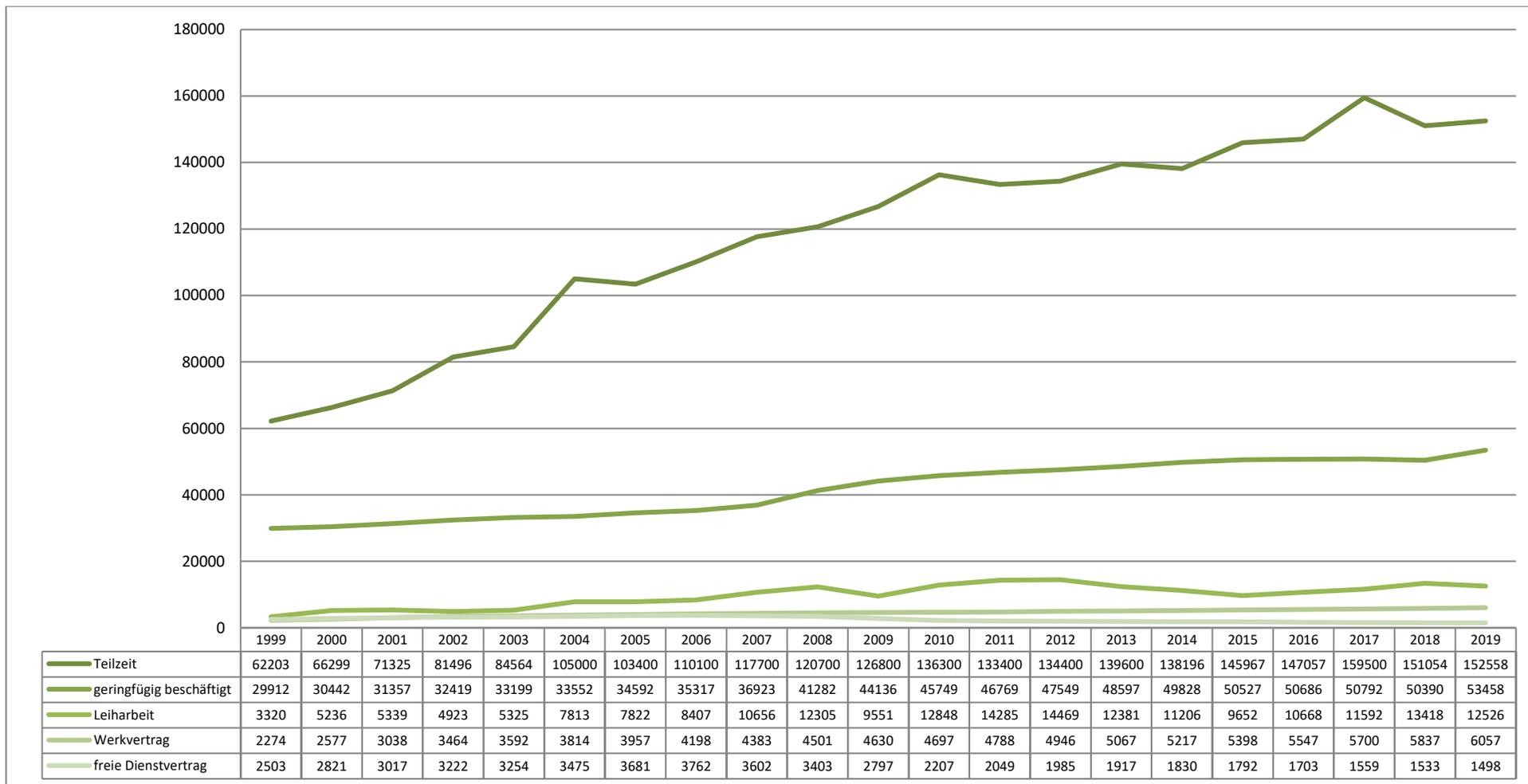
Im Jahr 2020 waren in der Steiermark 520.639 unselbständig Beschäftigte registriert (238.354 Frauen und 282.285 Männer).³⁹ Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist in den letzten Jahren in der Steiermark und in Österreich kontinuierlich gestiegen. Der Beschäftigungszuwachs in diesem Zeitraum war bei Frauen zumeist etwas höher als bei Männern, auch aufgrund ihrer steigenden Erwerbsbeteiligung. Allerdings überwiegt noch immer der Männeranteil an der unselbstständigen Aktivbeschäftigung in der Steiermark, so wie auch in allen anderen Bundesländern. Der Frauenanteil in der Steiermark lag 2020 bei 45,8%.

Die Deregulierung am Arbeitsmarkt, die einerseits immer mehr das traditionelle Normalarbeitsmodell der Vollzeitbeschäftigung in Frage stellt, andererseits eine Reihe von sonstigen Formen selbständiger und unselbständiger Beschäftigung, die Folgen für die soziale Absicherung und auch die Armutsgefährdung mit sich bringt, ist auch in der Steiermark deutlich zu sehen. Die fortschreitende Globalisierung, die Liberalisierung sowie der steigende Grad an Flexibilisierung bewirkten einen starken Wandel bei den Beschäftigungsverhältnissen. Während im Jahr 1999 in der Steiermark 367.543 Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse bestanden, waren es 17 Jahre später 386.229. Über den gesamten Zeitraum gab es damit nur wenig Veränderung. Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben im Vergleich dazu mit wenigen Jahresausnahmen kontinuierlich zugenommen. Teilzeitarbeit wuchs in diesem Zeitraum um 145% - die gestiegene Erwerbsquote von Frauen steht vor allem damit in Zusammenhang. Die Leiharbeit ist von einem sehr niedrigen Niveau startend um 154% gewachsen, allerdings ist seit dem Jahr 2012 wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Beschäftigung auf Werkvertragsbasis hat sich um 75% gesteigert, lediglich bei freien Dienstverträgen liegt ein Minus von 54% vor. Bei geringfügiger Beschäftigung gab es einen Zuwachs von 65%.⁴⁰

³⁹ Siehe: Arbeitsmarkt 2020. Steirische Statistiken, Heft 2/2021, S.12. In diesem Jahr kam es erstmals nach vielen Jahren wegen der Covid-Pandemie wieder zu einem Beschäftigtenrückgang. Gezählt werden aktive Beschäftigte im Jahresdurchschnitt. Aktivbeschäftigte sind unselbstständig beschäftigte Arbeiter*innen, Angestellte, Lehrlinge, Beamte und Beamtinnen und freie Dienstnehmer*innen über der Geringfügigkeitsgrenze. Ausgenommen sind Präsenzdienste und Kinderbetreuungsgeldbezieher*innen mit aufrechtem Dienstverhältnis. Personen mit zwei Beschäftigungsverhältnissen scheinen zweimal auf.

⁴⁰ Vgl. Regionalstatistik 2020, Arbeiterkammer Steiermark, S. 85ff. Es werden wiederum Beschäftigungsverhältnisse, nicht Personen gezählt. Die Zahlen beruhen nach dem Labour Force-Konzept (LFK) auf Mikrozensusergebnissen, Personen müssen in der Bezugswoche der Befragung mindestens eine Stunde gearbeitet haben. Teilzeit reicht bis 35 Stunden.

Abbildung 3: Beschäftigungsverhältnisse in der Steiermark 2002 – 2019



Quelle: Regionalstatistik 2020, Arbeiterkammer Steiermark, S. 84ff

Die Entwicklung weg von der „Normalarbeit“ (einer Vollzeitbeschäftigung) hin zur atypischen prekären Beschäftigung mit oft unzureichender sozialer Absicherung zeigt auch Auswirkungen auf das Familienleben. Einerseits wurde dadurch der für viele Familien notwendige „Zuverdienst“ in Form von Teilzeitarbeit etc. erleichtert, andererseits aber haben sich zeitgleich – vor allem im Falle von Trennungen - die sozialen Risiken der atypisch beschäftigten Personen (zumeist Frauen) und der mit ihnen lebenden Kinder erhöht. Unregelmäßige Einkünfte mit vielen Pausen führen zu einer Verringerung des Familieneinkommens und einer schlechteren sozialen Absicherung. Betroffene kommen auch schwer wieder aus der prekären Beschäftigung bzw. der „Teilzeitfalle“ heraus, was sich wiederum negativ auf das verfügbare Einkommen und damit die Lebensbedingungen von Familien auswirkt. Prekarität verfestigt sich häufig zu einer Lebenslage, die durch Anerkennungsdefizite geprägt ist und eine längerfristige Lebensplanung verunmöglicht.⁴¹ Eine deutliche Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich, verknüpft mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen, betrifft vor allem Beschäftigtengruppen, die ohnehin vielfältigen Arbeitsmarktrisiken, beispielsweise einer Beschäftigungsunsicherheit oder schlechten Arbeitsbedingungen, ausgesetzt sind. Das sind vor allem gering Qualifizierte, Personen mit wenig Berufserfahrung, Arbeitskräfte in Kleinbetrieben und Frauen.⁴²

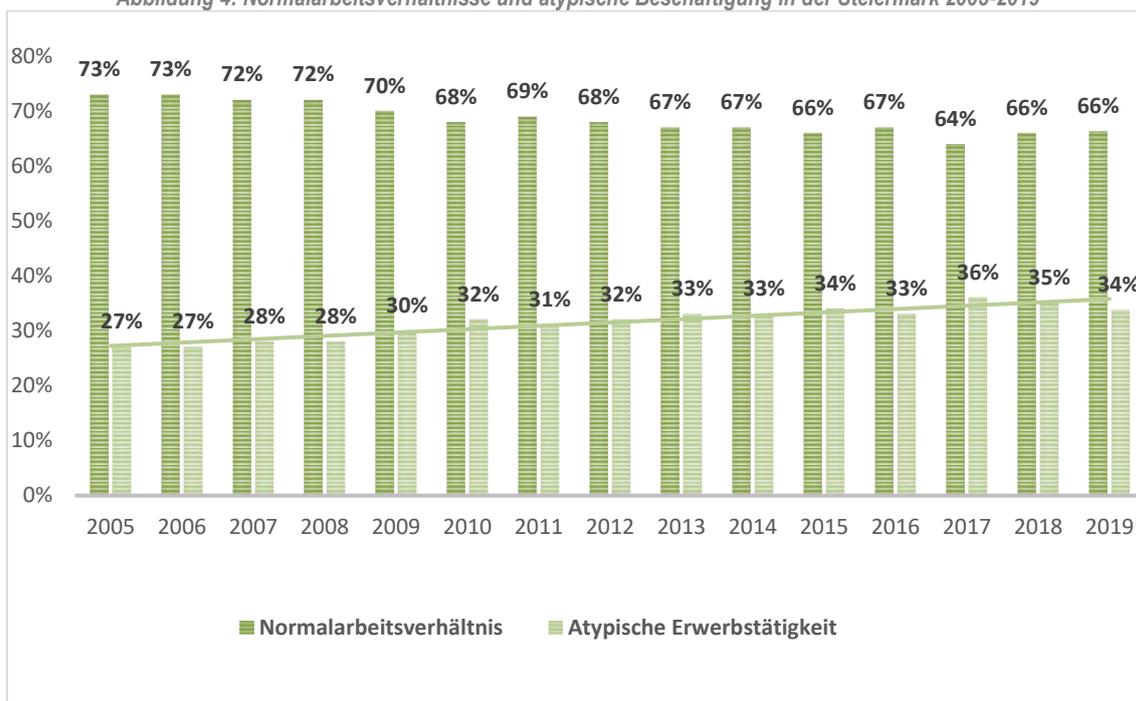
Die Zahl an „Normalarbeitsverhältnissen“ hat beinahe kontinuierlich abgenommen, in den letzten Jahren hat sich ihr Anteil bei rund zwei Drittel eingependelt. Atypische Beschäftigungsverhältnisse, also all jene Arbeitsverhältnisse, die vom herkömmlichen Vollzeitarbeitsverhältnis abweichen, haben deutlich zugelegt. Im Jahr 2019 befanden sich 85% der Männer in der Steiermark in normalen und 15% in atypischen Arbeitsverhältnissen. Bei den Frauen waren hingegen nur 46% „normal“, 54% aber atypisch beschäftigt.⁴³

⁴¹ Klaus Dörre: Prekarisierung contra Flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung. In: Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Hrsg. von Martin Kronauer und Gudrun Linne. Berlin: Edition Sigma 2005, S. 53–71. Studien zur Einkommensdifferenzierung in Österreich belegen, dass die Verteilung der Bruttoeinkommen während der letzten Jahrzehnte zunehmend ungleicher wurde. Das Auseinandergehen der Einkommensschere basiert u.a. auf der zunehmenden Verbreitung von Teilzeitbeschäftigung und geringfügiger Beschäftigung.

⁴² Vgl. dazu: Nina-Sophie Fritsch, Roland Teitzer, Roland Verwiebe: Arbeitsmarktflexibilisierung und wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich. Eine Analyse von Risikogruppen und zeitlichen Veränderungen. In: ÖZS 2/2014, S. 91-110.

⁴³ Vgl. Regionalstatistik 2020 der Arbeiterkammer Steiermark, S. 89.

Abbildung 4: Normalarbeitsverhältnisse und atypische Beschäftigung in der Steiermark 2005-2019



Quelle: Regionalstatistik 2020, Arbeiterkammer Steiermark, S. 89

4.6 Armut und Armutsgefährdung

Das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung ist auch ein wichtiger Faktor für Armutsgefährdung, prekäre Beschäftigung oder lang andauernde Arbeitslosigkeit sind oft die Auslöser von nicht ausreichend zur Verfügung stehenden (finanziellen) Ressourcen in Familien. Ein Leben in materieller Unsicherheit bzw. mit beschränkten finanziellen Mitteln kann langanhaltende Folgeerscheinungen für Familien mit sich bringen, Armut und soziale Ausgrenzung hemmen vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen. Frauen mit Kindern haben erhebliche Nachteile bei der Arbeitsmarktteilnahme, bei beruflichen Perspektiven, bei Vollzeitbeschäftigung etc. Als Folge von niedrigen Erwerbseinkommen und lückenhaften Versicherungsverläufen droht oft Altersarmut.⁴⁴

Sowohl Haushalte mit mehreren Kindern als auch Ein-Elternteil-Haushalte haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.⁴⁵ Die Armutsgefährdungsquote in Mehrkinderfamilien (drei Kinder und mehr) betrug zuletzt 30%, bei Alleinerziehenden 31%, im Durchschnitt der Bevölkerung waren es 13%. Häufig kommt es, vor allem bei einer frühen Elternschaft, zum Abbruch

⁴⁴ In allen EU-SILC-Erhebungen zur Armutsgefährdung gehören alleinlebende Pensionistinnen sowie Ein-Elternteil-Haushalte (fast ausschließlich Frauen mit Kindern) zu den Risikogruppen. In diesem Zusammenhang ist auf eine Forschungsarbeit von Katharina Mader (WU Wien, Institut für heterodoxe Ökonomie in Kooperation mit der Frauenabteilung der AK Wien) hinzuweisen, welche sich mit Effekten von Home-Office Arrangements im Zuge der Corona-bedingten Ausgangsbeschränkungen auf die Verteilung unbezahlter Arbeit in Haushalten beschäftigt. Home-Office gilt häufig als Mechanismus, der Frauen die Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf erleichtert.

⁴⁵ Als arm gelten Haushalte, deren Haushaltseinkommen 60% des Median des äquivalisierten Haushaltseinkommens aller Haushalte bzw. damit die Armutsgefährdungsschwelle unterschreiten. 2020 lebten 13% der Bevölkerung unterhalb dieser Schwelle und galten daher als armutsgefährdet, bei Ein-Elternteil-Haushalten und Mehrkinderhaushalten (ab drei Kinder) lag der Anteil bei 31% bzw. 30%.

oder zu Einschränkungen bei der Ausbildung oder der Berufstätigkeit, in Summe zu einer erhöhten Unsicherheit in der Lebensführung und damit zu weniger individuellem Wohlbefinden. Unter anderem ist es deshalb ein Ziel familienpolitischer Maßnahmen, sozial benachteiligte Familien zu unterstützen.

Die Ressourcen von armutsgefährdeten Familien in Österreich verhindern oft einen „gesellschaftlich üblichen“ Mindestlebensstandard, ihr Verfügungsspielraum zur Befriedigung zentraler Bedürfnisse ist oft sehr eng. So kann sich ein Drittel der armutsgefährdeten Haushalte aus finanziellen Gründen keinen Urlaub leisten, knapp unter der Hälfte tut sich schwer, unerwartete Ausgaben (bis zur Höhe der Armutsgefährdungsschwelle) zu bewältigen, etwa wenn die Waschmaschine, der Herd oder ähnliches „streiken“.⁴⁶

4.7 Gleichstellung und Vereinbarkeit

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Verteilung der Erwerbsarbeit stehen noch immer in engem Zusammenhang mit der ungleichen Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Nach Erfahrungen von Frauen- und Mädchenberatungsstellen tritt „spätestens mit dem ersten Kind“ im Berufsleben von Frauen ein „Karriereknick“⁴⁷ ein. Frauen würden „dadurch mehrfach draufzahlen“ – im Beruf, bei Bewerbungen, in der Abhängigkeit vom Partner. Dies habe Folgen für die „Anerkennung in der Partnerschaft“ und bewirke ein noch immer sehr geringes Selbstbewusstsein vieler Frauen, „weil sie nicht als gleichberechtigte Partnerinnen in den Familien wahrgenommen werden, das würde sich ändern, wenn sie nicht nur dazu verdienen oder gar nicht erwerbstätig sind. So bringt halt der Mann das Geld heim und hat damit das Sagen.“

Große Differenzen zwischen den Geschlechtern bestehen in der Erwerbsbeteiligung hinsichtlich der Teilzeitarbeit, diese verstärken sich noch nach dem ersten Kind in der Familie, besonders beim Erwerbsausmaß von Männern und Frauen mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt. Kinder bewirken in diesem Sinn oft einen Karriereknick. Teilzeitarbeit stieg in den letzten Jahren auch bei Männern kontinuierlich, allerdings auf niedrigem Niveau. Bei Vätern stieg diese auf 7,4% im Jahr 2018, bei Männern ohne Kinder auf 11,9% im gleichen Zeitraum. Bei Frauen ist das Erwerbsausmaß völlig anders gestaltet. Die Vollzeitenerwerbstätigkeit ist bei Frauen ohne Kinder im Haushalt zwar auch die häufigste Form der Erwerbstätigkeit, ist aber mit einem Anteil von zwei Dritteln um rund 20 Prozentpunkte unter jener der gleichaltrigen Männer. Mütter mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten aber zu mittlerweile rund 75% in Teilzeit, die Teilzeitquote bei ihnen ist in den letzten Jahren gestiegen. Auch wenn Kinder nicht (mehr) im Haushalt leben, bleibt die Teilzeitquote der Frauen auf dem hohen Niveau von 34% im Jahr 2018.⁴⁸ Inwieweit dies freiwillig ist oder auf ein fehlendes passendes Arbeitsplatzangebot zurückzuführen ist, kann oft nicht gesagt werden.

⁴⁶ Vgl. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. EU-SILC 2020 Tabellenband, S. 50. Als weitere Merkmale finanzieller Deprivation werden bei EU-SILC folgende Umstände betrachtet: eine angemessene warme Wohnung, regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten begleichen können (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Wasser-, Müllabfuhr-, Kanalgebühren, sonstige Verpflichtungen ...), notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch nehmen, neue Kleidung kaufen, jeden zweiten Tag Fisch/Fleisch essen, Freunde/Verwandte einmal im Monat zum Essen einladen können.

⁴⁷ Vgl. hier und folgend: Stoppacher, Peter; Saurug, Manfred: Studie zur Gleichstellung in Kärnten – eine qualitative Annäherung. IFA-Steiermark im Auftrag der Kärntner Volkshochschulen. Graz Juli 2021, S. 28ff. Siehe dazu auch Arbeiten der ILO: Damian Grimshaw, Jill Rubery: The motherhood pay gap: A review of the issues, theory and international evidence. University of Manchester, International Labour Office Geneva. (= Conditions of Work and Employment Series No. 57).

⁴⁸ Vgl. Georg Wernhart, Sonja Dörfler-Bolt, Norbert Neuwirth: Das Spannungsfeld Arbeit und Familie. In: 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019, S.356-405, hier S. 365.

Zum Thema Vereinbarkeit und Partnerschaft zeigt eine 2019 veröffentlichte Untersuchung der Statistik Austria, beträchtliche Ungleichgewichte: 39 % der befragten Frauen in Österreich reduzieren ihre Erwerbsarbeit aufgrund von Kinderbetreuung, aber nur 5 % der Männer.⁴⁹ Wenn es um die Betreuungspflichten für Kinder geht, sind es in Österreich weiterhin vor allem Frauen, die beruflich zurückstecken. Dass ihre Arbeitssituation durch die Kinderbetreuung beeinflusst wurde, gaben 61% der Frauen mit unter 15-jährigen Kindern an, aber nur 15% der Männer. Der Einfluss von Betreuungspflichten auf die Erwerbstätigkeit hing mit dem Alter des jüngsten Kindes zusammen, wobei auch dieser Zusammenhang bei Müttern wesentlich stärker ausgeprägt war als bei Vätern. War das jüngste Kind unter zwei Jahre alt, gaben 78% der Mütter und 18% der Väter an, dass die Betreuungspflichten Auswirkungen auf das Ausmaß ihrer aktuellen Erwerbstätigkeit hatten. Dass Kinderbetreuung Berufstätigkeit fördert, zeigt sich durch den Umstand, dass Mütter, die Kinderbetreuungseinrichtungen nutzen, früher auf den Arbeitsmarkt zurückkehren und auch früher vollzeiterwerbstätig sind als Mütter, die kein Betreuungsangebot in Anspruch nehmen. Die Partnerschaftlichkeit in Familien ist aber oft ein Eckpfeiler für das Beziehungsgefüge und Familienklima, funktionierende Beziehungen haben wiederum einen hohen Stellenwert für die Sozialisation von Kindern. Ein Kind entwickelt *„im Rahmen eines guten Familienklimas sichere Bindungsbeziehungen zu den Eltern (und auch anderen Verwandten) und erwirbt schließlich eine Position im familiären Beziehungsgefüge, die sich positiv auch auf seine weitere Sozialisation, Entwicklung und Bildung auswirkt.“*⁵⁰

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben steht vor allem in Abhängigkeit vom Kinderbetreuungsangebot, das im idealen Fall eine Entscheidung für eine Berufstätigkeit weitgehend unabhängig von informeller Hilfe macht, und zumeist familiärer Unterstützung auf der einen Seite sowie von verfügbaren adäquaten und entsprechend bezahlten Arbeitsplätzen auf der anderen Seite. Weitere Einflussfaktoren sind familiäre Unterstützungen sowie eigene Familienvorstellungen und Familienbilder im persönlichen Umfeld, welche hemmend oder fördernd wirken können.

Nach wie vor bestehen strukturelle Benachteiligungen von Frauen und Mädchen. So hinkt Österreich im internationalen Vergleich beim Thema Gleichstellung nach, insbesondere bei der Lohngleichheit mit einem beträchtlichen Gender Pay Gap. Beim Führungskräfteanteil, politischer Einflussnahme und Partizipation bestehe ebenfalls großer Nachholbedarf, *„während in den Bereichen Gesundheit und Bildung die Gleichstellung de facto erreicht“*⁵¹ sei. Noch immer führen Lohnungleichheiten, traditionelle Familien- und Rollenbilder mit der weitgehenden Übernahme von Aufgaben der Familien- bzw. Sorgearbeit durch Frauen sowie betriebliche Rekrutierungsmuster und Zuschreibungen an die Leistungsfähigkeit und die flexible Einsetzbarkeit von Frauen zu massiven Benachteiligungen bei ihrer Teilhabe am Berufsleben. Folgen davon sind oft die (finanzielle) Abhängigkeit vom Partner, ein geringes Selbstbewusstsein, wenig gesellschaftliche Anerkennung oder eine fehlende soziale Absicherung im Alter, wobei vielen Frauen ein *„Pensionsprekariat“* droht.

⁴⁹ Vgl. dazu: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2018. Hrsg. von der Statistik Austria. Wien 2019, S. 13ff.

⁵⁰ Vgl. Lieselotte Ahnert: Familiäre Sozialisation und institutionalisierte Bildung. In: Österreichischen Familienbericht, S. 147-197, hier S. 173.

⁵¹ Vierter Tätigkeitsbericht 2017/2018 zum Steiermärkischen Frauenförderungsgesetz 2010. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 - Fachabteilung Gesellschaft. Graz, Mai 2019. S. 10.

Maßnahmen alleine „ändern nichts an diskriminierenden Rahmenbedingungen und Strukturen“, welche vor allem Frauen vor die Entscheidung „Familie oder Berufskarriere“⁵² stellen. Solange nicht grundlegende Rahmenbedingungen, etwa in Hinsicht auf gleiche Bezahlung oder in Bezug auf die Verteilung der Familienarbeit mittels Karenzmodellen, die Nachteile einer Abwesenheit vom Erwerbsleben auf Männer und Frauen gleichmäßig verteilen, verändert werden, sind auch keine substantiellen Fortschritte, sondern nur graduelle Verbesserungen zu erwarten. Überdies ist Gleichstellung nicht ein „Frauenthema“, sondern eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit, um Lebensbedingungen zu schaffen, die nicht ein Geschlecht benachteiligen, sondern allen Menschen nutzen. Noch immer hat Gleichstellung keine Priorität in vielen Firmen, Arbeitsplätze sind kaum familienfreundlich gestaltet und Frauen erleiden aufgrund ihrer wegen Familien- und Betreuungsarbeit zugeschriebenen geringeren Verfügbarkeit bei Einstellungen schwerwiegende Nachteile.

5. Die Sicht der steirischen Familien

5.1 Die Stichprobe der Befragten

Die Ausführungen in diesem Kapitel beruhen auf der „ZWEI UND MEHR-Familienbefragung“. Aus diesem Grund wird zunächst die Stichprobe der 1.823 befragten Personen beschrieben. In Zusammenhang mit der „freiwilligen“ Möglichkeit der Teilhabe⁵³ an der online durchgeführten Befragung zeigen sich massive Abweichungen von der Verteilung bestimmter Merkmale in der Bevölkerung insgesamt, die bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Vorausgeschickt werden kann, dass sich sozial besser gestellte Personen überdurchschnittlich beteiligt haben. In der Stichprobe bilden Personen, welche ihre Familiensituation bzw. ihre subjektiven Zukunftsaussichten als nicht gut bezeichnen bzw. jene, die die Steiermark nicht als familienfreundlich erleben, jeweils eine deutliche Minderheit.

5.1.1 Geschlechtszugehörigkeit und Alter

Zum Großteil haben Frauen über ihre familiäre Situation Auskunft gegeben (1.612 Frauen oder 88,5%), Männer stellten einen Anteil von 11,2%.⁵⁴ Anzunehmen ist, dass diese Verteilung durchaus auch traditionelle Zuständigkeiten für Familienfragen widerspiegelt.

Über vier Fünftel der Stichprobe entfallen auf die Altersgruppen „30 bis unter 40 Jahre“ (1.088 Personen oder 59,7%) sowie „40 bis unter 50 Jahre“ (453 Personen oder 24,8%). 232 Befragte bzw. 12,8% sind unter 30 Jahre alt, 49 Befragte bzw. 2,7% sind 50 Jahre und älter.

5.1.2 Höchste abgeschlossene Ausbildung

Am auffälligsten sind die Abweichungen gegenüber der Gesamtbevölkerung in Hinsicht auf die höchste abgeschlossene Ausbildung. Wie in anderen Bereichen auch, z.B. der Erwachsenenbildung, der Gesundheitsförderung, der Elternbildung etc., wurde vor allem eine gut qualifizierte

⁵² Vgl. dazu: Stoppacher, Peter; Saurug, Manfred: Studie zur Gleichstellung in Kärnten – eine qualitative Annäherung. IFA-Steiermark im Auftrag der Kärntner Volkshochschulen. Graz Juli 2021.

⁵³ Es ist nochmals darauf hinzuweisen, dass ein aktuelles Stimmungsbild angestrebt wurde, Repräsentativität wurde nicht erwartet.

⁵⁴ Zwei Personen wählten die Geschlechtsbezeichnung „divers“, bei drei fehlt die Geschlechtsangabe.

Personengruppe, die eher der Mittelschicht zuzuordnen ist, erreicht. In der Stichprobe haben über zwei Drittel zumindest die Matura (26,7% haben die Matura, 41,1% eine Hochschule bzw. Universitätsausbildung absolviert), in der Gesamtbevölkerung liegen die diesbezüglichen Werte bei 14,4% bzw. 13,0%. Personen mit einem Pflichtschulabschluss oder einer mittleren Berufsausbildung (Lehre/Mittlere Schule) sind dementsprechend deutlich unterrepräsentiert.

5.1.3 Erwerbssituation

In Zusammenhang mit der Ausbildung dürften auch die Erwerbssituation und viele davon berührte, vor allem finanzielle Aspekte der Befragten stehen. In der Stichprobe der Befragten, die alle noch mit Kindern bzw. Jugendlichen unter 18 Jahren leben, der Großteil sogar mit Kindern bis zum Ende des Volksschulalters, sind fast drei Viertel (1.353 Personen oder 74,2%) erwerbstätig. 318 Personen (17,4%) befinden sich in Elternkarenz, lediglich 61 Personen (3,3%) sind arbeitslos, 57 Personen nicht erwerbstätig. Nach Geschlecht sind 71,2% der Frauen und 94,6% der Männer in der Stichprobe erwerbstätig. In der Gesamtbevölkerung gehen lediglich rund zwei Drittel der 25- bis 49-jährigen Frauen mit Kindern einer Erwerbstätigkeit nach.⁵⁵ Eine wichtige Entscheidungsgrundlage für eine Berufstätigkeit bilden neben dem Arbeitsplatzangebot allgemein vor allem die Opportunitätskosten, z.B. für externe Kinderbetreuung. Liegt das erzielbare Einkommen bzw. der potenziell erreichbare Arbeitslohn nur wenig über den zusätzlichen Kosten, wird eher von einer Erwerbstätigkeit (in Verbindung mit tradierten Familien- und Rollenbildern) Abstand genommen.⁵⁶

Von den erwerbstätigen Personen arbeiten 31,0% Vollzeit, zwei Drittel (65,5%) Teilzeit. Eine Minderheit arbeitet geringfügig bzw. kann ihr Beschäftigungsausmaß nicht zuordnen. Auch diese Verteilung verweist auf die relativ begünstigte Berufssituation von besser qualifizierten Bevölkerungsgruppen (in Hinsicht auf Opportunitätskosten und Arbeitsplatzangebot).

Auffällig ist eine überwiegende Zufriedenheit der befragten erwerbstätigen Personen mit ihrem Beschäftigungsausmaß. Auf die Frage nach dem bevorzugten Beschäftigungsausmaß nennen über die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten (56,6%) das derzeitige Ausmaß, 38,2% würden gerne auf Teilzeit wechseln, was auf die Schwierigkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verweisen könnte. 5,3% sind hinsichtlich ihres bevorzugten Beschäftigungsausmaßes noch unentschieden. Von den Teilzeitbeschäftigten sind 85,9% damit zufrieden, lediglich 12,5% würden sich eine Vollzeitbeschäftigung wünschen. 1,6% haben sich noch nicht entschieden, welches Ausmaß für sie ideal wäre. Von den derzeit nicht erwerbstätigen Personen würden 86,4% im Falle eines Wiedereinstiegs eine Teilzeitbeschäftigung bevorzugen, lediglich 8,1% würden gerne Vollzeit beginnen. 5,5% haben sich noch nicht entschieden. Die ersichtliche hohe Präferenz für eine Teilzeitbeschäftigung erscheint angesichts der vielen Befragten, bei denen das jüngste Kind noch vor der Volksschule steht oder im Volksschulalter ist, nachvollziehbar. Inwieweit diesbezüglich auch traditionelle Normen, fehlende Arbeitsplatz- oder Kinderbetreuungsangebote eine Rolle spielen, wird bei den entsprechenden Kapiteln noch weiter thematisiert.

⁵⁵ Auch die Stichprobe der Familienbefragung entspricht großteils dieser Altersgruppe. Lediglich drei Personen oder 0,2% sind unter 20 Jahren alt, 49 Personen oder 2,7% 50 Jahre und älter.

⁵⁶ Vgl. dazu: Wernhart, Dörfler-Bolt, Neuwirth: Das Spannungsfeld Arbeit und Familie. A.a.O., S.364. Bei Frauen ohne Kinder in dieser Altersgruppe tun das im Zeitraum von 2008 bis 2018 konstant 84% bis 85%.

5.1.4 Familiensituation

Eine Abweichung gegenüber der Gesamtbevölkerung ist ebenso in Bezug auf Familientypen festzustellen. Unterrepräsentiert sind in der Stichprobe vor allem Ein-Elternteilfamilien. Alleinerziehende haben in der Stichprobe einen Anteil von 8,5%, in der Gesamtbevölkerung nach der abgestimmten Erwerbsstatistik 2019 einen von 14%. Paarfamilien überwiegen in der Stichprobe mit 90,5% (Gesamtbevölkerung (86,0%)). Ehen bzw. eingetragene Partnerschaften machen 63,6% aus (Steiermark gesamt 67,1%), Lebensgemeinschaften 26,9% (Steiermark gesamt 18,9%). Anzunehmen sind diesbezüglich Auswirkungen auf die finanzielle Leistbarkeit von Urlauben, Ausflügen, Freizeitangeboten, sonstigen regelmäßigen Unternehmungen mit den Kindern, aber auch für „Pflichtausgaben“ für die Schule, die Kinderbetreuung etc. 87,1% der Alleinerziehenden sind erwerbstätig, aber nur 73,9% der in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft lebenden Befragten, was auf den stärkeren ökonomischen Druck von Alleinerziehenden verweist.

Beim Großteil der Familien in der Stichprobe leben ein Kind (31%) oder zwei Kinder (53%) unter 18 Jahren. Haushalte mit drei Kindern in dieser Altersstufe machen 13% aus. Rund drei Prozent haben vier Kinder und mehr. Großfamilien sind die Ausnahme. In drei Fällen werden sechs Kinder genannt, in je einem Fall acht, elf und zwölf Kinder unter 18 Jahren.⁵⁷

Überwiegend haben die Befragten noch eher junge Kinder. In etwas über 40%⁵⁸ der Fälle ist das jüngste Kind unter drei Jahren, bei weiteren 44% zwischen drei und sechs Jahren. Im Volksschulalter sind rund 8% der jüngsten Kinder, lediglich 6% der jüngsten Kinder sind über 10 Jahre alt. 28 dieser 110 Kinder und Jugendlichen sind bereits über 15 Jahre und damit über dem schulpflichtigen Alter. Das bedeutet, zumeist besteht entsprechend dem Alter noch ein relativ intensiver Betreuungs- und Unterstützungsbedarf. Bei 141 Befragten (7,7%) sind zusätzlich zu den Kindern noch Angehörige, die einen erhöhten Pflege- bzw. Betreuungsbedarf haben, im selben Haushalt.

Gerade für Familien mit Kindern ist ein Netzwerk an unterstützenden Personen, auf die im Bedarfsfall zurückgegriffen werden kann, häufig sehr wichtig. Zu den für die Familie im Alltag wichtigen Personengruppen gehören für die Befragten vor allem die Großeltern. 84% nennen sie als wichtige Personengruppe, eine leicht überdurchschnittliche Bedeutung haben sie für jüngere Befragte bis 30 Jahren sowie Befragte aus kleineren Gemeinden – ob aus Gründen eines fehlenden Angebots oder noch funktionierender Familienstrukturen, kann nicht gesagt werden. Die nächstwichtigen Personen kommen nach den Befragten aus dem Freundeskreis bzw. von befreundeten Familien, mit 83% liegen sie nur knapp hinter den Großeltern, wiederum werden sie von jüngeren Befragten überdurchschnittlich häufig genannt. Für 59% der Befragten sind sonstige Verwandte wichtig im Alltag, für 48% Nachbar*innen.

Die wichtigsten Funktionen, die diese Personengruppen erfüllen, sind nach den Angaben der Befragten die „emotionale Unterstützung als Ansprechpersonen bei Sorgen, Ängsten und Nöten“ (von 90% der 1.745 Personen, die wichtige Personengruppen angeben, genannt)⁵⁹ vor der „Unterstützung in zeitlicher Hinsicht bei der Kinderbetreuung etc.“ (von 85% angegeben). Vor allem jüngere Befragte, Alleinerziehende und – mit Abstrichen – Befragte aus den kleinsten Gemeinden benötigen und schätzen diese Leistungen. Das „Anbieten von finanzieller Unterstützung bei Bedarf“ wird von 41% als wichtige Funktion angegeben, überdurchschnittlich häufig von Alleiner-

⁵⁷ Die Frage bezog sich nur auf Kinder und Jugendliche im Haushalt unter 18 Jahren, allfällige ältere Kinder sind damit nicht mitgezählt.

⁵⁸ Inklusiv der 4% der „demnächst geborenen“ Kinder.

⁵⁹ Lediglich 78 Personen oder 4,3% der Stichprobe geben keine der Personengruppen als wichtig für ihren Alltag an.

ziehenden. In 14% der Familien, die wichtige Personen angegeben haben, leben diese im selben Haushalt, in 50% im gleichen Ort, in 55% wohnen sie im Umkreis von 50 Kilometern. Das zeigt, dass eine rasche Verfügbarkeit doch eine große Rolle spielt, Unterstützung wird oft in Notfällen gesucht und soll möglichst schnell zur Verfügung stehen. In 8% werden aber auch Personen genannt, die außerhalb von Österreich leben.

Auch wenn viele der Befragten über ein Netz an informell unterstützenden Personen aus der Familie, dem Freundeskreis und aus dem Wohnumfeld besitzen, so besteht trotzdem ein darüber hinausgehender Bedarf an Hilfe und Unterstützung. Fast drei Viertel (73%) aller Befragten wünschen sich mehr Unterstützung für die Familie betreffend zeitlicher Herausforderungen, z.B. bei der Kinderbetreuung, was auch auf zeitlich ungenügende und/oder zu wenig flexibel zur Verfügung stehende institutionelle Betreuungsangebote verweist. Einen überdurchschnittlichen Bedarf diesbezüglich äußern Alleinerziehende, Befragte mit Kleinkindern und mehreren Kindern unter 18 Jahren sowie Befragte aus der Stadt Graz⁶⁰. Mehr Unterstützung in finanziell herausfordernden Situationen würden sich über die Hälfte der Befragten (54%) wünschen, vor allem wiederum Alleinerziehende (75%), Nichterwerbstätige bzw. arbeitslose Menschen (73%) und weiters Jüngere sowie Personen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss, Befragte mit drei Kindern und mehr, also eher „klassische“ Gruppen mit unzureichenden Einkommen. Mehr Unterstützung in emotional herausfordernden Situationen (Ansprechpersonen bei Sorgen, Ängsten und Nöten) würden sich immerhin noch knapp die Hälfte (47%) wünschen, überdurchschnittlich oft wiederum alleinerziehende und nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Personen.

Einige doch bemerkenswerte Unterschiede gibt es hinsichtlich der Bewertung der Lebenssituation von Familien sowie der Rahmenbedingungen für Familien in der Steiermark. Während die überwiegende Mehrheit (89%) der Befragten angibt, dass es ihnen als Familien in der Steiermark eher gut oder sehr gut geht, sowie die Steiermark als „familienfreundliches Land“ (80%) bezeichnet, schätzen nur zwei Drittel (67%) der Befragten die Leistungen für Familien in der Steiermark generell als eher gut oder sehr gut ein, knapp 30% halten sie für (eher) nicht gut. Der Großteil der positiven Bewertungen bei diesen drei Fragestellungen entfällt dabei auf „eher gut“.⁶¹ Vermehrte Kritik kommt wiederum von Personen, deren ökonomische Situation angespannt ist, jüngeren Befragten, Alleinerziehenden, nicht erwerbstätigen bzw. arbeitslosen Menschen sowie Befragten aus Familien mit drei und mehr Kindern.⁶²

5.1.5 Regionale Verteilung

In regionaler Hinsicht sind in der Stichprobe der Befragten der Ballungsraum Graz mit der Stadt Graz (25,0% zu 23,3%) und dem Bezirk Graz-Umgebung (18,8% zu 12,7%) sowie angrenzende Bezirke (diese alle mit einstelligen Anteilen) wie Deutschlandsberg, Voitsberg, Leibnitz und Weiz leicht überrepräsentiert. Unterrepräsentiert sind alle obersteirischen Bezirke sowie Hartberg-

⁶⁰ Dafür kann sowohl das weniger vorhandene familiäre Unterstützungsnetzwerk in Städten (z.B. von zugezogenen Menschen), aber auch der höhere Anteil an jüngeren und alleinerziehenden Befragten eine Rolle spielen.

⁶¹ Erfahrungsgemäß ist bei Befragungen oft die Tendenz zu beobachten, dass die beste Note weniger gerne vergeben werden kann. Auf Nachfragen, was denn zur besten Note fehle, werden oft keine konkreten Angaben gemacht, sondern geantwortet, es könnte ja immer alles besser sein. Auch aus diesem Grund spricht bei Interpretationen oft nichts gegen die Zusammenlegung von Ausprägungen.

⁶² Auch die wenigen männlichen Befragten zeigen beinahe generell eine kritischere Einschätzung, in Zusammenhang mit ihrer geringen Repräsentanz in der Stichprobe ist aber die generelle Aussagekraft eher zweifelhaft.

Fürstenfeld und Südoststeiermark.⁶³ Für die folgenden Auswertungen scheint die Bezirksverteilung aber weniger relevant als die Verteilung der Befragten nach Gemeindegrößenklassen, da mit der Größe der Gemeinde auch ein vielfältigeres und ausdifferenzierteres unterstützendes Angebot für Familien zu erwarten ist. Nach Gemeindegrößenklassen entspricht die Verteilung in der Stichprobe⁶⁴ in etwa jener in der Wohnbevölkerung. Aus Gemeinden mit unter 3.000 Einwohner*innen stammen 25,5% der Befragten (Steiermark 25,4%), aus Gemeinden einer Bevölkerung zwischen 3.000 bis unter 10.000 Personen 39,5% (Steiermark 37,5%). Auf die Stadt Graz entfallen 26,9% (in Hinsicht auf die Gesamtbevölkerung der Steiermark sind es 23,3%), auf Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohner*innen 8,1% in der Stichprobe. Das sind vor allem größere Bezirkestädte mit einer zumeist besser ausgebauten Infrastruktur an Unterstützungen. Gegenüber 13,7% in der Gesamtbevölkerung liegt damit eine Unterrepräsentanz vor.

In Zusammenhang mit der regionalen Verteilung und der Verteilung nach Gemeindegrößenklassen steht auch das Wohnumfeld der Befragten. Eine große Mehrheit von ihnen (rund drei Viertel) lebt nach eigener Zuordnung im städtischen Umfeld bzw. an Stadträndern, bei ihnen ist von einem ausgebauten Unterstützungsangebot auszugehen. Das verbleibende Viertel lebt auf dem Land. Erwartungsgemäß leben Befragte aus dem Zentralraum überwiegend in der Stadt oder am Stadtrand, nur eine Minderheit in ländlichen Gemeinden, Befragte aus den sonstigen Regionen bzw. Bezirken stammen zu rund drei Viertel aus ländlichen Gemeinden. In den Regionen außerhalb des Steirischen Zentralraumes ist auch der Anteil jener, die in Einfamilienhäusern wohnen, viel höher, er beträgt rund die Hälfte. Nach soziodemografischen Merkmalen zeigen sich Zusammenhänge, dass Personen mit höherer Ausbildung häufiger in Städten leben, solche mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss auf dem Land. Auch Alleinerziehende unter den Befragten leben überproportional im städtischen Umfeld. Erwartungsgemäß geben jüngere Befragte ebenso wie Alleinerziehende überproportional an, dass sie in einer Wohnung leben.⁶⁵

Nach den Angaben der Befragten sind in ihrem Wohnumfeld überwiegend wichtige Infrastrukturen wie Kinderbetreuungseinrichtungen (88%), Schulen/Bildungseinrichtungen (87%), Grünflächen (85%) oder Spielplätze bzw. Spielbereiche für Kinder (76%) oder eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr (70%) vorhanden. Defizite zeigen sich vor allem bei Treffpunkten für Jugendliche, Generationentreffs und Kulturangeboten (nur von 28%, 15% und 38% als vorhanden angegeben). Allerdings dürften bei diesen Angaben auch Informationsdefizite eine Rolle spielen, da zum Beispiel das Vorhandensein von Freizeit- und Kulturangeboten, Treffpunkte für Jugendliche oder der Zugang zu Bibliotheken in der Stadt Graz schlechter bewertet wird als in kleineren Gemeinden. Defizite zeigen sich auch in Kleinstgemeinden. Die fast durchwegs besten Bewertungen haben Gemeinden ab 10.000 Bewohner*innen.

Insgesamt ist eine überwiegende Mehrheit (92%) der Befragten mit ihrer Wohnsituation sehr (60%) bzw. eher zufrieden (32%). Nach regionalen Merkmalen sind Bewohner*innen von Gemeinden über 10.000 Einwohner*innen und der Stadt Graz eher unzufrieden (11% und 13%), nach sozioökonomischen Merkmalen sind es Befragte unter 30 Jahren (11%), Alleinerziehende (16%) sowie nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Befragte (22%), was die Wichtigkeit des ökonomischen Faktors auf die empfundene Lebensqualität unterstreicht. Als wichtigste Gründe für

⁶³ Verteilung der Gesamtbevölkerung nach: Wohnbevölkerung am 1.1.2021, Wanderungen 2020. In: Steirische Statistiken, Heft 6/2021.

⁶⁴ Fehlende Angaben wurden nicht berücksichtigt. In 7,3% der Fälle wurde keine Zuordnung vorgenommen.

⁶⁵ Auf eine weitere Beschreibung des Wohnumfeldes wird verzichtet, da die Kategorien für „Sie und ihre Familie leben in einer Wohnung, in einer Wohnsiedlung, in einem Mehr-Generationenhaus?“ bei dieser Mehrfachantworten-Variable nicht sehr trennscharf sind.

die Unzufriedenheit mit ihrer Wohnsituation führen die 146 (eher) nicht zufriedenen Personen die Kleinheit der Wohnung (70 Nennungen⁶⁶), die hohen Kosten (52 Nennungen) und die zu wenigen Grünflächen in der Wohnumgebung (39 Nennungen) an. Danach folgen die zu wenigen Freizeitangebote und zu wenigen Spielplätze/Spielbereiche für Kinder (jeweils 36 Nennungen), der hohe Lärmpegel (34 Nennungen) sowie Konflikte mit Nachbar*innen (29 Nennungen).

5.2 Themenfeld Familienleben

Im Themenfeld Familienleben wurden vor allem Aussagen zu den Kategorien Zeitverfügbarkeit für unterschiedliche Zwecke, Kommunikation in der Familie und persönlicher Belastung erhoben. Nicht unerwartet ist, dass beinahe alle Befragten genügend Familienzeit als für sich sehr wichtig erachten.⁶⁷ Allerdings stimmen nur knapp drei Viertel (73%) der Aussage zu, dass sie „ausreichend Zeit für die Familie“ haben – hier fallen vor allem Alleinerziehende (64%) und männliche Befragte (58%) bezüglich der ausreichenden Zeit für die Familie deutlich ab.

Ein Drittel (33%) der Befragten findet, dass sie genügend Zeit für den Freundes- und Bekanntenkreis besitzen. Der Anteil derer, die genügend Zeit dafür vorfinden, sinkt mit der Anzahl der Kinder unter 18 Jahren, sonst gibt es kaum größere Unterschiede. Tendenziell schwindet die Zeit für Freunde und Bekannte auch nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung, Personen mit universitärem Abschluss haben nach ihrer Wahrnehmung am wenigsten Zeitressourcen dafür - ob das an den Anforderungen des Berufs oder jenen der Familie liegt, kann nicht gesagt werden.

Nur ein Viertel (24%) der Befragten gibt „ausreichend Zeit für sich selbst“ an. Hier gibt es nur schwach ausgeprägte Zusammenhänge mit anderen Merkmalen, abgesehen davon, dass die für sich selbst zur Verfügung stehende Zeit mit steigender Anzahl von minderjährigen Kindern tendenziell weniger wird, aber wiederum zurückgewonnen wird, je älter das jüngste Kind ist. Die meisten Abstriche bei der Zeit betreffen nach diesen Angaben die eigenen Interessen.

Unterschiede gibt es hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Zeit zwischen Männern und Frauen. Männer geben tendenziell häufiger an, dass sie nicht ausreichend Zeit für die Familie sowie den Freundes- und Bekanntenkreis verfügen, haben nach ihren Angaben aber häufiger Zeit für sich (für den Beruf, für Hobbies etc.). Eventuell hängt das auch mehr mit Präferenzen in der Zeitverwendung zusammen, da sich Frauen gemäß traditioneller Rollenzuschreibungen mehr um Familien und Freundschaften kümmern, Männer eher um ihre eigene Entwicklung.

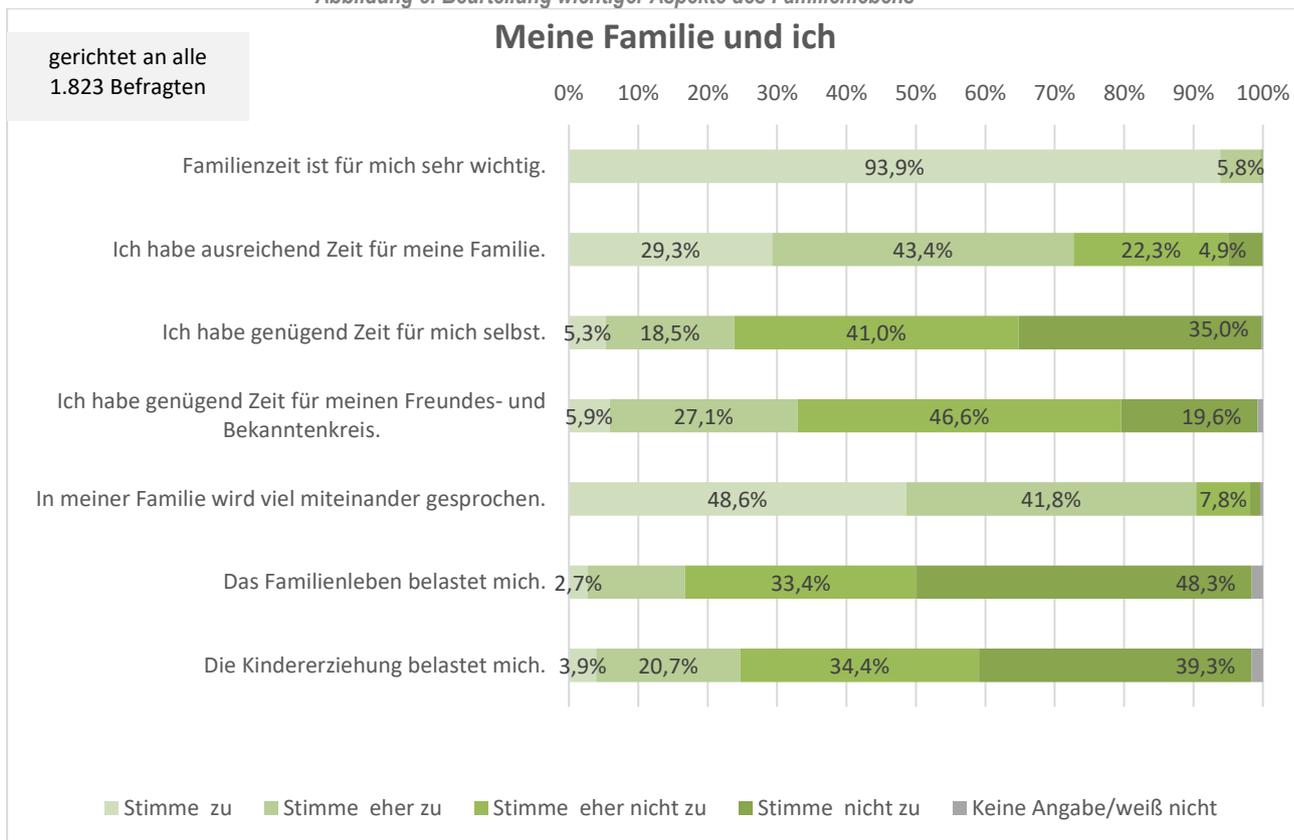
In Bezug auf die Kommunikation ist die überwiegende Mehrheit der Befragten (90%) der Auffassung, dass in der Familie viel miteinander gesprochen wird. Personen in belastenden Situationen wie „arbeitslos/nicht erwerbstätig“ mit 83% oder „alleinerziehend“ mit 85% stimmen etwas weniger dieser Aussage zu.

In Hinblick auf familiäre Belastungen erlebt rund ein Sechstel der Befragten (17%) das Familienleben als belastend, immerhin ein Viertel der Befragten die Kindererziehung. Überdurchschnittlich belastet sowohl durch das Familienleben als auch durch die Kindererziehung fühlen sich Alleinerziehende, Eltern von drei und mehr minderjährigen Kindern und männliche Befragte.

⁶⁶ Das sind 3,8% aller Befragten. Aus diesem Grund wird auch von einer weiteren Differenzierung nach sonstigen Merkmalen abgesehen.

⁶⁷ Im Folgenden werden jeweils die beiden Antworten „stimme zu“ und „stimme eher zu“ zusammengelegt, ebenso „stimme eher nicht zu“ und „stimme nicht zu“. Enthaltungen bzw. keine Angaben sind selten und in der Grafik grau zu sehen.

Abbildung 5: Beurteilung wichtiger Aspekte des Familienlebens



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

Die zusätzlichen Anmerkungen der Befragten zum Themenkomplex Familienleben verdeutlichen Probleme von Familien und unterstreichen durchaus auch Zusammenhänge mit einer noch traditionellen Rollenverteilung, z.B. für die Familienarbeit. So wird beispielsweise angeführt, dass eine ausreichende Familienzeit, „um mich um Kinder und Haushalt zu kümmern“, oft von der beruflichen Position des männlichen Hauptverdieners abhängig ist, „weil mein Mann ein sehr gutes Einkommen hat und mir es daher möglich ist, an nur zwei Tagen die Woche zu arbeiten.“⁶⁸ Viele Anmerkungen weisen in die Richtung, dass das Familienleben sowie die Kindererziehung nur „aufgrund der Teilzeitarbeit gut funktioniert, mit Vollzeit wäre das nicht zu schaffen“.

Im Gegensatz dazu schildern Alleinerziehende öfters die Schwierigkeiten, „Arbeit und Kinder unter einem Hut zu bekommen“. Als eine Haupthürde dafür wird vor allem der Mangel an mit der Arbeitszeit kompatiblen, flexiblen und von den Kosten her tragbaren Kinderbetreuungsangeboten angeführt: „Als Alleinerzieherin ist es oft sehr schwierig! Die Arbeitszeiten passen mit den Kindergartenöffnungszeiten nicht zusammen, die Schulferien sind mit zwei Monaten Urlaub kaum zu bewältigen und eine Sommerbetreuung ist mir viel zu teuer, das kann ich mir alleine nicht leisten. Also frage ich mich, wie mach‘ ich das? Mein Sohn fängt nächstes Jahr mit der Schule an, aber das Thema bereitet mir jetzt schon Kopfweh!“. Ein zusätzliches Problem sei es, dass mit einer notwendigen Berufstätigkeit eventuell diverse soziale Unterstützungen wegfallen: „Ich arbeite Teilzeit, weil ich meinen Job gerne mache und ich mich sozial integriert fühle, jedoch werden mir zeitgleich alle Unterstützungen wie Wohnbeihilfe, Rezeptgebühren etc. gestrichen.“

⁶⁸ Bei den kursiv gedruckten Stellen handelt es sich um Anmerkungen in den offenen Fragen, wobei Satzstellungen, Rechtschreibung und Schreibweisen teilweise leicht verändert wurden.

Öfters wird angemerkt, dass es *„jeden Tag eine Herausforderung [ist], die Bedürfnisse der Familie und den Wunsch nach eigener Verwirklichung im Beruf in Balance zu halten.“* Auch in funktionierenden Partnerschaften sei es meistens üblich, dass *„alles, was Kinder betrifft“* an den Müttern *„hängen“* bleibe. Durch die Arbeit im Haushalt und für die Organisation des Alltags verbleibe *„leider nur wenig Qualitätszeit mit Familie“*. Vor allem, wenn beide Eltern Vollzeit arbeiten, bleibt nach den Anmerkungen etlicher Befragter für Kinder weniger, für Persönliches kaum Zeit: *„Da werden selbst Arzttermine zu organisatorischen Hindernissen mit den Arbeitszeiten und Schließzeiten des Kindergartens, Wege mit den Öffis quer durch die Stadt usw.“*

Bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vermehrter Familienarbeit, auch von Männern, besteht nach Angaben etlicher Befragter das Problem, dass Firmen nur wenig Verständnis dafür aufbringen, wenn Männer eine Reduktion der Arbeitszeit fordern, teils sogar mit negativen Folgen bei zukünftig notwendigen Belegschaftskürzungen drohen. Frauen mit Wünschen nach einer Anpassung der Arbeitszeiten an Kinderbetreuungszeiten würden oft erst gar nicht in die Auswahl für einen Arbeitsplatz gezogen werden. Unternehmen unterminieren damit oft auch die ohnehin schwierigen Gleichstellungsbemühungen, wie folgendes Beispiel zeigt: *„Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen, ist nicht einfach, da man vom Arbeitgeber gleich gesagt bekommt, dass man mehr Zeit in der Firma verbringen muss, ansonsten steht man auf einer Liste gleich ganz oben, sollte es der Firma wieder schlechter gehen.“*

Von Befragten außerhalb der größeren Gemeinden werden vor allem die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen als viel zu kurz kritisiert, zumeist würde um die Mittagszeit zugesperrt. *„Heutzutage, wo man aufgrund finanzieller Notwendigkeit arbeiten gehen muss, sollte eine Kinderbetreuung ganztägig und auch ganzjährig möglich sein! Keine Familie hat so viel Urlaub, wie es Ferien gibt und diese Situation ist sehr belastend für die Familie, da sie keinen gemeinsamen Urlaub mehr machen kann. Ebenso ist die Betreuung extrem teuer, wenn beide Elternteile arbeiten gehen (müssen).“* Von der *„Ortspolitik“* würden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder am Nachmittag öfters mit Hinweis auf den geringen Bedarf abgelehnt, wobei den Eltern *„zumeist extra und isoliert von den anderen mitgeteilt wird, dass man die einzigen mit Bedarf“* wäre. Im Gespräch mit anderen Eltern würde sich aber oft ein völlig anderes Bild zeigen. Zum Teil wird aber auch angeführt, dass sich Gemeinden Mühe geben würden und auch in abgelegenen Orten die *„Kinderbetreuungssituation inklusive Nachmittagsbetreuung immer besser“* würde. Von vielen wird auch der *„Transport zum Kindergarten, zur Volksschule und retour nur teilweise oder gar nicht zufriedenstellend ab dem Zeitpunkt nach der Volksschule“* erlebt.

Etliche Befragte bringen aber auch ihre bewusste Entscheidung zum Ausdruck, *„für die Kinder“* auf den eigenen Beruf und die Karriere zu verzichten und sich der Familie zu widmen. Im Zusammenhang damit verweisen sie aber auf das Gefühl fehlender Anerkennung, wie folgende Aussagen verdeutlichen: *„Familie ist das schönste, dass es gibt! Daher kümmere ich mich Vollzeit um sie. Ich bin Hausfrau und Mutter. Nicht faul, sondern ich liebe es. Auch das sollte in der heutigen Gesellschaft wertgeschätzt werden!“* oder *„Eher belastend ist für mich, dass ich mein Kind in eine Betreuungseinrichtung geben muss, um zu arbeiten. Obwohl ich weiß, dass es meinem Kind gut tut, mit anderen Kindern zusammen zu sein und es der (sozialen) Entwicklung meines Kindes gut tut. Auch ist die Kinderbetreuungseinrichtung perfekt für uns. Trotzdem ist es manchmal ein emotionaler Zwiespalt, mein Kind abzugeben“*.

Ein Hindernis besteht nach vielen Anmerkungen auch darin, dass (noch) nicht arbeitende Mütter, die wieder arbeiten wollen, diskriminiert würden, indem sie bei der Bewerbung um einen Kinderbetreuungsplatz nachgereiht werden. *„Wir hatten dann die Option: kostenintensiver Privatkindergarten oder kein Kindergarten. Ich verstehe, warum viele Mütter länger als ein bis zwei Jahre zu Hause bleiben, wenn es einem so schwer gemacht wird.“*

Teilweise wird auch auf die Vielfalt von Familien hingewiesen: *„Mir ist es wichtig, dass Familie so viel mehr sein kann als die ‚klassische‘ Kleinfamilie. Wir sind geschieden - und alles funktioniert wunderbar, auch mit den neuen Partner*innen. Ich denke, da braucht es noch mehr mentale Öffnung, auch in familienrechtlichen Fragen. ‚Alleinerzieherin‘ war für mich ein sehr angstbesetztes Wort, bis ich darauf gekommen bin, dass ich ja gar nicht alleinerziehend bin, sondern ‚nur‘ alleinstehend. Der Vater unserer Tochter und ich teilen uns die Kinderbetreuung. Manchmal braucht es auch ‚einfach nur‘ einen Perspektivenwechsel. Und natürlich sinkt und fällt die Lebensqualität jeder Familie - ob getrennt oder nicht - damit, wie viel Unterstützung Familien haben - durch Familie/Verwandschaft, andere persönliche Kontakte oder eben auch externe Betreuungseinrichtungen und Expert*innen.“*

5.3 Themenfeld finanzielle Situation

In der Stichprobe der ZWEI UND MEHR-Familienbefragung wird die finanzielle Situation der Familien anhand mehrerer Indikatoren gemessen. Ausschlaggebend ist nicht das tatsächliche Haushaltseinkommen, sondern die subjektive Einschätzung dessen, was die verfügbaren Ressourcen⁶⁹ erlauben.

Etwas mehr als zwei Drittel der Befragten sind nach ihren Angaben finanziell gut abgesichert. 70% geben an, mit dem Haushaltseinkommen „gut über die Runden“ zu kommen, 75% können sich einmal pro Jahr einen Familienurlaub leisten. Zu jenen Befragten, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen, und sich keinen jährlichen Urlaub leisten können, gehören überdurchschnittlich häufig Personen mit niedrigerer Ausbildung (Pflichtschule, Lehre), Alleinerziehende, Personen unter 30 Jahren und zum Befragungszeitpunkt nicht erwerbstätige oder arbeitslose Personen.⁷⁰

Rund ein Drittel der Befragten ist nach ihren Angaben von finanziellen Sorgen, Ängsten und Nöten geplagt,⁷¹ 30% können sich aus finanziellen Gründen keine „regelmäßigen Unternehmungen“ leisten. Wiederum sind obige Personengruppen überrepräsentiert. Deutlich zeigt sich dabei auch der Einfluss der Ausbildung, je höher die Ausbildung, umso geringer ist der finanzielle Druck. Dieser nimmt mit dem Alter der Befragten ab, anzunehmen ist, dass dies vor allem auf stabilisierte Berufspositionen zurückzuführen ist.

Beinahe unabhängig von der finanziellen Lage sind die Befragten überwiegend (82%) der Ansicht, dass Freizeitangebote in der Nähe kostengünstig sein sollten. Für Alleinerziehende und Jüngere haben kostengünstige Angebote tendenziell eine größere Bedeutung.

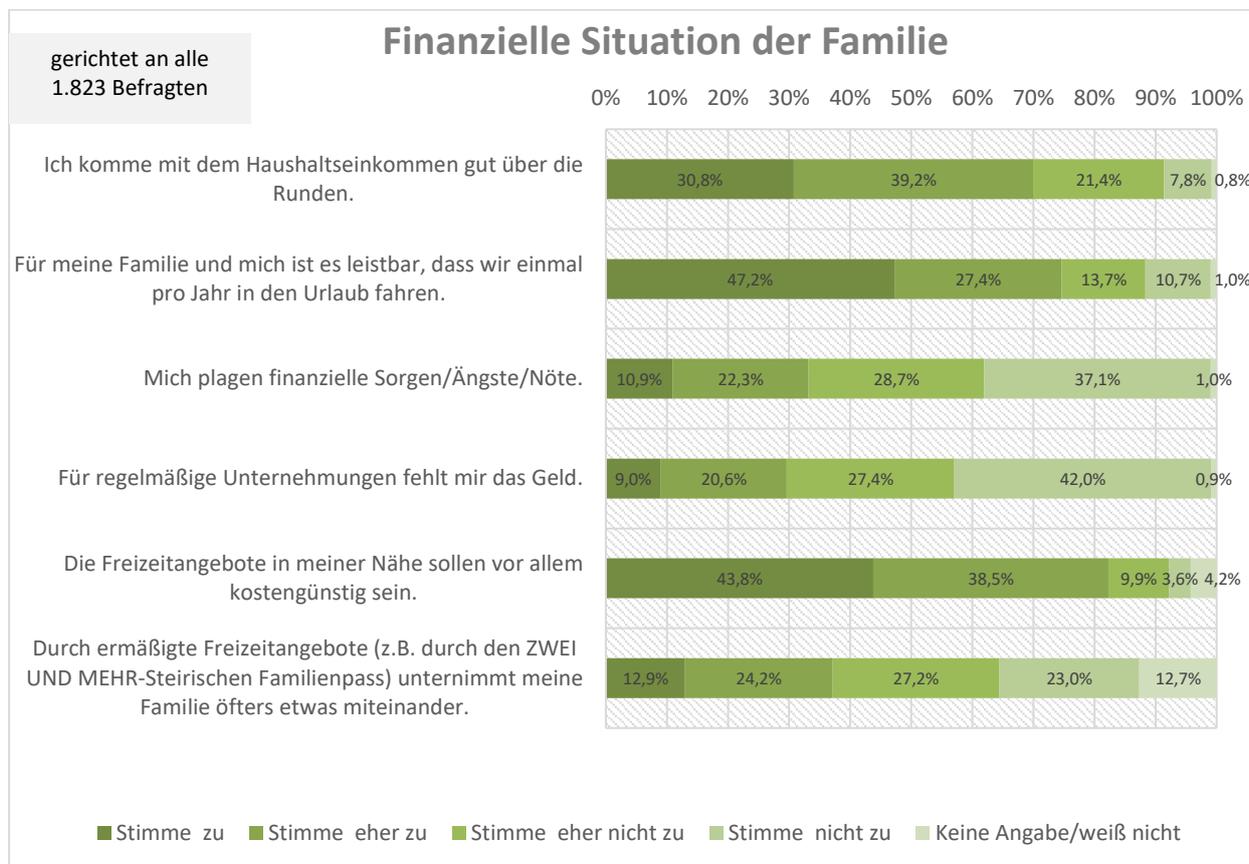
Die Frage, ob durch die ZWEI UND MEHR-Ermäßigungen mittels des Steirischen Familienpass Familien öfters etwas miteinander unternehmen können, wird von etwas mehr als einem Drittel (37%) positiv beantwortet. „Zum Glück“ lautete dazu eine Anmerkung. Die Hälfte (50%) ist nicht dieser Meinung. 13% enthalten sich einer Antwort, weil sie weder Ermäßigungen noch Angebote kennen, manchmal wird angegeben, dass passende altersgemäße Freizeitangebote „zu weit weg“ sind. Vieles würde zumeist in Graz bzw. in den Ballungsräumen angeboten.

⁶⁹ Unter Berücksichtigung auch der Fixausgaben etwa für Kredite, Schulden, Alimentationen etc. So können auch gut verdienende Personen einen sehr engen finanziellen Spielraum besitzen.

⁷⁰ Von ihnen haben jeweils zwischen 50% bis 60% kein ausreichendes Haushaltseinkommen bzw. können sich keinen Familienurlaub leisten. Für sogar 64% der Mehrkinderfamilien ist kein jährlicher Familienurlaub möglich.

⁷¹ Das heißt, der Kreis jener mit finanziellen Sorgen geht über jene Personen hinaus, die gut über die Runden kommen oder sich einen Urlaub leisten können.

Abbildung 6: Beurteilung der finanziellen Situation



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

Aus den Anmerkungen zu dieser Frage lassen sich die Gründe für die vorsichtige Beurteilung der über den ZWEI UND MEHR-Steirischen Familienpass ermäßigten Freizeitangebote nachzeichnen. Am häufigsten wurde angegeben, dass die „Rabatte vernachlässigbar sind“, „das Bisschen an Ermäßigung auch nicht viel weiterhilft“ oder die „Ersparnisse sich kaum rechnen“. Stellvertretend dafür steht folgende Anmerkung: „Die wenigen Euros, die man sich durch den Familienpass manchmal spart, sind leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, was die Familienkasse betrifft.“ Seltener wird auch eine „große Freude über das Bisschen an Ermäßigung“ angegeben.

Im Zusammenhang damit werden auch die größten Belastungsposten für Kinder im Haushaltsbudget deutlich. Neben den hohen Wohnkosten werden vor allem die Betreuungskosten für Krippen und Kindergärten angegeben. Angesichts der in der Befragung häufig erwähnten im Bundeslandvergleich „höchsten Kindergartenbeiträge in der Steiermark“ (eine Befragte nennt 240 Euro pro Kind im Monat plus zusätzlich das Geld für Mittagessen) würde sich auch eine Erwerbstätigkeit „kaum auszahlen“. Besonders bei mehreren Kindern seien die Kosten für die Kinderbetreuung (Kindergarten bis zur Hortbetreuung und Sommerbetreuung) viel zu hoch. Auf Familien mit mehreren Kindern werde „zu wenig Rücksicht genommen“, gemeinsame Familienaktivitäten oder gar ein Urlaub seien zu kostspielig und kaum denkbar. Auch für Alleinerziehende sei es kaum möglich, „anständig mit seinem Kind leben zu können“, was aber „nicht so sehr etwas mit leistbaren Freizeitangeboten zu tun“ habe, sondern an den auch trotz guter Ausbildung oft schlechten Verdienstchancen von Frauen, „schlichtweg damit, dass man - gerade als Frau - in vielen Berufen viel zu wenig verdient.“ Auch mit Vollzeit sei „gerade mal so ein Überleben möglich“.

Positiv hervorgehoben werden öfters die Ermäßigungen für den öffentlichen Verkehr. So sei die Steiermark-Card sehr hilfreich, um vor allem im Sommer „mit den Kindern viel unterwegs sein“ zu können, in Graz werden die ermäßigten Straßenbahntickets sehr geschätzt.

Eine deutliche Anregung zur besseren finanziellen Unterstützung von Familien ist, dass die „Kinderbetreuungseinrichtungen endlich auch in der Steiermark kostenlos sein sollten! Man MUSS arbeiten gehen, um sich das Leben leisten zu können und dann soll man noch so hohe Betreuungsgebühren bezahlen. Das Land Steiermark soll auf seine Menschen und die Kinder etwas achten!“

Weiters angeregt wurden mehr Hilfestellungen für Alleinerziehende und Großfamilien, die Ausweitung der Ermäßigung auf Familienmitglieder zusätzlich zur Kernfamilie etwa für Großeltern, Tanten und Onkeln oder eine Basisfinanzierung für Elternteile bis zu drei Jahren: „Es müsste einfacher geregelt sein, dass man drei Jahre bei einem Kind zuhause bleiben kann und dafür mindestens 1000 € erhalten soll, wenn man davor gearbeitet hat“.

5.4 Themenfeld Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben

Entsprechend der Zusammensetzung der Befragten in der Stichprobe – ein Großteil von ihnen hat noch Kinder im Vorschul- oder im Volksschulalter – nutzen sie auch die Betreuungsangebote. In über vier Fünftel (82%) der Familien besuchen Kinder einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder nutzen Tageseltern⁷², in 16% ist das nicht der Fall, häufig bei „älteren“ Eltern, die keine Kinder mehr in diesem Alter haben, bei 2% liegen dazu keine Angaben vor. Bei rund einem Viertel (23%) der Befragten nutzen Kinder eine „schulische Tagesbetreuung“. Aus Familien mit Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren, geben fast alle (98%) an, dass Kinder eine Kinderbetreuungseinrichtung besuchen. Eltern über 40 Jahre, Befragte mit drei und mehr Kindern sowie mit Kindern im Alter zwischen 6 und 18 Jahren hingegen gaben am häufigsten an, dass Kinder eine schulische Tagesbetreuung nutzen.

Vor allem für Mehrkinderfamilien und minderjährige Kinder zwischen sechs und 18 Jahren stellen auch außerschulische Angebote (Sport- oder Musikvereine, Jugendzentren, Theater, Bibliotheken) wichtige ergänzende Möglichkeiten dar, die nicht nur der Förderung von Talenten und Interessen dienen, sondern auch als zusätzliche externe „Betreuung“ eine Erleichterung im Alltag von Eltern darstellen können. Fast die Hälfte der Befragten (47%) gab an, dass Kinder außerschulische Angebote nutzen, Eltern von drei und mehr Kindern (62%) und minderjährigen Kindern ab dem Volksschulalter (69%) im überdurchschnittlichen Ausmaß.

Im Überblick liegen damit quantitative Nutzungsprofile vor, die den jeweiligen Lebensumständen und Familienkonstellationen entsprechen, die allerdings noch keinen Einblick in qualitative Aspekte geben. Diesbezüglich wurde in der Familienbefragung auch die Zufriedenheit mit dem Betreuungsangebot erhoben, und zwar zu den qualitativen Aspekten der Erreichbarkeit, der Qualität der Angebote, der Öffnungszeiten und der Kosten bzw. Leistbarkeit. Die zahlreichen offenen Anmerkungen zu diesem Themenkomplex, die im Folgenden verschränkt mit den „Zufriedenheitsfragen“ zusammengefasst werden, machen vor allem auf Herausforderungen und Optimierungsmöglichkeiten aufmerksam.

In Hinsicht auf die Erreichbarkeit der Betreuungsangebote gibt die überwiegende Mehrheit (87%) an, dass sie gut erreichbar sind, in den größeren Gemeinden ist die Zufriedenheit tendenziell höher. Durch den forcierten Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten auch in Kleingemeinden in den

⁷² Eine genauere Differenzierung ist durch die Art der Fragestellung nicht möglich.

letzten Jahrzehnten sollte ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden, was nach den Angaben der Befragten quantitativ ansatzweise gelungen zu sein scheint. In Hinsicht auf das bestehende Angebot wurden in den Anmerkungen vor allem die viel zu wenigen Plätze für unter dreijährige Kinder, die fehlende Nachmittagsbetreuung für Kinder ab 10 Jahren sowie generell die langen Wartelisten beklagt, alternativ müssten teure private Betreuungsangebote genutzt werden. Bezüglich der Erreichbarkeit (und insgesamt bei der Zufriedenheit mit dem Betreuungsangebot) gibt es kaum wesentliche Unterschiede in den Aussagen der Befragten nach ihren soziodemografischen Merkmalen.⁷³

Ähnlich hoch ist die Zufriedenheit mit der Qualität der Angebote. Für 88% der Befragten besitzen die Angebote eine „ausreichende Qualität“.⁷⁴ Auffällig ist hier die etwas niedrigere Zufriedenheit von Befragten in Graz. Teilweise wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass die Qualität der günstigeren öffentlichen Angebote gegenüber den teureren privaten Einrichtungen, die oft als Alternative genutzt werden, weil öffentliche Betreuungsplätze nicht zur Verfügung stehen, zurückbleibe. Argumentiert wird dabei zumeist mit den zu großen Gruppen, teilweise werden auch Vorbehalte gegenüber einer zu breiten Durchmischung bzw. Kindern aus benachteiligten Gruppen spürbar. Als Faktoren, welche die qualitätsvolle Betreuung erschweren, sind in den offenen Anmerkungen vor allem der Betreuungsschlüssel, der hohe Druck auf das Personal, zusätzliche Betreuungspersonen, die „keine Anforderungen erfüllen“ müssten, aber auch die schlechte Entlohnung der Elementarpädagog*innen angeführt.

Für rund drei Viertel der Befragten stimmt auch die Aussage, dass „die Betreuungsangebote zu den benötigten Tageszeiten geöffnet haben“. Immerhin ein Viertel ist gegenteiliger Auffassung, eine tendenziell höhere Unzufriedenheit ist in kleineren Gemeinden sichtbar. Sehr häufig wurde in den Anmerkungen auf die eingegrenzten Öffnungszeiten hingewiesen, die vor allem eine Vollzeitbeschäftigung unmöglich machen würden, aber auch bei Beschäftigung in den Randzeiten, sei es im Handel, im Gastgewerbe oder Tourismus, im Gesundheits- oder Sozialwesen oder bei Schichtarbeit ohne familiäre Unterstützung eine unüberwindbare Hürde darstellen würden. Weiters bemängelt werden häufig die Schließzeiten im Sommer bzw. in den Ferien, häufige schulfreie Tage sowie die gänzlich fehlende oder nur „halbherzige“ Nachmittagsbetreuung mit Schließzeiten um 15 Uhr, die schon als Ganztagesbetreuung gelte. In vielen Einrichtungen sei auch kaum eine Flexibilität gegeben, *„unterjährige Einstiege oder Wechsel der Zeiten sind fast unmöglich und ein bürokratischer Horror. Aber man bekommt Kinder halt nicht pünktlich zu Kindergartenstartzeiten und die Karenz läuft auch nur eine feste Zeit, wenn man das Geld zusammen halten muss.“* Das Fazit einer Befragten lautet: *„Es ist für eine Frau in der Steiermark fast unmöglich, selbstbestimmt Vollzeit angestellt zu sein. Eine Betreuungszeit von 7.30 bis 15 Uhr ist nicht flexibel und für einen Vollzeitjob plus Fahrzeit NICHT ausreichend.“*

Rund zwei Drittel (69%) aller Befragten geben ferner an, dass die Betreuungsangebote für sie leistbar sind, etwas weniger als ein Drittel ist gegenteiliger Auffassung. Hier dürfte vor allem die berufliche bzw. ökonomische Situation eine Rolle spielen, für ältere Elternteile unter den Befragten und solche mit höherer abgeschlossener Bildung sind die Angebote in höherem Ausmaß leistbar, für jüngere und/oder arbeitslose bzw. nichterwerbstätige Elternteile sind die Kosten vermehrt zu hoch. Mehrmals wurden in den zusätzlichen Anmerkungen im Erhebungsbogen die im Bundesländervergleich hohen Beiträge für Kindergärten oder auch für die Kinderkrippen als viel zu hoch und unvereinbar mit niedrigen Löhnen bezeichnet. Im Zusammenhang damit steht auch die Kritik an der mangelnden Flexibilität von Kinderbetreuungseinrichtungen, hilfreich wäre eine

⁷³ Tendenzielle Zusammenhänge werden im Folgenden im Text angeführt.

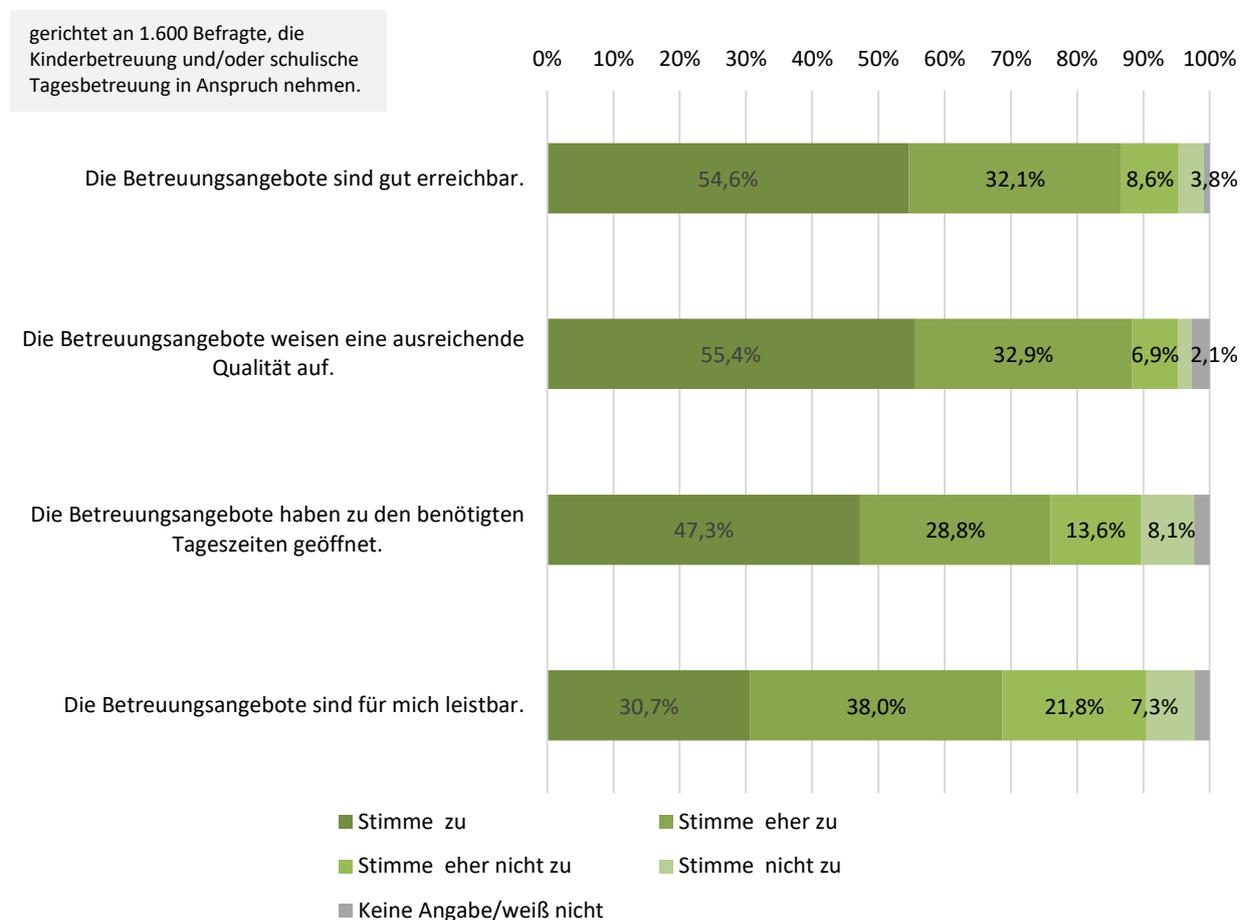
⁷⁴ Die beiden positiven Antwortkategorien „stimme zu“ und „stimme eher zu“ sind wiederum zusammengelegt.

bedarfsorientierte Nutzung und ein danach ausgerichteter Beitragsbeitrag. So wird bemängelt, dass etwa „die Nachmittagsbetreuung in der Schule nur an fixen Tagen möglich“ sei, Personen, „die jede Woche anders arbeiten“, wären fast „gezwungen, ihr Kind für fünf Tage anzumelden und zu bezahlen, obwohl eigentlich nur drei Tage pro Woche benötigt würden.“

Exemplarisch für den Ärger über als zu hoch empfundene Betreuungskosten stehen Anmerkungen wie: „Der Kindergarten und die Tagesmutter verschlingen jedes Monat mehr als die Hälfte meines Einkommens“. Die Höhe der Beiträge wird teilweise auch als „Anreiz“ interpretiert, sich (temporär) aus dem Berufsleben zurückzuziehen: „Bei zwei Kindern können diese bis zu 750 Euro im Haushaltsbudget eines Durchschnitt-Verdieners ausmachen. Dadurch wird eher ein Anreiz für weniger arbeiten, sprich weniger Einkommen gesetzt.“

Abbildung 7: Beurteilung Vereinbarkeit und Betreuungsangebote

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben - Betreuungsangebot



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

Zum Thema Vereinbarkeit wurden in der Familienbefragung auch resümierend weitere Bereiche abgefragt, die neben dem verfügbaren Betreuungsangebot und den Kosten der Betreuung die Berufstätigkeit fördern oder hemmen. Nach den Angaben der Befragten ist vor allem eine Vollzeitbeschäftigung als Elternteil schwierig zu realisieren. Nur knapp zwei Fünftel (38%) gaben an, dass ihre „familiäre Situation – Betreuungsangebote und Unterstützung aus dem nahen Umfeld - es ihnen ermöglicht, Vollzeit tätig zu sein. Günstig in diesem Fall, soweit aus den Anmerkungen

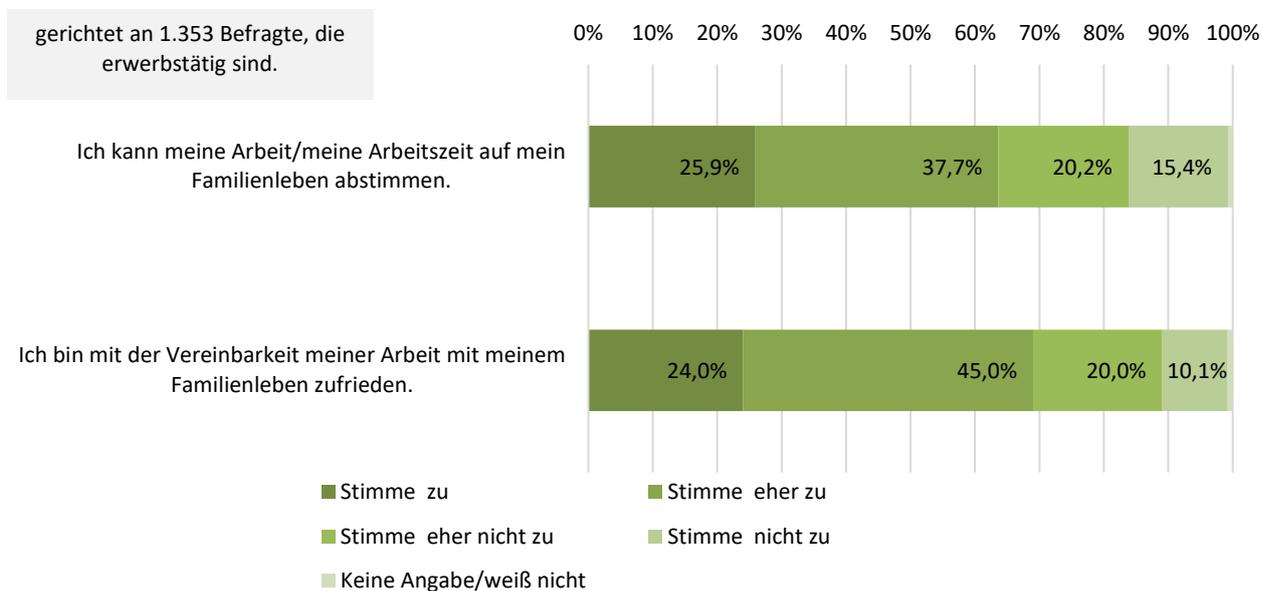
ersichtlich, sind – neben dem Betreuungsangebot und einem informellen Netz an Unterstützung - eine hohe Flexibilität in der Arbeitsstelle, eine weitgehende selbstbestimmte Wahl der Arbeitszeiten, ein guter Verdienst, um sich bei Bedarf zusätzliche private Hilfen leisten zu können, ein zeitliches Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber*innen sowie verständnisvolle Partner*innen in der Familie. Nach den Ergebnissen der Befragung finden Männer (68%), Eltern, deren Kinder schon über sechs Jahre alt sind (58%) oder Elternteile über 40 Jahre (46%) in erhöhtem Ausmaß diese Bedingungen vor. Rund 60% sagen, dass ihnen dies nicht möglich wäre.

Von den zum Befragungszeitpunkt erwerbstätigen Eltern ist es immerhin etwas unter zwei Dritteln (64%) nach eigenen Angaben möglich, ihre Arbeit bzw. Arbeitszeit auf ihr Familienleben abzustimmen, einem Drittel gelingt das nicht, was häufige oder ständige Überbelastung und Überforderung zur Folge hat. Tendenziell tun sich Personen mit höherer Ausbildung (und besseren beruflichen Positionen mit höherer Entscheidungskompetenz) leichter dabei, als Personen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss (häufig in Berufen mit starren Arbeitszeiten). Allerdings zeigen die Anmerkungen, dass eine Abstimmung zwischen Beruf und Familienleben häufig nur mit Teilzeitarbeit möglich erscheint, vor allem, wenn die zu erzielenden Löhne nicht hoch genug sind, geht die Vereinbarkeit mit finanziellen Abstrichen einher: *„Vollzeit geht nicht, da die Nachmittagsbetreuung zu teuer ist, das ist unleistbar. Ich habe einen Job gesucht, der auf mein Familienleben abgestimmt ist. Anderenfalls wäre Arbeit alleinerziehend mit Kindern gar nicht möglich, da die Großeltern nicht verfügbar sind und alle Verwandten weit weg wohnen. Am Land baut das gesamte Betreuungssystem auf deren Unterstützung auf.“*

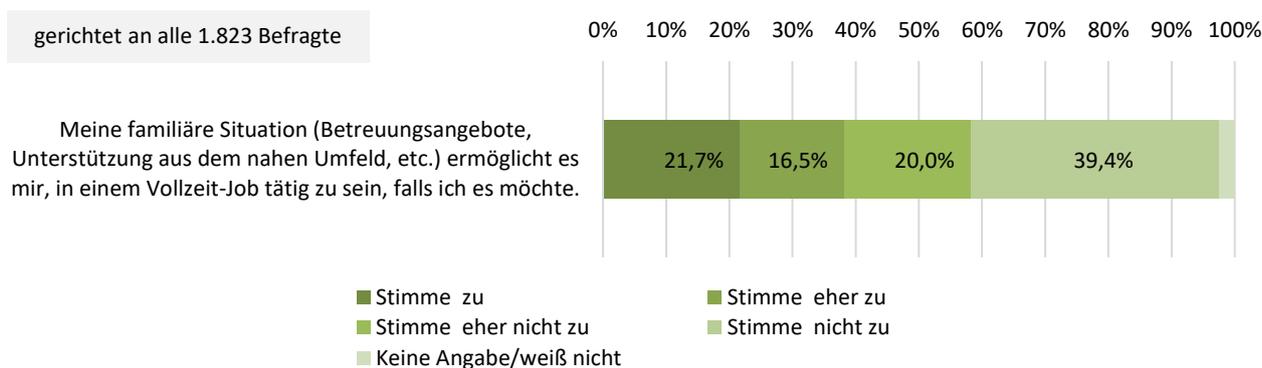
Trotz dieser skizzierten Einschränkungen zeigten sich etwas mehr als zwei Drittel (69%) der erwerbstätigen Befragten mit der Vereinbarkeit zwischen ihrer Arbeit und ihrem Familienleben zufrieden. Öfters wurde in den Anmerkungen formuliert, dass im Interesse etwa einer guten Eltern-Kind-Bindung oder der Vermeidung zu häufiger „Fremdbetreuung“ („warum habe ich dann ein Kind?“) bewusst die Berufstätigkeit zurückgenommen wird: *„Uns ist es wichtig, Zeit mit den Kindern zu verbringen. Wir haben uns bewusst für Kinder entschieden, und nicht dafür sie in Institutionen abzuschieben, nur damit wir mehr arbeiten und mehr Geld verdienen können, um uns dann einen größeren Urlaub leisten zu können. Lieber arbeite ich in Teilzeit und kümmere mich selbst mehr um die Kinder“*. Nicht zufrieden sind 30%, in höherem Ausmaß Alleinerziehende (62%) und männliche Befragte (58%).

Abbildungen 8: Beurteilung Vereinbarkeit Erwerbsbeteiligung und Familie

Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben - Erwerbsleben



Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

5.5 Themenfeld Partnerschaft und Gleichstellung

In der Stichprobe sind - trotz hoher allgemeiner Scheidungs- und Trennungsraten⁷⁵ - funktionierende Partnerschaften deutlich überrepräsentiert. 94% der Befragten in einer Partnerschaft leben nach ihrer eigenen Wahrnehmung in einer glücklichen Partnerschaft, 9% haben in der letzten Zeit überlegt, sich zu trennen. Bei beiden Fragen gibt es kaum Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen, schwach zeichnet sich der Zusammenhang heraus, dass Eltern von drei Kindern und mehr sowie nicht erwerbstätige/arbeitslose Befragte etwas unzufriedener mit ihrer Familiensituation sind, d.h. sich angespannte wirtschaftliche Verhältnisse auch auf die Familie auswirken. Auch Lebensgemeinschaften in der Stichprobe scheinen geringfügig weniger stabil

⁷⁵ So lag die Gesamtscheidungsrate als Summe der Anteile der Scheidungen an den Eheschließungen nach dem Eheschließungsjahr in der Steiermark im Jahr 2020 bei 35,6%. Vgl. Landesstatistik Steiermark, Ehescheidungen.

zu sein. Etwas weniger als die Hälfte gibt an, genügend Zeit für die Partnerschaft aufbringen zu können, in schwach erhöhtem Ausmaß tun dies ältere Befragte, Eltern mit bereits älteren Kindern und Personen mit einem Universitätsabschluss.⁷⁶

Ein eher positives Bild ergibt sich auch über die praktizierte Partnerschaftlichkeit im Familienalltag. Rund drei Viertel (72%) der Befragten teilen sich die alltäglichen familiären Aufgaben. Auffällig ist, dass männliche Befragte in wesentlich höherem Ausmaß von einer partnerschaftlichen Aufteilung ausgehen als Frauen (Männer 92%, Frauen 69%). Nicht erwerbstätige Befragte sind nur zu 55% dieser Meinung. Ebenso rund 72% sind ohne erkennbare Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen - mit der Arbeitsaufteilung mit dem Partner/der Partnerin zufrieden. Über neun Zehntel (91%) behaupten, „alle Familienangelegenheiten gemeinsam zu besprechen und zu entscheiden“, auch hier wiederum ungefähr gleich verteilt über alle Merkmalsgruppen.

Im Gegensatz zu diesen bekundeten idealtypischen Darstellungen in Hinsicht auf eine möglichst partnerschaftliche Lebens- und Familienführung zeigen die Angaben zu tatsächlichen innerfamiliären Zuständigkeiten und Rollenverteilungen durchaus noch eher traditionelle Muster, vor allem im Zusammenhang mit den nach wie vor geschlechtsspezifischen unterschiedlichen objektiven Bedingungen am Arbeitsmarkt (Gender Pay Gap). Rund die Hälfte (48%) gibt an, dass aus beruflichen Gründen eine partnerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie nicht möglich ist, am häufigsten sind Personen in Elternkarenz (60%) dieser Meinung, ansonsten gibt es kaum Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (57%) übernehmen nach ihren Angaben „mehr Aufgaben rund um die Familie“, da das Gehalt des Partners bzw. der Partnerin deutlich höher ist. Fast zwei Drittel der Frauen (64%), aber nur 8% der Männer stimmen dieser Aussage zu, welche die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Verdienstchancen verdeutlicht. Erwartungsgemäß überrepräsentiert sind hier auch Personen, die sich in Elternkarenz befinden sowie nicht erwerbstätig oder arbeitslos sind. Tendenziell weniger stimmen Befragte mit steigendem Alter sowie höheren Ausbildungsabschlüssen dieser Aussage zu.

Ein ähnliches Bild zeigen die Angaben zur Hauptverantwortung für die Kinder. Insgesamt zwei Drittel (67%) der in Partnerschaft lebenden tragen aus ihrer subjektiven Perspektive die Hauptverantwortung für die Kinder, 74% der Frauen, aber nur 16% der Männer sind dieser Auffassung. Weiters überrepräsentiert sind Personen, die zum Befragungszeitpunkt nicht erwerbstätig, arbeitslos oder in Karenz zu Hause sind. Auch das ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Realität der Familienarbeit den idealen partnerschaftlichen Vorstellungen hinterherhinkt, in der täglichen Sorgearbeit sind die engagierten Väter noch eher die Ausnahme. Die gelebte Realität weicht oftmals von den Idealbildern ab.

Diese Kluft in der spezifischen Ausgestaltung des Familienalltags steht mit der geschlechtsspezifischen Erwerbsbeteiligung und Berufswahlentscheidungen in Zusammenhang. Einen großen Einflussfaktor haben weit verbreitete gesellschaftliche Familienbilder, Werthaltungen und Einstellungen. Daraus resultiert (auch) eine ungleiche Einbindung von Frauen und Männern in die Erwerbssphäre und familiäre Aufgabenbereiche.⁷⁷ In der Familienbefragung manifestiert sich auch die Beständigkeit traditioneller Einstellungen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (55%) teilt die Auffassung, dass es vor allem für Mütter wichtig sei, dass „man viel Zeit mit den Kindern verbringen kann, da sie am meisten gebraucht wird“. Immerhin noch ein Viertel (25%)

⁷⁶ Ob das einer höheren beruflichen Flexibilität oder auch einem sozial erwünschten Antwortverhalten geschuldet ist, sei dahingestellt.

⁷⁷ Vgl. Gerlinde Mauerer, Sigrid Kroismayr: Geschlechtsspezifische Rollen im Wandel. In: Österreichischen Familienbericht, S. 317-352. Im internationalen Vergleich bestehen in Österreich eher traditionelle Rollenbilder. Zeitverwendungsstudien zeigen ungleich höhere Aufwendungen von Frauen für Familienaufgaben.

stimmt der Aussage zu, „damit man als Familie gut leben kann, soll sich der Vater hauptsächlich um den Beruf kümmern können“. Befragte unter 30 Jahren und solche mit Pflicht- bzw. Lehrabschluss vertreten überdurchschnittlich häufig die beiden letzten Aussagen, was eventuell auch ein Anzeichen für eine Retraditionalisierung von Familienvorstellungen ist.

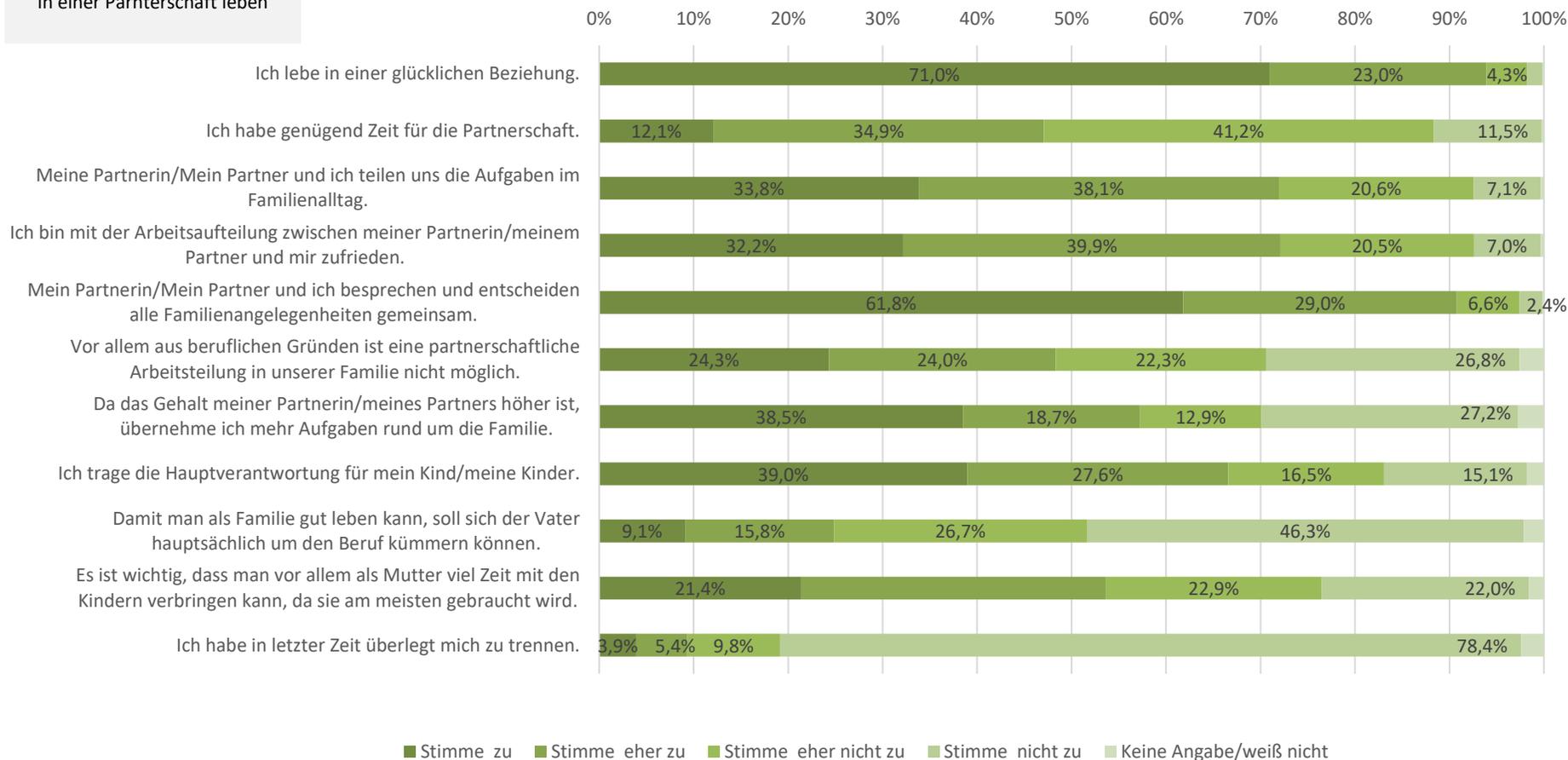
Die Ambivalenzen und die schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Hinsicht auf Einstellungen bezüglich weiblicher und männlicher Aufgabenbereiche bzw. eine Egalisierung der Geschlechterrollen auch in der Familie verdeutlicht exemplarisch folgende Anmerkung:

„Die letzten Fragen sind wirklich unmöglich. Es geht gar nicht anders, als dass der Mann mehr arbeitet, weil es noch immer ein Gehaltsgefälle gibt und NIE ein Mann beim Bewerbungsgespräch gefragt wird, ob er das neben dem Familienleben auch schafft‘. Frauen wird ständig suggeriert, dass sie wohl lieber Teilzeit arbeiten sollen, weil sie gehören halt nach Hause und sollen Kinder hüten, kochen und den Mann unterstützen. Kinder brauchen mehr Zeit mit dem Papa, aber das ist gesellschaftlich auch nicht anerkannt, dass man in einer Führungsrolle einen Papamonat nimmt oder reduziert. Reduzieren geht schon deshalb meist nicht, weil die Familie auf das Geld angewiesen ist. Nicht viel anders als im Jahr 1950.“

Abbildung 9: Beurteilung von Partnerschaft und Gleichstellung

gerichtet an 1.649 Befragte, die in einer Partnerschaft leben

Partnerschaft und Gleichstellung



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

5.6 Themenfeld Unterstützungen

Ein Bild darüber, wie Familien das reale Unterstützungsangebot erleben, wo sie Stärken oder auch Mängel sehen, liefert der Grad der Zustimmung zu diesbezüglichen Aussagen in der Familienbefragung.⁷⁸

Für die große Mehrheit der Befragten (93%) sind über alle Subgruppen hinweg Unterstützungsangebote für Familien in der Nähe des Wohnortes notwendig, für Alleinerziehende tendenziell noch etwas mehr. Ab welcher Entfernung eine kritische Distanz für Befragte überschritten wird, lässt sich anhand der Zustimmung zur Aussage, „Für eine gute Unterstützung würde ich auch einen längeren Weg (> 15 km) auf mich nehmen“ etwas umreißen. Für rund die Hälfte (49%) wäre das durchaus hinnehmbar, für die andere Hälfte eher nicht.⁷⁹ Sichtbar ist, dass zu überwindende Entfernungen im Zusammenhang mit den alltäglichen Lebensumständen auch eine unterschiedliche Bedeutung haben, so besteht ein Zusammenhang mit der Wohngemeinde. Im Zentralraum Stadt Graz und Umgebung und in den größeren Gemeinden ab 10.000 Einwohner*innen, in denen Angebote vor Ort sind, gibt es eine höhere Ablehnung als in den kleineren Gemeinden, wo für die infrastrukturelle Daseinsgrundversorgung (Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Gerichte, Ämter, Institutionen, Einkaufsmöglichkeiten) ohnehin in die nächste größere Bezirksstadt gefahren werden muss. Für Befragte mit drei und mehr Kindern und nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Personen ist eine solche Distanz, für die mit dem Auto eine Fahrzeit von rund einer Viertelstunde reichen müsste, eher ein Hindernis für die Nutzung, bei letzterer Gruppe kann angenommen werden, dass verstärkt kein Fahrzeug zur Verfügung steht.

In Hinsicht auf die infrastrukturelle Versorgung sind die Gemeinden als die unmittelbaren Lebenswelten für Familien von hoher Bedeutung. Weit über der Hälfte der Befragten (57%) sind der Auffassung, dass es in ihrer „Gemeinde genügend Angebote für Familien von der Schwangerschaft bis hin zu den unterschiedlichen Lebensphasen eines Kindes“ gibt. Erwartungsgemäß ist die Zustimmung in den größeren Gemeinden höher, in den Kleinstgemeinden gibt es große Lücken. 38% geben an, dass die Angebote in ihren Gemeinden nicht ausreichen, 5% enthalten sich der Stimme.

Die Schwierigkeit, Eltern mit Angeboten zu Fragen der Erziehung und Begleitung ihrer Kinder zu erreichen, verdeutlicht sich in der relativ geringen Anzahl der Befragten, die nach eigenen Angaben „regelmäßig Vorträge/Workshops zu familienrelevanten Themen besuchen“. Ein knappes Fünftel (18%) der Befragten nutzt solche Angebote regelmäßig, die vierfache Anzahl (79%) tut das nicht. Zu den schwer erreichbaren Gruppen gehören vor allem jüngere (bis 30 Jahre), nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Eltern sowie Befragte mit geringerer Formalausbildung (Pflichtschule, Lehre). Personen aus Gemeinden mit über 10.000 Einwohner*innen zählen mit 30% zu den besonders aktiven Nutzer*innen. In Graz liegt die regelmäßige Nutzung im Durchschnitt.

Über grundlegende Rechte und Pflichten von Eltern besteht nur wenig Informationsbedarf. 93% der Befragten gaben (ohne besondere Unterschiede zwischen den unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen) an, dass ihnen diese bekannt seien. Zwei Drittel der Befragten kennen

⁷⁸ Wiederum werden die Antworten „stimme zu“ und „stimme eher zu“ zusammengezogen, „stimme eher nicht zu“ und „stimme nicht zu“ ebenso.

⁷⁹ Zwei Prozent enthalten sich der Aussage.

nach ihren Angaben auch Stellen, an die sie sich bei Fragen zu Familienthemen wenden können.⁸⁰ Einen vermehrten Informationsbedarf haben nach den Angaben in der ZWEI UND MEHR-Familienbefragung die „klassischen“ schwer erreichbaren Gruppen – Jüngere, Personen mit niedriger Formalausbildung, nicht erwerbstätige bzw. arbeitslose Befragte. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Ansprechstellen für familienrechtliche Angelegenheiten. Wiederum geben zwei Drittel an, dass sie wüssten, wohin sie sich wenden würden, bei Alleinerziehenden sind es drei Viertel (75%).

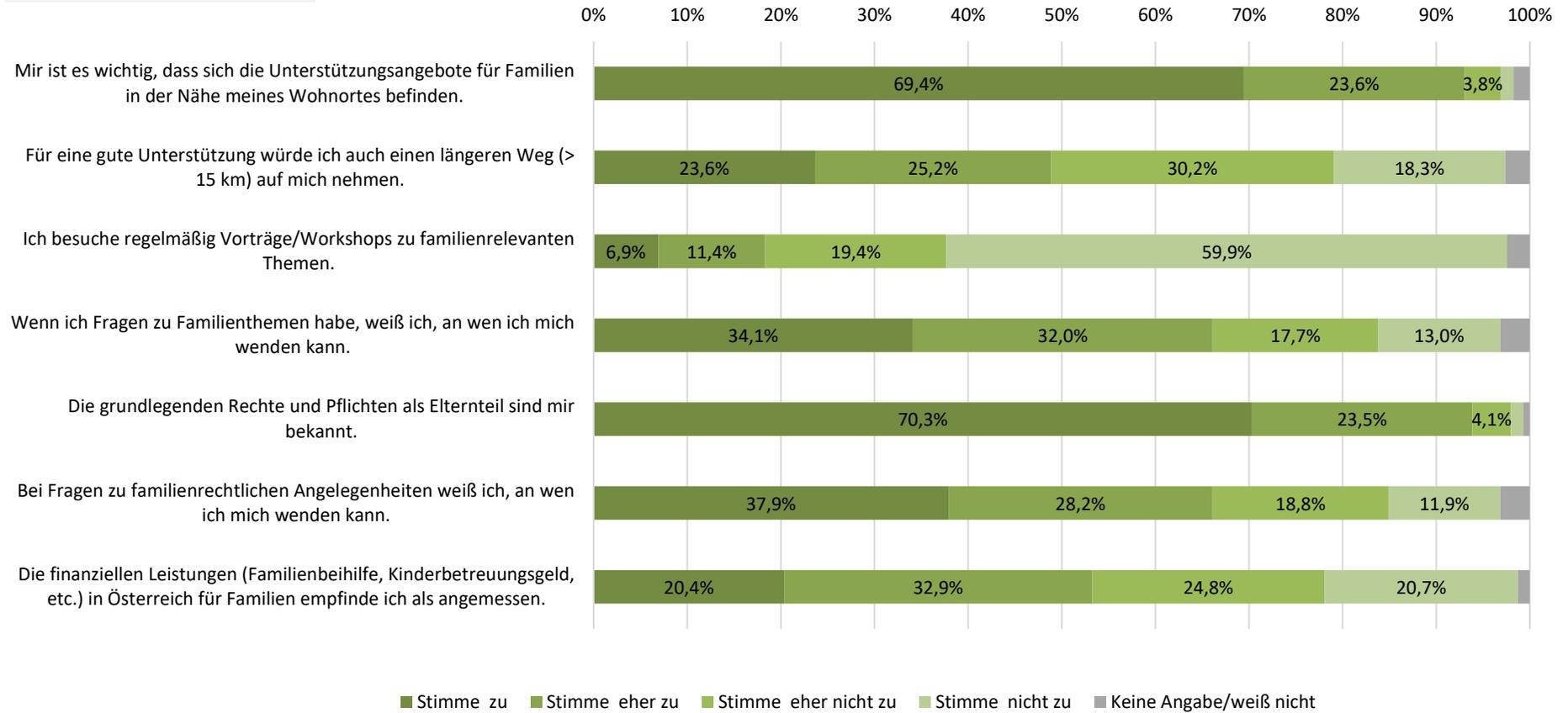
Breitere Kritik trifft die finanziellen Leistungen (Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld etc.) für Familien in Österreich. Nur etwas mehr als die Hälfte (53%) empfindet diese als „angemessen“, für 46% trifft das (eher) nicht zu. Bei den Anmerkungen kommt vor allem die Unzufriedenheit mit den Kosten für die Kinderbetreuung (von der Kinderkrippe über Kindergärten bis zur Nachmittagsbetreuung) in der Steiermark zum Ausdruck. Häufig wird auf kostenlose oder wesentlich günstigere Betreuungsangebote in anderen Bundesländern hingewiesen (27 Nennungen). Öfters kritisiert werden ferner die zu niedrige und „*seit Jahren unveränderte*“ Familienbeihilfe sowie die Regelungen des Kinderbetreuungsgeldes (Höhe, Deckelung, Betrag beim zweiten Kind etc.).

⁸⁰ Ob dies angesichts breit angelegter familienpolitischer Maßnahmen (Mutter-Kind-Pass, Familienberatungsstellen) und angesichts der tendenziell besser gebildeten Familien mit vielen noch jungen Kindern ein zufriedenstellender Wert ist, kann nicht beurteilt werden.

Abbildung 10: Beurteilung der Unterstützungsleistungen

gerichtet an alle 1.823 Befragten

Unterstützungsleistungen



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

Aus den Anmerkungen lassen sich auch viele Anregungen und Wünsche ersehen. Diese reichen von günstigeren Kinderbetreuungsangeboten, einer Erhöhung und „gerechteren“ Lösung des Kinderbetreuungsgeldes und der Familienbeihilfe über mehr Unterstützung für Alleinerziehende und Mehrkinderfamilien bis zu einer besseren Budgetausstattung für elementarpädagogische Einrichtungen. Eher vereinzelt werden bei dieser Frage billigere Tickets für den öffentlichen Verkehr, bessere Unterstützung zu Beginn des Kindergartens und der Schule (auch mit Sachleistungen), eine Berücksichtigung von Doppelresidenzen, gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit oder eine Änderung der Besteuerung als Lenkungsinstrument angeregt.

Im Zusammenhang mit dem Unterstützungsangebot in der Steiermark ist auch die Bekanntheit der Familieninitiative ZWEI UND MEHR des Landes Steiermark von Interesse, da diese einen Teil der vielen weiteren Leistungen für Familien in der Steiermark darstellt. Was die einzelnen Angebote betrifft, werden zum Teil Informationsdefizite ersichtlich. Der größten Bekanntheit erfreuen sich der „ZWEI UND MEHR-Steirische Familienpass“, den 83% aller Befragten kennen, vor dem „ZWEI UND MEHR-Familienmagazin“ (62%), danach folgen mit großem Abstand die „ZWEI UND MEHR-Homepage“ (25%), der „ZWEI UND MEHR-Elternbrief“ (19%) sowie die „ZWEI UND MEHR-Familien- & KinderInfo“ (15%). Alle anderen (konkreten) Angebote wie der „ZWEI UND MEHR-Elterntreff“, der „ZWEI UND MEHR-Newsletter“, die „ZWEI UND MEHR-Kinder-Ferien-Aktivwochen“, „ZWEI UND MEHR-Facebook“ oder der „ZWEI UND MEHR-Familientalk“ liegen in ihrer Bekanntheit noch darunter. Lediglich 13% der Befragten ist „ZWEI UND MEHR“ nicht bekannt.⁸¹

In Hinsicht auf die Bekanntheit der ZWEI UND MEHR-Angebote, zu denen bei Vorlage des ZWEI UND MEHR-Steirischen Familienpasses auch viele kostenlose Freizeitangebote oder Ermäßigungen bei Vorteilsbetrieben gehören, zeigt sich wiederum deutlich die Schwierigkeit, jene zu erreichen, die die Unterstützung am notwendigsten brauchen würden. Die meisten Informationsdefizite – beinahe durchgehend für alle Angebote – finden sich bei Befragten unter 30 Jahren, Befragten, bei denen das jüngste Kind noch nicht drei Jahre alt ist, Befragten mit dem höchsten Bildungsabschluss Pflichtschule/Mittlere Schule/Lehre sowie Alleinerziehenden. Regional ist es auffällig, dass die ZWEI UND MEHR-Angebote in den obersteirischen Bezirken am wenigsten bekannt sind, vielleicht auch, weil es dort die wenigsten Angebote vor Ort gibt.

5.7 Erwartungen und Wünsche

Zum Abschluss der ZWEI UND MEHR-Familienbefragung wurden nochmals in komprimierter Form Verbesserungsnotwendigkeiten, „*um als Familie in der Steiermark noch besser leben zu können*“, abgefragt.

Erwartungsgemäß ist die Zustimmung zu den abgefragten Verbesserungsvorschlägen in insgesamt 14 Bereichen durchwegs sehr hoch. Allerdings liegen manche abgefragten Verbesserungsmöglichkeiten außerhalb der Zuständigkeit des Landes, vor allem; wenn sie rechtliche Voraussetzungen wie die „bessere Anrechnung der Familienarbeit für die Erwerbspension“ oder „flexiblere Karenzmodelle“ betreffen. Aber auch für ein allgemeines „familienfreundliches Verhalten“ in Unternehmen, „bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Nähe meines Wohnorts“ oder eine „bessere medizinische Versorgung in der Nähe meines Wohnortes“ kann das Land höchstens unterstützend und fördernd wirksam werden. Nichtsdestotrotz wird ein Stimmungsbild darüber sichtbar, welche Verbesserungen für eine familienfreundlichere Zukunft als wichtig erachtet werden bzw. wo Familien derzeit gravierende Hürden erleben.

Nach der Höhe der Zustimmung lassen sich drei Gruppen von Verbesserungsbereichen unterscheiden. Bei der ersten Gruppe sind beinahe alle Befragten für Verbesserungen, die Zustimmungsrate liegt bei über 90% bis knapp unter 100%. In der Rangfolge der Zustimmung (absteigend) sind dies ein „familienfreundlicheres Verhalten“ in Unternehmen, „leistbarere Wohnmöglichkeiten für Familien“, „mehr finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Familien“, eine „bessere Anrechnung der Familienarbeit für die Erwerbspension“, der „Ausbau von Betreuungseinrichtungen“ sowie „flexiblere Karenzmodelle“.

In der zweiten Gruppe finden sich jene Vorschläge, die von 80 bis 90% (d.h. noch mehr als vier Fünftel stimmen zu) der Befragten als notwendig erachtet werden. Das sind (wiederum in absteigender Rangfolge) eine „bessere Information über Angebote für Familien“ (als eine Kernaufgabe der A6 Fachabteilung Gesellschaft), „leistbarere Angebote des öffentlichen Verkehrs“, eine „bessere Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz“⁸², „bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in der Nähe meines Wohnorts“, „bessere Information über Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene“ sowie eine „bessere medizinische Versorgung in der Nähe meines Wohnortes“.

Weniger als 80% an Zustimmung finden zwei Bereiche. An vorletzter Stelle steht die „bessere Information über die wichtigsten zu beachtenden Schritte von der Schwangerschaft bis hin zu den unterschiedlichen Lebensphasen eines Kindes.“ Dies kann bedeuten, dass diesbezüglich die vielen Angebote von der Schwangerschaftsberatung und Geburtsvorbereitung über die Aktivitäten rund um den Mutter-Kind-Pass oder die besondere Unterstützung durch die Frühen Hilfen bis hin zu den Informationen beim Kindergarten- und Schulbesuch als ausreichend eingestuft werden. Am wenigsten als notwendig erachtet wird die „bessere Nutzung der digitalen Möglichkeiten (am Arbeitsmarkt, Online-Angebote für Familien etc.)“. Immerhin drei Viertel aber halten auch derartige Bestrebungen für notwendig.

Eine nähere Bestimmung wichtiger Handlungsfelder ist durch die zahlreichen formulierten Anmerkungen und Wünsche in der diesbezüglichen offenen Zusatzfrage ermöglicht. Immerhin beinahe ein Viertel der Befragten (23%) nutzten diese für weitere, teils sehr ausführliche Anmerkungen. Der Bereich, zu dem weitaus die meisten Wünsche und Anregungen kamen⁸³, aber auch teils massive Kritik geäußert wurde, war eindeutig jener der Kinderbetreuung, was deren hohen Stellenwert für Familien unterstreicht. Häufig wurde dabei auf die besonders hohen Kosten in der Steiermark im Bundesländervergleich hingewiesen. Die Anregungen betreffen vielfältige Facetten der Kinderbetreuung. Sie zielen auf mehr Plätze für Kleinkinder (Krippen), auf ein ausreichendes, kostengünstigeres und flexibleres elementarpädagogisches Angebot insgesamt, auf die Ausweitung der Öffnungszeiten, die Erhöhung der pädagogischen Qualität durch mehr Budget und kleinere Gruppen sowie eine bessere Bezahlung der Betreuungspersonen. Weitere häufige Anregungen betrafen eine ausreichende Kinderbetreuung auch während Ferienzeiten, nach dem Bedarf flexibilisierte Bring- und Holzeiten und eine dementsprechende Berechnung der Kosten, zusätzliches Personal (mit jeweils benötigten muttersprachlichen Kenntnissen) in sozialen „Brennpunkten“ und einen früheren Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (wobei die Zeitangaben vom ersten bis zum vierten Lebensjahr reichen).

⁸² Wobei hier der Bezugsraum sehr kleinräumig gedacht ist, auch in der Stadt Graz ist der Anteil derjenigen, die das als wichtig einschätzen, im Durchschnitt aller Befragten.

⁸³ In den einzelnen Anmerkungen wurden oft viele Bereiche angesprochen und vermischt, was eine genaue Quantifizierung erschwert. Daher wurden Themenbereiche gebündelt. Zu Kinderbetreuung äußerten sich nochmals knapp 200 Personen, das sind rund 45% aller jener, die diese offene Frage beantworten.

Im Zusammenhang mit der hohen finanziellen Belastung durch die Kinderbetreuung⁸⁴ steht auch das nächsthäufig genannte Anregungsbündel, und zwar jenes nach einer besseren (finanziellen) Unterstützung⁸⁵ von Familien in prekären Situationen. Sehr häufig bezieht sich dies auf Alleinerziehende, Mehrkinderfamilien bzw. Familien, die unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leben⁸⁶, seltener sind Familien mit einem geringen Erwerbseinkommen oder Familien mit Kindern mit Beeinträchtigung und deshalb erhöhten Kosten als Zielgruppen genannt.⁸⁷ Die konkreten Anregungen reichen von flexibel abrufbaren Betreuer*innen oder Haushaltshilfen, Babysit-tern oder „Leihomas/Leihopas“ im Bedarfsfall (Krankheit, Krankenhausaufenthalt, Termine etc.), stundenweise Unterstützung über Sachzuwendungen (z.B. Ermäßigungen für den öffentlichen Verkehr) bis hin zu Freizeitangeboten, der Senkung der Lohnsteuer oder einer Änderung der Berechnung für die soziale Staffelung von Kinderbetreuungsgebühren etc.

Häufig wurden auch noch Verbesserungen im Bereich der Karenzmodelle und ihrer Anrechnung für die Pension sowie von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie⁸⁸ angeregt. Im Bereich der Karenzregelungen werden sowohl längere Karenzzeiten als auch eine bessere Bezahlung und eine längere Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Pensionszeiten gefordert, um auch der diesbezüglichen Benachteiligung entgegenzutreten. Häufig wird argumentiert, dass damit auch die Entscheidungsfreiheit länger gewährt bliebe, bei einer ausreichenden Absicherung könnten Personen sich länger den Kindern widmen. Verbunden damit wird auch eine höhere Wertschätzung der „Familienarbeit“ und der Akzeptanz für „unterschiedliche Familienmodelle“ für notwendig erachtet. Ebenso erwähnt sind eine andere Aufteilung der Karenz (im Sinne der Chancengerechtigkeit), erhöhte Pflichten beim Papamonat (und ein dementsprechendes Agieren auch in den Unternehmen), ein verstärktes Pensionssplitting, ein erhöhtes Kinderbetreuungsgeld oder ein Familienbonus, der auch Familien, die unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leben, zu Gute kommen könnte.

Im Sinne der erhöhten Vereinbarkeit werden (neben einer verbesserten Kinderbetreuung) unterschiedliche Möglichkeiten angeregt, vor allem auch die Mitwirkung von Betrieben, z.B. in Form flexibler Arbeitszeitmodelle, familienfreundlicher Betriebskulturen, einem verstärkten Entgegenkommen im Bedarfsfalle, vor allem beim Wiedereinstieg⁸⁹ nach der Kinderpause etc. Besonders sollten auch Väter ermutigt werden, wenn sie sich mehr Zeit für Familien nehmen wollen, anstatt ihnen mit Nachteilen für den innerbetrieblichen Aufstieg bei potentiellen Belegschaftsreduktionen zu drohen. Allgemein werden, um die Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt zu verringern, eine generelle Verkürzung der Arbeitszeiten mit Lohnausgleich, eine Angleichung der Männer- und Fraueneinkommen, um die Frage, wer wie lange in Karenz gehen kann, in Familien offen zu lassen, und die „Teilzeitfalle“ zu verhindern, eine Bestimmung des Pflegeurlaubs nach der Kinderanzahl etc. eingefordert.

⁸⁴ In den Anmerkungen finden sich viele Einzelfallbeispiele, wo Befragte vorführen, wie viel von ihrem Erwerbseinkommen für Betreuungskosten aufgewendet werden muss.

⁸⁵ Knapp 100 Befragte erwähnten diesen Bereich.

⁸⁶ Zum Teil kommt aber auch die „Neiddebatte“ zum Vorschein, wenn die Bevorzugung jener, die „zu Hause bleiben und sich die Sonne auf den Bauch scheinen lassen“ oder von „ausländischen Großfamilien“, gegenüber jenen, die „hart arbeiten und dann noch mehr zahlen“ betont wird.

⁸⁷ Vereinzelt ist kritisch angemerkt, dass der Bereich Inklusion bzw. die besondere Situation von Familien mit Kindern mit erhöhtem Betreuungsaufwand in der Befragung nicht gezielt thematisiert wurde.

⁸⁸ Jeweils rund 60 Nennungen.

⁸⁹ Diesbezüglich gibt es auch Anmerkungen, dass in bestimmten Berufen, z.B. in technischen Bereich, für Betriebe Teilzeit kaum in Frage komme, eine längerer „Kinderpause“ würde auch in familienfreundlich ausgezeichneten Betrieben wenig toleriert.

Die nächsthäufig genannten Anregungsbündel betreffen vor allem die jeweiligen Wohnregionen und konkreten Lebenswelten. Zunächst ist das der Bereich der Freizeit-, Sport- und Kulturangebote in der Wohnumgebung,⁹⁰ häufig erwünscht sind vor allem mehr Grünflächen, fußläufig erreichbare attraktive Sport- und Spielplätze mit einer Ausstattung für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Lebensphasen, Freibäder und sonstige Schwimmmöglichkeiten, Indoor- und Outdoorangebote z.B. für Bewegung, Skaten etc., ein attraktives Vereinswesen (Musik, Turnen etc.).

Ergänzend werden auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, billigere Tickets sowie ein auch für Kinder sicheres Radwegenetz als notwendig erachtet, weiters eine bessere Taktung, häufigere „Schulbusse“, eine Verkehrsberuhigung in vielen Gemeinden, Wohnstraßen etc.⁹¹

Im Bereich der Lebenshaltungskosten⁹² ist vor allem die Wohnversorgung von Relevanz. Dementsprechend wird der Wunsch nach leistbarerem Wohnraum (vor allem für Jungfamilien), unbefristeten Mietwohnungen oder auch einer besseren Wohnunterstützung zum Ausdruck gebracht, ferner auch eine verstärkte Unterstützung für armutsgefährdete Familien.

Auch im Bereich der medizinischen Versorgung wird ein großer Verbesserungsbedarf geortet. Neben Kinderärztinnen und -ärzten fehlen aus Sicht von Befragten für eine gute und leistbare medizinische Versorgung vor allem diverse therapeutische Fachstellen für Familien, Teenager, Kinder- oder für Gewaltschutz.

In geringerem Ausmaß wird der Wunsch nach einer Intensivierung der (Erwachsenen-) Bildungsmöglichkeiten in den Wohnregionen, durchaus auch als Onlineformate, nach einem größeren Angebot an schulischen Bildungsmöglichkeiten in manchen Regionen, nach kleineren Schulklassen und verstärkter Nachmittagsbetreuung und nach einem breiten Angebot für werdende Eltern geäußert. Weiters werden auch z.B. Ansprechpersonen für Familien in Gemeinden, verbesserte Information über Unterstützungen (auch in digitaler Form⁹³), (ungebundene und ungezwungene) öffentliche Treffmöglichkeiten für Familien und eine Vernetzung von Eltern erwähnt.

⁹⁰ Knapp 60 Nennungen.

⁹¹ Rund 50 Nennungen.

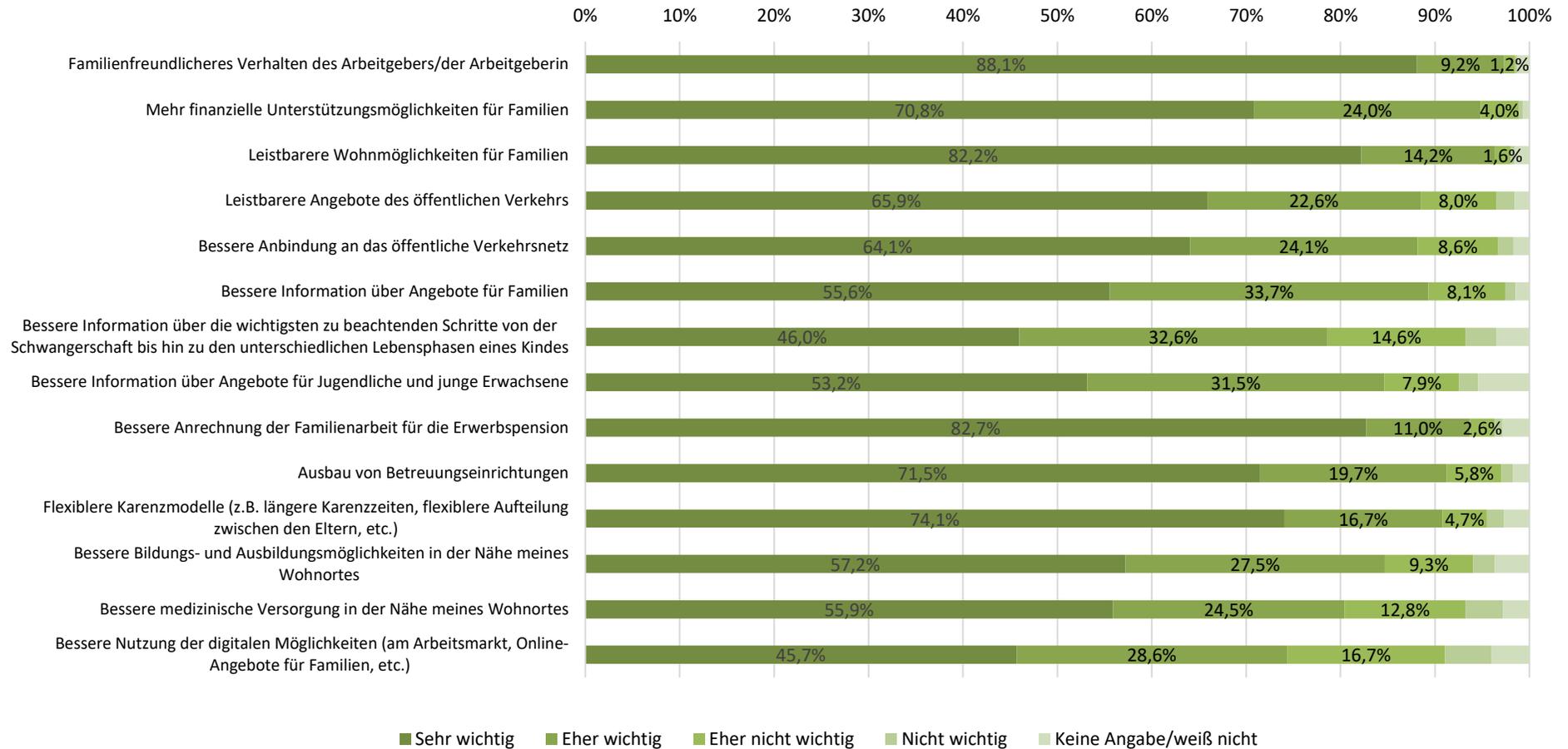
⁹² Ebenfalls rund 50 Nennungen.

⁹³ Zum Teil wird diesbezüglich die Arbeit von ZWEI UND MEHR extra positiv hervorgehoben.

Abbildung 11: Wünsche und Erwartungen

Wünsche und Erwartungen

gerichtet an alle 1.823 Befragte



Quelle: A6 - ZWEI UND MEHR-Online-Umfrage "Wie geht es den Familien in der Steiermark?"
gerichtet an (werdende) Familien mit Kindern unter 18 Jahren; Bearb.: A17 - Referat Statistik und Geoinformation

Auch wenn die unterschiedlichen Verbesserungsvorschläge von einem überwiegenden Teil der Befragten unterstützt werden, heißt das nicht, dass die Lebenslagen von Familien grundsätzlich schlecht beurteilt werden (siehe dazu auch die Frage zum Komplex Familien in der Steiermark). Rund drei Viertel der Befragten (77%) sind für die Zukunft positiv gestimmt, 22% haben bezüglich ihrer Zukunft Ängste und Befürchtungen. Solche äußerten vermehrt jüngere Befragte (30%) und solche mit höchstens Pflichtschul- oder Lehrabschluss (31%), im Durchschnitt waren es 23%.

6. Die Sicht der Akteur*innen im Familienbereich

Unter Berücksichtigung der erwähnten eventuell positiv verzerrten Stichprobe sollen die Ergebnisse der Fokusgruppen in den sieben Regionen mit Personen, die in Sektoren mit Zuständigkeit für Fragen von Kindern, Jugendlichen und Familien beruflich tätig sind, zusätzlich zur Familienbefragung für die zukünftige Ausrichtung der Familienpolitik in der Steiermark mit (klein) regionalen Differenzen herangezogen werden. Ergänzend werden ebenso die Ergebnisse der Zukunftswerkshops integriert. Ein Fokus wird auch auf die Familienbilder, welche hinter den Problemlagen und Herausforderungen und genannten Bedarfen stehen und auf die Möglichkeiten zur Stärkung von Frauen (bzw. der Gleichstellung auf unterschiedlichen Ebenen) gelegt.

Entsprechend der „doppelten“ Ausrichtung der Leitfragen in den Fokusgruppen (und bei den Zukunftswerkshops) werden im Folgenden auch die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Zunächst gilt die Aufmerksamkeit den „Themen und Herausforderungen von Familien“ bzw. georteten Bedarfen und Wünschen von Familien in der Region. Anschließend werden „Themen und Herausforderungen“ für die 48 teilnehmenden Akteur*innen, die im breiten Feld der Arbeit für und mit Familien tätig sind, sowie ihre Verbesserungswünsche auf der strukturellen Ebene skizziert. In den Fokusgruppen wurde ebenso nach wichtigen Entwicklungsfeldern im Feld Familie in der jeweiligen Region und nach wichtigen Handlungsfeldern im Feld Familie für die Politik gefragt. Diese werden in die entsprechenden Themenfelder integriert.

Vorangestellt sei, dass in den Fokusgruppen der jeweilige regionale Blickwinkel der Ausgangspunkt der Überlegungen war, allerdings unterschieden sich die georteten Probleme und Bedarfe nicht wesentlich. Zum Teil kommen, auch in Abhängigkeit vom Tätigkeitsbereich der teilnehmenden Akteur*innen, bestimmte Themen etwas umfangreicher und detaillierter vor, so etwa wenn Personen mit beruflicher Erfahrungen in der Armutsbekämpfung oder in der Jugendarbeit tätig sind. Regionale Spezifika werden im Folgenden nur kurz angeführt, zum einen, weil die meisten Ergebnisse generell gelten, zum anderen, weil Handlungsansätze zwar für regionale und kommunale Aktivitäten aufgegriffen werden können, im praktischen Tun beispielsweise von Gemeinden oder Kleinregionen aber über Entwicklungs- und Handlungsfelder in der Region ohnehin eine Abstimmung mit den wesentlichen Partner*innen notwendig erscheint.

6.1 Themen und Herausforderungen auf der Ebene von Familien

Die Ergebnisse der Fokusgruppen unterstreichen jene der Familienbefragung. Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, damit zusammenhängend eine nicht ausreichende Kinderbetreuung, die Schwierigkeit einer breiten Information über bestehende Angebote, besonders auch des Zugangs zu jenen Gruppen, die am meisten Unterstützung benötigen würden, die Erreichbarkeit von Angeboten sowie die notwendige Unterstützung und Beratung für sozial und finanziell benachteiligte Familien ziehen sich durch alle Befunde.

Sie werden auch zumeist in einem engen Zusammenhang betrachtet. Generell werden die Hauptherausforderungen wie z.B. die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch mit der strukturellen

Diskriminierung von Frauen und der fehlenden Chancengerechtigkeit diskutiert. Zusätzlich thematisiert sind zumeist auch Möglichkeiten der Stärkung von Familien über eine intensive Auseinandersetzung mit „Familienbildern“ (die nicht nur die Kernfamilie umfassen), über verstärkten Austausch und Vernetzung in der Wohnumgebung, speziellen Angeboten der Elternbildung sowie allgemein die Möglichkeiten einer „familienfreundlichen Gemeinde“ mit eigenen Ansprechpersonen, Ressourcen und Initiativen.

Das breite Spektrum der Akteur*innen im weiten Feld der „Familienpolitik“ trat bei der Auflistung der relevanten regionalen Ansprechpartner*innen deutlich zu Tage – es reicht von den in den unmittelbaren Lebenswelten für die „Daseinsvorsorge“ zuständigen Gemeinden über Kinderbetreuungsinstitutionen, Schulen, Gesundheits-, Beratungs- und Sozialeinrichtungen bis zu den Eltern und Kindern als eigentliche Zielgruppen familienpolitischer Aktivitäten.⁹⁴

Im Folgenden werden kurz die wichtigsten Befunde und Ableitungen (angepasst an die wichtigen Themenfelder der Familienbefragung) zusammengefasst.

6.1.1 Familienbilder

Familien haben sich in den letzten Jahrzehnten vielfältig entwickelt. Herkömmliche Bilder und Vorstellungen stimmen oft nicht mehr mit den Lebensrealitäten der Familien überein, prägen aber im Alltag Rollen, Zuständigkeiten, Erwartungen und Aufgaben. Familien sind längst nicht mehr nur funktionierende Kernfamilien mit einem ausreichenden Netz an familiärer Unterstützung, sondern häufig auch auf externe Unterstützung angewiesen. Dies betrifft etwa Alleinerziehende, Familien mit erhöhtem Betreuungsbedarf für einzelne Mitglieder – von Kindern mit Behinderung bis zu pflegebedürftigen (älteren) Familienangehörigen, Familien mit Migrationshintergrund, die noch einer grundlegenden Orientierung bedürfen, aber auch aus dem Inland zugezogene Familien ohne entsprechende familiäre Unterstützung in ihrem neuen Lebensumfeld. Wichtig sei es nach manchen Teilnehmenden, das Bild von Familie zu erweitern, *„Familie ist das Leben. Von der Geburt bis zum Sterben ist man irgendwie im Kontext der Familie.“* In diesem Sinne gehe es um *„neue Bilder und Erzählungen, die die Lebensrealität von Familien aktuell widerspiegeln, vor allem auch um eine gesellschaftliche Neubewertung“*. Der Diskurs über Familien hinke aber den Realitäten oft hinterher, familienpolitische Diskussionen würden noch viel zu oft als *„klassisches Frauenthema“* geführt. In großen Teilen der Bevölkerung wird nach den Rückmeldungen der in den Fokusgruppen teilnehmenden Akteur*innen noch immer *„ein Idealbild der Familie“* vertreten, das stark von der älteren Generation geprägt ist und meist zu Lasten der Mütter geht. Mütter sind nach wie vor *„die klassischen Hauptansprechpersonen für Familien-Themen“*. Notwendig sei eine breite Sensibilisierung für Familien in ihren vielfältigen Erscheinungsformen sowie den davon abhängigen Unterstützungsbedarfen.

⁹⁴ In den Fokusgruppen wurden folgende wichtige Akteur*innen genannt: Gemeinden (zuständige Abteilungen der Gemeinden, Gemeinderäten bzw. Gemeinderätinnen, Bürgerservice, Bürgermeister*innen) mit 37 Nennungen, Schulen mit 24 Nennungen, Kinderbetreuungseinrichtungen als oft erste Anlaufstelle mit 19 Nennungen, Gesundheits-, Beratungs- und Sozialeinrichtungen (Eltern-, Frauen und Mädchen-, Männerberatung, Kinderschutz- und Eltern-Kind-Zentren) mit 32 Nennungen bis zum Land mit den zuständigen Fachabteilungen, politisch verantwortliche Personen, Förderstellen, die ZWEI UND MEHR-Initiative sowie die nachgeordneten Verwaltungseinheiten (Bezirkshauptmannschaft, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialarbeit) mit 19 Nennungen. Weiters genannt wurden Gesundheitseinrichtungen (Ärzte und Ärztinnen, Hebammen, psychosoziale Versorgung) mit elf Nennungen, Vereine (sieben Nennungen), offene Jugendarbeit (4 Nennungen), regionale Organisationen (Regionalmanagement, Bildungs- und Berufsorientierungs- und Jugendmanagement, Leader-Aktionsgruppen) mit sechs Nennungen sowie Familien selbst (Eltern, Kinder, Angehörige, Peer-Gruppen) mit ebenfalls sechs Nennungen.

Im Zusammenhang mit dem Diskurs über Familien haben Chancengerechtigkeit und Gleichstellung einen zentralen Stellenwert, „*das Thema der Gleichstellung zieht sich durch alle Probleme. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie lastet noch stark auf den Müttern.*“ Die strukturelle Benachteiligung der Frauen ist nach wie vor ein großes Thema, das sich über viele Lebensbereiche zieht und diese beeinflusst. In der Kommunikation und Bewusstseinsarbeit über Familien sollte das Zusammenwirken der geschlechtsspezifischen Lohnschere mit ungleich verteilter Familienarbeit und traditionellen Familien- und Rollenbildern stärker betont werden. Vor allem Frauen kommen unter Druck ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren, sobald Kinder zu betreuen sind. Ihre berufliche Verwirklichung lässt sich nur schwer mit den traditionellen Versorgungsaufgaben als Mutter vereinbaren. Oft kämen noch Selbstvorwürfe⁹⁵ hinzu, diesen nicht genügend zu entsprechen, wenn (vor allem jüngere) Kinder extern betreut werden. Viele Frauen würden auch ihre beruflichen Ambitionen oder Ausbildungswünsche verschieben, bis „*die Kinder größer sind*“, dabei aber oft den Anschluss, das notwendige Selbstvertrauen und - verstärkt durch traditionelle Einstellungen im Umfeld - die Motivation zu neuen beruflichen Anläufen verlieren. Vor allem am Land würde bei Überlegungen zum Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben noch immer die Frage gestellt, warum Frauen arbeiten gehen sollen, wenn damit kein wesentlicher Zugewinn beim Haushaltseinkommen erzielt werden könne. Nach Einschätzung in den Fokusgruppen sind viele Frauen in Bereichen beschäftigt, die schlecht bezahlt sind, was oft der Grund dafür ist, dass Frauen auch ihre Erwerbsarbeit reduzieren. Für niedrigqualifizierte Frauen würden oft nur wenig attraktive Stellen mit gleichzeitig hohen Flexibilitätsanforderungen z.B. im Handel, der Gastronomie, im Tourismus, der Pflege oder der Reinigung zur Verfügung stehen. Arbeitszeiten seien zu wenig geregelt oder werden nicht eingehalten und sind zusätzlich vergleichsweise schlecht bezahlt. Zudem falle die Arbeit oft in die Randzeiten.

Darüber hinaus würden Familien oft klischeehaft „*als glückliches Konstrukt vermittelt*“, weniger als durchaus auch „*eine Quelle der Überforderung*“. Dies und die Idealisierung der Eltern durch vermittelte Rollenbilder würden hohen Druck erzeugen. Es wäre notwendig, realistischere Familienbilder zu vermitteln, denn die klassischen Klischees, so die Einschätzung, fördern immer wieder auch das schlechte Gewissen der Familien und Eltern („*Da gerät man unter Druck, wenn nicht immer alles so rund läuft.*“). Diesbezüglich gehe es insbesondere auch darum, Männer anzusprechen und sie „*in die Pflicht zu nehmen*“.

6.1.2 Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Durch alle regionalen Fokusgruppen zog sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine der wesentlichen familienpolitischen Herausforderungen. Durch die Veränderung der Familien bzw. Haushalte wird auch in ländlichen Regionen das traditionelle familiäre Unterstützungssystem immer brüchiger, Großeltern arbeiten selbst noch oder wohnen woanders, sonstige unterstützende Personen stehen ebenso im Berufsleben und sind daher nur beschränkt einsetzbar. Wie bereits angesprochen wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oft noch als Frauenthema gesehen, obwohl Kinder eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben. Diesbezüglich wirken sich traditionelle kulturelle Prägungen und Familienbilder in Verbindung mit der geschlechtsspezifischen Lohnschere aus. Infolgedessen würde zumeist noch immer das Modell praktiziert, dass der Mann hauptsächlich für das Einkommen zuständig ist und die Frau für die Familienarbeit.⁹⁶

⁹⁵ Die auch - wie im vorhergehenden Kapitel gezeigt - in zahlreichen Anmerkungen in der Familienbefragung zum Ausdruck kamen.

⁹⁶ Deutlich zeigt sich dies bei den Erwerbsquoten nach dem Bildungsabschluss. Frauen mit höchstens Pflichtschulabschluss haben die weitaus geringste Erwerbsbeteiligung.

„In den Köpfen der Männer“ wäre es noch immer wenig verankert, sich stärker zu beteiligen oder auch (länger) in Karenz zu gehen, diesbezüglich würden auch viele Betriebe „nicht mitspielen“.⁹⁷ In den Fokusgruppen herrschte ein weitgehender Konsens darüber, dass Gleichstellung keine Priorität in Firmen habe, Arbeitsplätze nicht familienfreundlich gestaltet seien und Frauen aufgrund ihrer wegen Familien- und Betreuungsarbeit zugeschriebenen geringeren Verfügbarkeit bei Einstellungen schwerwiegende Nachteile erleiden. Nur langsam würden sich Betriebskulturen, vielfach unter dem Gesichtspunkt der Arbeitskräfteabdeckung in Richtung Chancengerechtigkeit verändern. Für eine bessere Vereinbarkeit und höhere Chancengerechtigkeit müssten, so die Einschätzung, die regionalen Unternehmen mit ins Boot geholt werden. Denn „solange im Unternehmen der Mann belächelt wird, wenn er reduziert und Führungskraft bleiben möchte, wird sich auch wenig ändern“. Neben Bewusstseinsbildung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauche es innovative Zugänge in den Betrieben, etwa Cluster von Betrieben, die auf das Thema Familien setzen und z.B. die Zertifizierung „berufundfamilie“ forcieren. Für eine zielführende Bewusstseinsbildung könnten nach Anmerkungen in den Fokusgruppen auch Organisationen wie das Regionalmanagement stärker eingebunden werden, um vor allem Gemeinden und Unternehmen die Wichtigkeit derartiger Bestrebungen für ihre eigene Entwicklung zu verdeutlichen.

Das Thema Vereinbarkeit wird (ebenso wie Gleichstellung) noch überwiegend individualisiert gesehen, Einzelmaßnahmen alleine seien zu wenig, um diskriminierende Rahmenbedingungen und Strukturen, welche vor allem Frauen vor die Entscheidung „Familie oder Berufskarriere“ stellen, zu ändern.⁹⁸ Damit werden oft langfristige Weichen gestellt, bis hin zu Auswirkungen auf die Altersarmut von Frauen. Eine längere Abwesenheit vom Arbeitsmarkt erschwert den Wiedereinstieg, eine Teilzeitarbeit reduziert in den allermeisten Fällen die innerbetrieblichen Aufstiegschancen, in Bewerbungsgesprächen von Frauen ist eine gesicherte Kinderbetreuung eine zentrale Frage. Oft gibt es in den Wohnumgebungen der Frauen weder genügende, zeitlich passende Betreuungsangebote noch passende familienfreundliche Arbeitsstellen. Viele Betreuungs- und Bildungsangebote passen vor allem nicht mit den flexiblen Arbeitszeitanforderungen von berufstätigen Eltern zusammen, was oft nicht im institutionellen Kontext lösbar sei. In den Einrichtungen „müssen recht starre Zeiten eingehalten werden, das ist nicht immer das, was Eltern brauchen und sich für ihre Kinder wünschen“. Kinderbetreuungsplätze können oft nicht genutzt werden, weil sie mit dem beruflichen Alltag der Familien nicht zusammenpassen.

Viele Eltern stehen nach den Befunden in den Fokusgruppen vor der Frage, wie sie ihre Berufstätigkeit mit der Kinderbetreuung gut vereinbaren können. Dabei gehe es nicht nur um die passende Kinderbetreuung, sondern oft vor allem auch um die Frage, was für die Entwicklung des Kindes am besten sei und was dafür von den Eltern eingebracht werden müsse. Spezifische Einrichtungen (wie z.B. Eltern-Kind-Zentren) sind mit Unsicherheiten in der Frage der Erziehung und Kindesentwicklung oder Überforderungen von Eltern konfrontiert, „Wie schaffe ich das? Was kann ich nützen? Soll ich mein Kind in die Krippe geben? Versäumt es etwas, wenn es bei den Großeltern ist?“ usw. Diesbezüglich fehle es nach wie vor an niederschweligen Informationen für Eltern (z.B. einem Orientierungsleitfaden) bzw. an Beratungs- und Austauschformaten im Sinne einer gegenseitigen Stärkung.

⁹⁷ Vgl. Peter Stoppacher: Studie zur Gleichstellung in Kärnten – eine qualitative Annäherung. IFA Steiermark im Auftrag der Kärntner Volkshochschulen. Graz: Juli 2021, S.28ff.

⁹⁸ Erwähnt wurden auch engagierte Kleingemeinden, die mit innovativen Kinderbetreuungsangeboten, Tagesstätten, Heimhilfen etc. versuchen, vor allem in traditionell Frauen zugeschriebenen Lebensbereichen entlastende Dienste zu installieren und so auch eine Berufstätigkeit von Frauen zu erleichtern.

6.1.3 Kinderbildung und -betreuung

Ein adäquates Betreuungsangebot bildet eine Grundvoraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Angebot einer (öffentlichen) Kinderbetreuung ist in allen Regionen ein wichtiges Thema. Obwohl die Kinderbetreuungsplätze in vielen Gemeinden in den letzten Jahren ausgedehnt wurden, sei das Angebot bei weitem nicht ausreichend. Es sei vor allem nicht flexibel auf Bedarfe von Berufstätigen eingestellt. Die Kinderbetreuung wird dann für Eltern schwierig, wenn der Bedarf den institutionellen Rahmen überdehnt: *„Wo gebe ich das Kind in der Früh hin? Was mache ich, wenn ich bis 17.00 Uhr arbeite, die Nachmittagsbetreuung aber um 16.00 Uhr endet?“* Die Kinderbetreuungsangebote mit ihren oft zu kurzen Öffnungszeiten passen häufig nicht zu den beruflichen Anforderungen der Eltern, vor allem, wenn beide Elternteile arbeiten. Probleme verursachen auch die unterschiedlichen Startzeiten von Kindergärten und Schulen, etwa was Betreuungszeiten betrifft. Für Eltern mit Kindern in beiden Institutionen entstehen dadurch weitere Belastungen.

Generell passe das aktuelle System für viele berufstätige Eltern nicht, weil es zu wenig auf die Anforderungen und Gegebenheiten der aktuellen Arbeitswelt abgestimmt ist. Eine Teilnehmerin brachte das so auf den Punkt: *„Schockierend ist, dass das Thema schon so lange ein Thema ist. Von Familien wird auf der einen Seite verlangt, dass sie sich ins System anpassen. Auf der anderen Seite gibt es zwei Jahre Karenzzeit und einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 3. Geburtstag, da fehlt ein Jahr. Wenn man da kein System dahinter hat, wird es schwierig, das ist noch immer nicht angekommen“.*

Generell, so der durchgängige Befund in den Fokusgruppen, seien Kinderbetreuungsplätze in den meisten Kommunen und Regionen weder in ausreichender Anzahl noch mit den benötigten Betreuungszeiten vorhanden. Besonders in auf Grund des hohen Zuzuges wachsenden Gemeinden wird der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote als ein wichtiges Entwicklungsthema gesehen, in kleinen Abwanderungsgemeinden hingegen sei es schwierig, das bestehende (oft auch qualitativ ungenügende) Angebot bewahren zu können. Die genauen Bedarfe müssten, so der Hinweis, in den Gemeinden regelmäßig erhoben und dann bedarfsorientiert angepasst werden.⁹⁹ Lange Wartezeiten auf Kinderbetreuungsplätze und die Schwierigkeiten vor allem von noch nicht berufstätigen Elternteilen, einen günstigeren öffentlichen Betreuungsplatz zu bekommen, verdeutlichen dies, auch seien unterjährige Einstiege vielfach schwer möglich.

Einen hohen Bedarf gibt es nach den Angaben in den Fokusgruppen an Angeboten der Kinderbetreuung für unter Dreijährige (Kinderkrippen) bzw. an Nachmittagsbetreuung. Besonders in kleineren Ortschaften mangle es daran, *„im ländlichen Bereich haben viele Einrichtungen nur halbtags offen“.* In vielen (ländlichen) Regionen würden auch Tagesmütter/Tagesväter den Bedarf kaum abdecken. Es gäbe zwar vereinzelt Tagesmütter/Tagesväter, der Aufwand für Eltern, eine Tagesmutter/Tagesvater in Anspruch zu nehmen, sei aber sehr groß, insbesondere durch die langen Fahrzeiten, die sich durch die örtlichen Bedingungen ergeben. Fehlende flexible Betreuungsmöglichkeiten und Ganztagsangebote treffen vor allem jene, deren Dienste in Randzeiten oder in die Nacht fallen. Tagesmütter/Tagesväter würden von einigen Eltern wegen der familiärerem (nicht institutionalisierten) Atmosphäre und der kleineren Gruppengröße bevorzugt. Andere Eltern würden wiederum aufgrund der Professionalisierung Kinderkrippen und Kindergärten bevorzu-

⁹⁹ Kommunale Bedarfserhebungen werden teils auch mit einer gewissen Skepsis zu betrachtet. So werde oft ein mangelnder Bedarf festgestellt (und Eltern vermittelt), neu geschaffene Angebote sind aber oft sehr schnell „überbucht“. Ist der Bedarf bei Erhebungen (z.B. für Sommerbetreuung) nicht groß genug, finden die Angebote nicht statt. Für Eltern fehlt die Planungssicherheit, bis zur finalen Auswertung sei oft nicht klar, ob es ein Angebot geben wird. Darüber hinaus werde der Bedarf für eine kleinere Anzahl an Familien und Eltern dann einfach nicht abgedeckt, was deren Problem verstärke.

gen, notwendig sei daher eine Angebotspalette, die den Eltern Wahlmöglichkeiten erlaube. Diesbezüglich wurde angeregt, dass Tagesmütter/Tagesväter Kinder auch an externen Wohnorten, ähnlich wie Betriebstageseltern, betreuen dürfen. Damit wäre es für die Gemeinden einfacher, Tagesmütter/Tagesväter anzustellen und die Berufsgruppe würde eine Aufwertung erleben. Derzeit bleibe Eltern (wenn überhaupt) oft nur die Wahl, auf teure private (informelle oder professionelle) Angebote zuzugreifen.

Eine flexible Kinderbetreuung benötigen vor allem Eltern mit flexiblen Arbeitszeitanforderungen, häufig Frauen im Pflegebereich, Handel oder Tourismus. Einen Bedarf an flexibler Kinderbetreuung gibt es oft zusätzlich in den Ferien, wo Angebote vieler Gemeinden nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe berichteten in den Fokusgruppen, dass sich immer wieder sozio-ökonomisch benachteiligte Eltern teure private Unterstützung oder auch eine Kostenübernahme der Nachmittagsbetreuung kaum leisten könnten, familiäre Ressourcen für die Kinderbetreuung aber nicht existierten. Auch wenn beide Eltern arbeiten gehen, seien die Kosten der Kinderbetreuung oft eine ziemliche Herausforderung. Flexible Kinderbetreuung sei auch für „gut verdienende“ Menschen ein Problem, wenn es das entsprechende Angebot nicht gibt. Dramatisch sei die Situation vor allem für Eltern, die aufgrund fehlender flexibler Kinderbetreuungsmöglichkeiten etwa einen Job nicht annehmen können.

Einen Bedarf orteten die Teilnehmenden in den Fokusgruppen auch an einer kurzfristigen Betreuung für Notfälle, wenn Kinder plötzlich krank werden und Eltern zur Arbeit müssen, Kinder würden dann *„immer wieder einmal unbetreut zu Hause gelassen“*. Ein häufig von Einrichtungen wahrgenommener Wunsch betrifft weiters die flexiblere Anpassung der Kinderbetreuung an individuelle Bedürfnisse. Zum einen würden Eltern gerne Angebote nur an jenen Tagen, an denen die Betreuung auch tatsächlich gebraucht wird, nutzen (etwa zwei Tage in der Woche), zum anderen relativ kurzfristig die Betreuungszeit ändern können. Das Thema der Flexibilität ist weiters dort relevant, wo Eltern nur einen sehr geringen Betreuungsbedarf haben. Dahinter stehe oft der Wunsch, mehr Zeit mit den Kindern verbringen zu können und nur dann, wenn es unbedingt notwendig ist, die Kinderbetreuung zu nutzen und auch zu bezahlen. In der Umsetzung sehen Akteur*innen eine große Herausforderung für die Organisation (Essen, Betreuung, Personal etc.) und Auslastung der Plätze.

Im Zusammenhang mit der flexiblen Anpassung der Betreuungszeiten steht auch der von den Fokusgruppen-Teilnehmer*innen erwähnte, oft kontrovers geführte Diskurs um die vermehrte Entscheidungsfreiheit von Eltern. Manche Eltern würden die Betreuung der Kinder (vor allem in den ersten Lebensjahren) gerne vermehrt selber übernehmen. Finanzielle Gründe und auch ein spürbarer gesellschaftlicher Druck, möglichst schnell wieder arbeiten zu gehen, würden das teils vereiteln. Vor allem diese Eltern würden sich statt des „entweder–oder“ (externe Betreuung oder eigene Betreuung) mehr passende Möglichkeiten und mehr Unterstützung für Eltern wünschen. Auch die Ganztagschule wurde als Lösungsansatz ins Spiel gebracht, sie könne ebenso wie adäquate Angebote der Kinderbetreuung viel Entlastung für die Familien bringen und neue Chancen und Teilhabemöglichkeiten (vor allem für Frauen) mit sich bringen.

6.1.4 Stärkung von Eltern - Elternbildung

Ein durchgängiges Thema in den Fokusgruppen ist auch die Stärkung von Eltern für ihre Erziehungsaufgabe. Im Gefolge von allgemeinen rasanten und weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen sowie der konkreten Rahmenbedingungen für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen sei die Unsicherheit gestiegen, wie sich Kinder und Jugendliche am besten entwickeln könnten. Die Vielfalt der Möglichkeiten und die damit verbundenen Wahl- und Gestal-

tungsfreiheit¹⁰⁰ bringe neue Herausforderungen für die Eltern mit sich. Insbesondere für Mütter ist aus Sicht von manchen Akteur*innen im Familienbereich der gesellschaftliche Druck enorm. *„Man bekommt schon oft vermittelt, als Mama nicht zu genügen. Auf der einen Seite soll man 24 Stunden für das Kind da sein, auf der anderen Seite soll man aber gleich wieder ins berufliche Leben zurückkommen und da auch mit 100% da sein“*. Dieses gesellschaftlich geprägte Bild einer *„perfekten Mama“*, so die Einschätzung der Teilnehmenden, ist in den letzten Jahren gewachsen. Die Verunsicherung und das Gefühl der Überforderung betreffe schon junge Frauen: *„Ich weiß nicht, ob ich ein Kind in die Welt setzen und wie ich das auf die Reihe bringen soll.“* Auch die Idealisierung der Elternrolle in vielen vermittelnden Familien- und Elternbildern würde zu Verunsicherung und Selbstzweifel vieler Eltern beitragen.

Ein Faktor für die zunehmende Verunsicherung der Eltern sei auch die Flut an (auch widersprüchlichen) Informationen. Vielfältigste Informationsquellen (Facebook-Gruppen, Podcasts, Kinderärztinnen und -ärzte, Internet, Ratgeber) würden dazu beitragen, dass Eltern oft nicht mehr wüssten, wem sie vertrauen können und welche Informationen für sie relevant sind.¹⁰¹ Dabei scheine das Vertrauen in die eigene Erziehungskompetenz *„ein wenig verloren zu gehen“*, Einrichtungen im Kinder- und Familienbereich nehmen wahr, dass *„klassische Erziehungsthemen“* wieder nachgefragt würden. Oft sei es auch hilfreich, über jene Themen zu sprechen, die in der Öffentlichkeit als störend wahrgenommen werden (etwa, wenn Kinder in Lokalen nicht ruhig sitzen oder Jugendliche sich zu laut und auffällig in der Öffentlichkeit verhalten würden).

Die Verunsicherung von Eltern, die generell vor vielen Herausforderungen stehen, ist laut den Akteur*innen der Fokusgruppen auch eine Ursache dafür, dass Eltern zunehmend Schwierigkeiten haben, ihren Kindern einen freien Entwicklungsraum zu ermöglichen. Viele Eltern könnten *„schwer loslassen“* und würden *„ihren Kindern generell wenig zutrauen“*. Das Bedürfnis, immer genau zu wissen, *„wo ihre Kinder gerade sind und was sie tun“* bzw. die daraus entstehende *„Überkontrolle“* beeinflusse einerseits eine *„normale“* Entwicklung der Kinder und belaste andererseits die Eltern in ihrer Elternrolle. Vor allem leistungsfokussierte Eltern würden sich selbst und ihren Kindern oft einen hohen Druck machen, viele Eltern müssten in der Beratung *„regelmäßig gebremst“* werden. Mit Blick auf andere Eltern verstärkte sich das Konkurrenz-Verhalten. Teilweise sollten Eltern auch gestärkt werden, wieder auf ihr *„Bauchgefühl“* zu hören um Fragen wie *„Was kann ich tun, damit mein Kind am Abend ins Bett kommt?“* oder *„Welche Bildungsangebote passen für mein Kind?“* bewältigen zu können.

Notwendig erachtet wird diesbezüglich eine Elternbildung, die Eltern in ihrer Beziehung zu den Kindern stärkt und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten der Erziehung in den Fokus rückt. Ein wichtiges Thema in der Elternbildung betreffe auch die Möglichkeit, wie Eltern in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden können, den Eltern nicht alles abzunehmen und ihnen ihre Rolle und Verantwortung bewusst zu machen. Erfolgsversprechende Formate der Elternbildung seien informelle und niederschwellige Elterngruppen und Workshops, die zu Austausch und Hilfe in der Peer-Group anregen, beispielsweise Treffen *„in einem netten Rahmen, wo die Kinder etwas erleben können, aber auch der Austausch der Eltern ermöglicht wird“*, wo Vernetzung untereinander sowie der Austausch über persönliche Erfahrungen und Fragestellungen im Vordergrund stehen. Dazu brauche es Aktivitäten, die den Austausch unter den Eltern mit ähnlichen Problemstellungen fördern. Auch Elternnetzwerke oder Elternrunden zu besonderen Themen (z.B. Tren-

¹⁰⁰ Erwähnt werden können für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen etwa internationale Einflüsse im Kontext von Jugendkulturen, -medien und damit einhergehenden Weltbildern und Wertesystemen, die Kommerzialisierung ihrer Lebenswelten, die Rolle der digitalen Kommunikation und des virtuellen Raums etc.

¹⁰¹ Durch Corona habe sich diese Dynamik noch weiter verstärkt, weil wenig persönlicher Austausch möglich war.

nungssituationen) werden als wichtiges Angebot genannt, „*Kinder brauchen Freunde, Eltern brauchen auch andere Eltern zum Austauschen.*“

Besonders in kleineren Orten würden sich Familien nach Einschätzung von Fokusgruppen-Expert*innen Treffpunkte bzw. Austauschmöglichkeiten wünschen, wo sie sich ohne Konsum- und Beratungszwang vernetzen können, eine Art „*Familienzentrum, wo es nicht nur um pädagogische Betreuung geht, sondern um (generationenübergreifenden) Austausch und Voneinander-Lernen.*“¹⁰² Dabei könnten insbesondere auch neu zugezogene Familien einen niederschweligen Zugang zur alteingesessenen Bevölkerung und damit zu gegenseitiger Unterstützung finden. Diesbezüglich brauche es Initiativen auf Gemeinde- und Regionsebene. Auch Willkommens-Besuchen komme eine Schlüsselfunktion beim Erreichen von schwer zugänglichen Familien und bei der Bewerbung von Angeboten der Elternarbeit zu. Gemeinden oder Institutionen sollten den Raum für diese niederschweligen Treffen zur Verfügung stellen, bei Bedarf könne eine professionelle Ansprechperson zugezogen werden.

6.1.5 Information – Zugang zu schwer erreichbaren Gruppen

Eine häufige Erfahrung in vielen Bereichen, so auch in der Elternbildung und Familienberatung, ist jene, dass eher Personen erreicht werden, die sich bereits von sich aus gezielt mit Erziehungsthemen etc. auseinandersetzen und die bestehenden Angebote nutzen. Vielfach werde damit nur eine Mittel- bis Oberschicht angesprochen. Bestimmte Gruppen würden mit Angeboten der Elternbildung oder Beratung kaum oder gar nicht erreicht. Im lokalen Umfeld gäbe es oft wenig Wissen, wie sie sich zusammensetzen, was sie konkret brauchen und wie sie erreicht werden könnten.¹⁰³ Als schwer erreichbare Zielgruppen werden etwa Personen mit Migrationshintergrund, armutsgefährdete und sozial ausgegrenzte Personen, bildungsferne Eltern oder auch junge Mütter, die vor dem 18. Lebensjahr schwanger werden, genannt. Eine besondere Herausforderung sei es, Männer bzw. Väter zu erreichen. Als Ansatzpunkte, die helfen, diese Gruppen zu erreichen, wurden in den Fokusgruppen anerkannte und verständnisvolle „*Personen, die diese Eltern an die Hand nehmen*“ und damit eine Brückenfunktion ausüben, ein niederschwelliger Zugang, informeller Austausch und Vernetzung usw. genannt. Für diese Gruppen brauche es vor allem sehr niederschwellige Ansprache und Personen, die den Zugang ebnen, „*irgendjemanden aus dem sozialen Netz wie Nachbarschaft oder Kommune oder Hebamme.*“ Um Hemmschwellen abzubauen und die Bereitschaft erhöhen zu können, längerfristig Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen, sei eine weniger problemorientierte Ansprache der Familien und geeignete „*Räume und Andockstationen*“ notwendig. Insbesondere im ländlichen Raum mit einer „*Tradition*“, mit Problemen alleine fertig zu werden, würden Familien, aber auch Jugendliche oft lange brauchen, um Unterstützungsangebote bzw. Hilfe anzunehmen. Diesbezüglich könnte Sensibilisierungs-Arbeit, z.B. in Form einer „*Image-Kampagne mit Role-Models, die zeigen, dass es in Ordnung ist, dass ich Hilfe in Anspruch nehme*“ oder eine Art „*Ausstellung, wie es einem geht, wenn man in so einer Situation ist*“, Abhilfe schaffen.

Der schwierige Zugang zu jenen Eltern, die Unterstützung am meisten benötigen, betreffe auch Angebote, die wenig bis gar nichts kosten wie z.B. einen gratis Nachhilfeunterricht oder

¹⁰² Eine Herausforderung sei es, diese Orte so einladend und offen zu gestalten, dass sie auch gut von berufstätigen Eltern genutzt werden können. Als Beispiel dafür wurde ein Eltern-Kind-Zentrum genannt, da „*passiert schon viel an diesen Begegnungen, die so wichtig sind.*“

¹⁰³ Dafür bräuchte es eine vertiefende Analyse in der Region. Angemerkt wurde aber in den Fokusgruppen, dass beispielsweise schon die Zugänge bei Bedarfserhebungen, etwa bei Fragebögen, für bestimmte Gruppen nicht funktionieren würden.

Schulstartpakete für einkommensschwache Familien.¹⁰⁴ Auch diese Angebote kämen - teilweise durch Scham oder auch Nicht-Wissen bedingt - bei bestimmten Zielgruppen nicht an. Eltern würden beispielsweise lieber Bezahl-Nachhilfe in einer anderen Gemeinde in Anspruch nehmen, um anonym zu bleiben. Möglicherweise würden Eltern es als individuelles Versagen sehen, wenn sie Hilfe in Anspruch nehmen. Daher machte es Sinn, Nachhilfe-Angebote als „Förderung“ zu verkaufen und so weniger die Problemorientierung in den Fokus zu rücken.

Vor allem in ländlichen Regionen wird den Gemeinden eine bedeutsame Rolle zugesprochen, um schwer erreichbare Gruppen anzusprechen. Gemeinden bzw. engagierte Bürgermeister*innen und Gemeinderät*innen wären noch immer eine erste Anlaufstelle bei vielen Problemen, sofern es sich nicht um stark tabuisierte Themen handle¹⁰⁵, z.B. auch bei der Suche nach Kinderbetreuungsangeboten in der Wohnregion.

Ein in den Fokusgruppen öfters benanntes Problem ist auch jenes, Informationen über mögliche Angebote und Leistungen gebündelt, verständlich und zielgerichtet *„genau dort hinzubringen, wo sie gebraucht wird, ohne die Menschen damit zu überfordern“*. Familien bräuchten Unterstützung beim Herausfinden, welche Angebote für sie möglich, notwendig und hilfreich sind und wo man sich hinwenden kann. Gemeindemedien haben diesbezüglich eine große Bedeutung, gegebenenfalls sei ein gemeinsames, regionales Vorgehen hilfreich, das sicherstelle, dass Informationen über die Schnittstelle Gemeinden auch weitergeleitet werden und bei den Adressat*innen ankommen. Als hilfreich werden auch *„eine Art Informationsdrehscheibe“* (z.B. eine Website, wo Informationen zum Thema Familie gebündelt aufbereitet sind) oder auch gut und kompakt aufbereitete *„Familien-Ratgeber“* von offiziellen Stellen¹⁰⁶ eingeschätzt.

Generell wurde in den Fokusgruppen immer wieder darauf hingewiesen, dass es niederschwellige Informationsstellen und Angebote für Familien bzw. Eltern, die sich alleine *„oft mit bestimmten Themen überfordert fühlen“* brauche, etwa eine niederschwellige Anlauf- oder Clearingstelle. Diese Funktion würde derzeit vor allem die Eltern-Kind-Zentren, Eltern- sowie die Frauen- und Mädchenberatungsstellen übernehmen. Als gelungenes Beispiel dafür wurde das *„Wohnzimmer/Sozial-Info Leibnitz“* als Informations- und Anlaufstelle, welche im Zuge der Landesinitiative *„Gemeinsam stark für Kinder“* entstanden ist, genannt, wo integriert in einen Kaffeehaus-Betrieb ein Ort des Austausches und der Begegnung entstanden sei. Familien können dort hinkommen, es stehen Wickeltisch, eine Still-Ecke und niederschwellige Informationen über relevante Themen und Angebote zur Verfügung. Eine Anlaufstelle für Familien sei ein wichtiges Gestaltungsfeld von Gemeinden, welche damit signalisieren können, dass ihnen das Thema Familie wichtig ist.

Kritisch angemerkt wurde in den Fokusgruppen, dass viele Informationen noch im *„klassischen Sinne“* aufbereitet und verbreitet würden und damit das alte Familienmodell und vor allem Mütter als Ansprechpersonen adressieren. Es brauche neue und kreative Wege, um die Familie als Gesamtsystem (vor allem auch Männer und Väter) anzusprechen. Information müsse auch in mehrsprachiger Ausführung verfügbar sein.

Vermehrter Informationsbedarf wird auch im Bereich der Bildungs- und Berufsorientierung (BBO) geortet. Nach Erfahrung vieler Einrichtungen wünschen sich Eltern oft eine bessere Aufklärung über die Möglichkeiten der Schulausbildung und Berufswahl ihrer Kinder entsprechend ihrer Kompetenzen und Interessen. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass Kinder und Ju-

¹⁰⁴ Diesbezüglich sind ferner die Schulbeihilfe der AK oder die Schulstartaktion der Volkshilfe zu erwähnen.

¹⁰⁵ Beispielsweise Armut, Beziehungsprobleme, Gewalt in der Familie, Sucht, mangelnde Basisbildung etc.

¹⁰⁶ Eventuell gekennzeichnet mit einem *„Gütesiegel für vertrauenswürdige Information“*.

gendliche ihre Berufswahl weitgehend selbstbestimmt treffen können. Dazu brauche es Aufklärung, Informationen und einen guten Überblick über die Angebote für junge Menschen. Derartige Bestrebungen sind auch in der BBO-Strategie des Landes festgeschrieben und werden regional von den BBO-Koordinator*innen in den Regionalmanagementstellen umgesetzt.¹⁰⁷

Nach den Erfahrungen von Teilnehmenden in den Fokusgruppen bestehe in manchen Regionen auch ein Bedarf an Bildungsangeboten für jene jungen Menschen, die keinen Mittelschul- bzw. Pflichtschulabschluss haben und für die ein weiterer Schulbesuch nicht zugänglich ist. Maßnahmen wie „Ausbildungsfit“ oder Basisbildungskurse seien immer schnell ausgebucht, es gäbe zu wenige Plätze. Es brauche auch eine Stärkung der Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen, vor allem im sozialen Bereich und eine Ausweitung an unterstützenden Maßnahmen und Ausbildungsplätzen für diese Zielgruppe.

6.1.6 Sonstige Angebote für Familien und Eltern

Im Folgenden werden weitere Bedarfe skizziert, die nicht durchgängig, aber doch recht häufig ein Thema in den Fokusgruppen waren, was zum Teil auch auf die spezifische institutionelle Expertise der Teilnehmenden zurückgeführt werden kann. Es sind dies Angebote für Kinder und Jugendliche, die medizinische, vor allem sozialpsychiatrische Versorgung, sowie die Auseinandersetzung mit der zunehmenden Digitalisierung, sowohl was die Chancen und Gefahren (z.B. für Jugendliche) als auch ihre Funktion für Informations- und Beratungsangebote betrifft. Diesbezüglich habe sich vor allem im Verlauf der Corona-Pandemie viel getan. Mehrmals betont wurde insgesamt der Aspekt der sozialen Ausgrenzung in Verbindung mit nicht vorhandenen finanziellen Mitteln in Familien.

6.1.6.1 Medizinische und sozialpsychiatrische Versorgung

Auch in den Fokusgruppen wurde die medizinische und vor allem sozialpsychiatrische Versorgung allgemein, in den peripheren Regionen ganz besonders, als problematisch hervorgehoben. Kinderärzte bzw. -ärztinnen gäbe es vor allem in den Bezirksstädten, die wenigen kinder- und jugendpsychiatrischen Stellen würden aus „aus allen Nähten platzen, da gibt es ewige Wartezeiten, weil die überlastet und ausgebucht sind.“ Der Bedarf vor allem an niederschwelliger Beratung sei in den letzten Jahren gestiegen. Es fehlten kurzfristig verfügbare kostenlose Beratungsangebote und Therapieplätze in den Regionen. Eine erste Basis-Beratung werde oft z.B. in Kinderschutzzentren angeboten. Unterstützung werde auch durch die Flexiblen Hilfen oder die Frühen Hilfen geleistet. Darüber hinausgehend würden Eltern meist an freie Anbietende vermittelt, was für viele aber nicht leistbar sei. Vor allem durch die Corona-Pandemie sei die Nachfrage nach Angeboten für Eltern, Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen wieder verstärkt spürbar geworden. Auch die Nachfrage nach Beratung zur Gewalt-Thematik, Trennungen, Scheidung bzw. finanziellen Auswirkungen (Armut) habe in den letzten Jahren enorm zugenommen. Für junge Menschen mit psychischen Problemen sei eine niederschwellige und zeitnahe psychiatrische Betreuung besonders wichtig. Die Verzögerung der ärztlichen Versorgung führe nach den Rückmeldungen dazu, dass die Inanspruchnahme oft so lange hinausgeschoben wird, bis es „gar nicht mehr anders geht, dann wird es oft eine stationäre Betreuung“. Werden Kinder und Jugendliche aus dem stationären Bereich entlassen, gäbe es kaum eine weiterführende psychiatrische

¹⁰⁷ Beispielsweise werden Übersichten der BBO-Angebote mit den Gemeindeseiten verlinkt, Berufsorientierungsmessen und -tage umgesetzt, praktische Erprobungsmöglichkeiten angeboten, wie z.B. die „kreativen Lehrlingswelten“ und ähnliches mehr.

Betreuung. Problematisch sei vor allem die längerfristige Begleitung von Kinder und Jugendlichen, die sich diese Begleitung nicht leisten können. Es gebe viel zu wenige Kassenplätze für Therapien, wenn Kosten entstehen, sind diese von den Eltern zu tragen. Ein finanzielles Entgegenkommen der Anbietenden sei meist eher eine persönliche Entscheidung. Nach Erfahrung vieler Akteur*innen in den Fokusgruppen gibt es immer mehr Familien, die sich kostenpflichtige Angebote nicht mehr leisten können und deshalb nicht in Anspruch nehmen. „Wenn man alleinerziehend ist, ist auch ein kleiner Betrag zu viel.“ Für sie bräuchte es Zuschüsse, etwa Unterstützungen für Personen auf Gemeindeebene. In vielen Regionen gäbe es auch kaum Angebote für Paarberatung, Gewaltschutz, Trennungen oder zu „Spezial-Themen“ wie „Schrei-Babys“ oder Entwicklungsverzögerungen. Eine Lösung dafür könnten etwa niederschwellige Austauschgruppen, Gesprächsrunden bzw. punktuelle Schwerpunktabende für Eltern zu speziellen Themen oder kontinuierliche mobile Angebote in Außenstellen sein.

Für Familien mit psychologischem Beratungsbedarf brauche es den Ausbau entsprechend kostenloser bzw. kostengünstiger (präventiver und mobiler) Angebote, die so früh wie möglich niederschwellig zur Verfügung stehen sollten. Wichtig sei ebenso, dass Anstrengungen unternommen werden, um zu einer Entstigmatisierung von Hilfe und Helfen im Bereich der Beratung und Therapie zu gelangen. Gerade im ländlichen Bereich verhindere diese oft noch die Inanspruchnahme von Angeboten, eventuell könnten in diesbezüglichen Kampagnen Role-Models für Jugendliche genutzt werden. Gleichzeitig wird betont, dass vielfach die Grundlagen, um den Bedarf tatsächlich abschätzen und entsprechende Angebote entwickeln zu können, nicht gegeben sind.¹⁰⁸

6.1.6.2 Angebote für Kinder und Jugendliche

Große Mankos orteten die Teilnehmenden an den Fokusgruppen auch bei Angeboten für Jugendliche. Für Familien und Kinder gäbe es noch mehr Angebote, für Jugendliche würden diese aber „zusehends dünner“. Ältere Kinder und Jugendliche werden in der Angebotsplanung nach Erfahrung etlicher Akteur*innen in den Fokusgruppen oft „vergessen“ und nicht mehr dem Familienbereich zugeordnet.¹⁰⁹

Im städtischen Bereich würden sich Jugendliche im öffentlichen Raum kaum unbeobachtet bewegen können, Jugendliche würden „ständig überwacht“, aber es sei wichtig, Jugendliche „einfach einmal sein“ zu lassen. Dazu brauche es unbeobachtete Orte, die den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. In ländlichen Gemeinden hingegen würden Angebote für Jugendliche außerhalb traditioneller Verbände und Vereine oft gänzlich fehlen, vor allem auch ein niederschwelliges Freizeitangebot, auch unter Berücksichtigung diverser Jugendkulturen.¹¹⁰

¹⁰⁸ Hingewiesen wurde darauf, dass Bürgermeister*innen zu oft davon ausgingen, dass es keine Probleme gebe.

¹⁰⁹ Diesbezüglich haben die Regionalen Jugendmanagements in den sieben Regionalmanagements die Aufgabe, die Gemeinden zu sensibilisieren. Es gibt weiters ein neues Handbuch „Standortfaktor Jugend - Stärkung der Kommunalen Jugendarbeit“, die RJM fungieren als Multiplikator*innen bei der Vermittlung und Anwendung des Handbuchs in den Gemeinden.

¹¹⁰ An den gesellschaftlichen Entwicklungen und weitreichenden Änderungen der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, in denen Eltern, Schulen sowie traditionelle Kinder- und Jugendarbeit an Bedeutung verloren, die „Gleichaltrigen-Gruppe der Peers und interessensgebundenen Cliques“ gewonnen habe, setzt auch die „Strategie zur Kinder- und Jugendarbeit in der Steiermark“ an. Sie bietet einen Handlungsrahmen für alle Beteiligten im Netz von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Tätigen in diversen Einrichtungen sowie den politisch und fachlich Zuständigen. Wichtige Aspekte dabei sind ein verstärktes Augenmerk auf Beteiligung bzw. Einbindung der Zielgruppen, die sozialräumliche Orientierung der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Positionierung von Kinder- und Jugendarbeit als Partner*in von Familie und Schule. Vgl. Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit, a.a.O., S. 5ff.

Notwendig seien mehr Ressourcen für die offene und mobile Jugendarbeit sowie ebenso auch spezielle (mobile präventive) Angebote¹¹¹ für (sozial benachteiligte) Jugendliche in kleineren Gemeinden wie Streetwork, Schulsozialarbeit, Suchtprävention oder Workshops, an denen „*nicht nur Jugendliche, sondern auch interessierte Eltern, Lehrer*innen, alle, die mit Jugendlichen zu tun haben, teilnehmen können*“. In städtischen Bereichen seien diese Möglichkeiten noch eher gegeben.

In den Fokusgruppen wurden auch finanzielle Notlagen von Familien angesprochen. Immer wieder könnten Kinder und Jugendliche „*nicht das machen, was sie machen möchten, weil die finanziellen Mittel fehlen*“. Sichtbar sei das vor allem zum Schulstart oder bei Anträgen für Unterstützungsleistungen für Schulveranstaltungen. Die Freizeitmöglichkeiten für diese Familien und Kinder seien oft sehr eingeschränkt. „*Fußballspielen im Verein ist dann oft nicht möglich, weil sie sich den Vereinsbeitrag nicht leisten können, auch wenn sie noch so gute Kicker sind.*“ In vielen Gemeinden würden familiengerecht gestaltete Spielplätze, die den Wünschen der Kinder entsprechen, attraktive Freizeit- und Sportangeboten (z.B. im Bereich von Trendsportarten, die von Eltern und Kindern als qualitativ hochwertig erlebt werden und im besten Fall wenig bis gar nichts kosten), und auch öffentliche Treffpunkte mit Wickelmöglichkeiten an zentralen Orten ohne Konsumationspflicht etc. fehlen.

Kommunale Jugendarbeit, welche Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen aufgreife, solle insgesamt einen viel höheren Stellenwert einnehmen. Wichtig sei es vor allem, sie zu ermutigen, sich aktiv an Entwicklungsprozessen in Gemeinden zu beteiligen, etwa bei der selbstbestimmten Gestaltung von Jugendzentren, Jugendräumen, Freizeitangeboten etc. Dazu braucht es aber Anstöße und Aktivitäten von Gemeinden, engagierte Personen, die junge Menschen ermutigen, wie z.B. eigene Jugendreferent*innen inklusive Budget, einen Kinder- und Kindergemeinderat, passende Gebäude und Räumlichkeiten sowie Kooperationen mit Organisationen, die von Jugendlichen angenommen würden.¹¹² Auch die gezielte Förderung des Vereinslebens wird als wesentliche Grundlage für den Aufbau eines förderlichen Umfeldes für junge Menschen beschrieben. Kinder sollen, so die Expertise, schon sehr früh in Kontakt mit den unterschiedlichen Vereinen kommen, um die Region besser kennenzulernen und verschiedene Interessen entwickeln zu können. Besonderes Augenmerk solle dabei auf die Angebote für junge Frauen und Mädchen gelegt werden. Damit entsteht eine frühe Bindung an die Region und eine höhere Wahrscheinlichkeit, wieder in die Region zurückzukehren. Wichtig sei eine gute Balance zwischen pädagogisch hochwertigen Angeboten und niederschweligen Aktionen, die Kindern und Jugendlichen Spaß machen und partizipative Prozesse fördern.

6.1.6.3 Umgang mit der Digitalisierung

Die Nutzung von digitalen Informations- und Beratungsangeboten wurde in den Fokusgruppen als ein zentrales Thema für Familien hervorgehoben. Digitale Möglichkeiten hätten vor allem durch die Corona-Pandemie einen neuen Stellenwert bekommen, viele Eltern hätten sich damit auseinandergesetzt bzw. auseinandersetzen müssen, da habe „*sich viel Positives getan*“.¹¹³ Viele Eltern

¹¹¹ Derartige Angebote würden oft von Familien nicht gesehen bzw. als passende Angebote erkannt werden.

¹¹² Als Beispiel wurde etwa auf ein gemeindebergreifendes Jugendprojekt in Zeltweg-Fohnsdorf-Judenburg hingewiesen. Auch von der Jugendstrategie des Landes Steiermark werden derartige Projekte mit Beteiligung angestrebt, wo Jugendliche sich entfalten und Selbstbestimmung erfahren können.

¹¹³ Viele Familien seien durch die Corona-Pandemie an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen. Besonders während der Lockdowns wäre es kaum möglich gewesen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Kindern fehlte der Kontakt mit anderen

seien mittlerweile in diesem Bereich „gut unterwegs“ und hätten sich viele Kompetenzen angeeignet. Die Nutzung digitaler Medien sei auch eine Möglichkeit gewesen, Isolation und Vereinsamung (die vor allem in der Corona-Zeit insbesondere von Alleinerziehenden gespürt wurde) zu verringern. Für Zuständige in familienpolitischen Einrichtungen sei es teilweise auch schwierig gewesen, den Kontakt zu Familien in dieser Zeit aufrecht zu erhalten, vor allem die „ganz normalen Familien, die beim Jugendamt noch nicht bekannt sind“, hätten kaum unterstützt werden können. Auch für diverse Anbietende habe es einen merkbaren positiven Entwicklungsschub gegeben, Elternbildung oder Beratung könne nun auch gut digital angeboten werden. Mit Online-Angeboten, so eine Erfahrung, hätten vor allem auch Väter erreicht werden können.

Viele Eltern seien aber auch nach wie vor mit der Digitalisierung überfordert, sowohl was die Beherrschung der Kompetenzen als auch mögliche Gefahren betreffe, wenn beispielsweise Kinder in der digitalen Welt „versinken“ würden und sich dabei verlieren. Zwar gäbe es viele gute Unterstützungsangebote (wie Safer Internet), bestimmte Elterngruppen nutzten diese jedoch nicht und seien verunsichert. Oft sei ihnen auch nicht bewusst, welche Risiken der Konsum digitaler Medien mit sich bringe. Besondere Probleme gäbe es mit Familien, die nicht über die entsprechenden Ressourcen und entsprechende Infrastruktur verfügen.

Als notwendig erachtet werden auf kommunaler und überregionaler Ebene eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Thema (etwa in der Elternbildung, in der Jugendarbeit), eine Bewusstseinsbildung für Chancen und Risiken, aber auch Angebote, wo niederschwellig grundlegende Kompetenzen erworben werden können.

6.2 Themen und Herausforderungen auf der Ebene der Akteur*innen

Im Folgenden stehen wichtige Akteur*innen, welche für die Umsetzung familienpolitischer Zielsetzungen, die Entwicklung von Vorgaben oder die Förderungs- und Finanzierungsfragen strukturell zuständig sind, im Zentrum. Dies sind auf der untersten Ebene vor allem Gemeinden und Gemeindeverbände, aber auch Bezirkshauptmannschaften und Regionalstrukturen, weiters das Land als finanzierende und für die Planung entscheidende Stelle sowie die vielen Einrichtungen und Organisationen, die familienpolitische Leistungen anbieten. Entsprechend den Ergebnissen der Fokusgruppen wird dabei zwischen der Aufgabe der Gemeinden, den Finanzierungs- und Förderstrukturen, der Vernetzung zwischen relevanten Akteur*innen im Sinne regionaler Bedarfsplanung und Entwicklungsstrategien sowie dem Handlungsfeld Elementarpädagogik mit seinen aktuellen Personal- und Imageproblemen differenziert.

6.2.1 Ebene Gemeinden

In den Fokusgruppen wurden im Netz der wichtigen Akteur*innen eindeutig die Gemeinden an vorderster Stelle gereiht. Gemeinden stellen die unmittelbaren Lebenswelten von Familien dar, in denen grundlegende Bedarfe abgedeckt werden - oder auch nicht. Gemeinden sind die ersten Akteure, die einerseits mit den Problemen und Wünschen ihrer Bewohner*innen konfrontiert sind, andererseits damit auf einer strukturellen Ebene auch Zuständigkeiten und Verantwortung besit-

Kindern, in Familien hat der Austausch mit anderen Eltern gefehlt. Eltern, die in dieser Zeit ihren Job verloren haben, habe das sehr zugesetzt. Folge von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit wären auch finanzielle Einschränkungen in Familien gewesen, „bei manchen es ist sich hinten und vorne einfach nicht mehr ausgegangen mit dem Geld“. Das Home-Schooling sei ebenso eine große Herausforderung gewesen. Hier wäre viel an den Frauen hängen geblieben. Die Pandemie habe Frauen wieder in traditionellere Rollen gedrängt, sie sollten „alles unter einem Hut bringen und das im besten Falle gleichzeitig“.

zen. Als unterste Verwaltungs- und Organisationseinheiten haben sie oft auch die Vorgaben des Landes oder des Bundes zu vollziehen, z.B. in der Kinderbetreuung, der Ausbildung etc.

Die Lebensqualität von Gemeinden bzw. Regionen bzw. ihre Attraktivität als Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum für Familien ist nur bedingt von (kleineren) Kommunen gestaltbar, sie steht in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Entwicklungen und Entscheidungen mit Auswirkungen auf das Arbeitsplatzangebot. Aber auch die Ausstattung mit Bildungseinrichtungen etc. wird zumeist auf anderer Ebene entschieden. Trotz dieser Einschränkungen bleiben Gemeinden noch viele Möglichkeiten, wie sie mit einer gezielten Daseinsvorsorge mögliche attraktive Rahmenbedingungen für die anwesende Bevölkerung, aber auch für zuziehende Personen schaffen. Durch Abwanderung und zunehmende Konzentration wichtiger Infrastrukturen würden viele Kleingemeinden immer mehr an (gesellschaftlichem) Leben in den Ortskernen und so zusätzlich an Attraktivität verlieren. Am Land sei auch der öffentliche Verkehr bzw. die schlechte Erreichbarkeit von möglichen Arbeits-, Betreuungs- und Ausbildungsplätzen ein großes Hindernis. Oft gebe es nur wenige öffentliche Verkehrsverbindungen, diese überdies noch schlecht getaktet und zeitaufwändig. Häufig fehle eine Möglichkeit, relativ einfach öffentlich die regionalen Zentren zu erreichen. Aus diesem Grund wäre vielfach in den Randgemeinden ein Zweitauto eine Notwendigkeit. Viele Familien könnten sich aber kein Zweitauto leisten.

Eine Folge davon sei häufig auch die Abwanderung. Der Abwanderungsdruck mit Folgen für Kommunen, Regionen und die Daseinsfürsorge bleibe bestehen, solange Gemeinden nicht auf passende Lebensbedingungen für Bewohner*innen, besonders auch Frauen, achten würden. Dieser Zusammenhang sei der Kommunalpolitik oft noch nicht bewusst.

Im Bereich der Daseinsvorsorge wurde in den Fokusgruppen auf der Gemeindeebene neben der nicht ausreichenden Kinderbetreuung vor allem das Angebot an Wohnungen bzw. die hohen Lebens- und Wohnkosten problematisiert. Vielfach würden weniger begüterte Familien aus boomenden Regionen wegziehen müssen, um Kosten des Wohnens zu reduzieren. Im Gefolge des Tourismus werde der Wohnraum für Einheimische teurer und *„Familien mit Kindern werden hinaus in die Peripherie gedrängt.“* In den entlegeneren Orten mangle es wiederum an adäquater Infrastruktur für Familien mit Kindern und an passenden Arbeitsplätzen. Von dieser Situation besonders betroffen seien Alleinerziehende, für sie seien hohe Wohnkosten eine große Hürde, oft sei *„nach einer Scheidung nicht einmal mehr Geld für eine Waschmaschine da“*. Leistbarer Wohnraum für Familien (mit Grünflächen, Gärten und Balkonen) und Armutsbekämpfung müssten in der Kommunal- und Regionalentwicklung stärkere Berücksichtigung finden, diesbezüglich könnten auch revitalisierte Gebäude in Ortskerne genutzt werden, wichtig sei es, auf eine soziale Durchmischung zu achten.

In den Fokusgruppen wurde auch kritisch angemerkt, dass zu wenig getan werde, um Regionen für Jungfamilien attraktiv zu machen. Gemeinden sollten sich mehr mit der Frage beschäftigen, wie sie die *„gut ausgebildeten Leute wieder zurück in die Region“* bringen. Besonders junge Menschen verlassen die Region für eine höhere Ausbildung und kehren dann oft nicht mehr in die Region zurück. Nur wenige Gemeinden setzen bislang nach dem Kenntnisstand in den Fokusgruppen gezielte Anreize für eine Rückkehr nach der Ausbildung oder zur Zeit der Familiengründung. Als Anreize wurden etwa attraktive Wohnangebote bzw. der Ausbau von leistbarem Wohnraum, Probewohnen für junge Familien genannt. Es brauche aber auch Schulungen für Gemeinden, Betreuungsangebote, die eine Ausübung des Berufs ermöglichen, sowie weitere Unterstützungen für Familien (z.B. ein Willkommen-Service).

Als Ursachen für mangelnde Aktivitäten zur Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für Familien wurde in den Fokusgruppen einerseits die Überlastung der Gemeinden mit vielen Aufga-

ben sowie der enge finanzielle Spielraum, andererseits aber auch die fehlende Problemwahrnehmung von Verantwortlichen, welche die *„Zusammenhänge zwischen dem Kinderbetreuungsangebot und die damit fehlenden Möglichkeiten für Frauen, Beruf und Kinderbetreuung zu vereinbaren, oft nicht erkennen würden“*, benannt. Dies stehe auch mit dem geringen Frauenanteil auf Gemeindeebene in Zusammenhang, *„aktuell sind viel weniger Frauen in der Politik aktiv, da ist ein Ungleichgewicht und daher sind die Interessen ungleich verteilt“*. Folge sei oft ein Wegzug, *„wenn Frauen keine Möglichkeiten haben, wandern sie ab“*.

Eine kommunale Aufgabe orten die Teilnehmenden der Fokusgruppen auch in speziellen Hilfen für Familien mit geringen finanziellen Ressourcen. Hier gehe es vor allem um finanzielle Engpässe, die immer wieder auftauchen. Gefordert werden für eine kommunale Armutsbekämpfung mehr finanzielle Leistungen für Familien bzw. familienentlastende Dienste. Das betrifft besonders Alleinerziehende und Mütter sowie Väter in sogenannten Problemsituationen (Scheidungen, Jobverlust, etc.), sie brauchen niederschwellige, schnelle und unbürokratische Hilfe und finanzielle Unterstützung. Besonders Frauen würden unter Druck stehen und an sich selber oft auch sehr hohe Anforderungen stellen. Sie sind, wie es eine Teilnehmerin ausdrückt, oft *„zerrissen zwischen den Bedürfnissen der Kinder und den eigenen Bedürfnissen, selber finanziell unabhängig zu sein“*.

Im ländlichen Bereich stellen zusätzlich die Mobilität und öffentliche Verkehrsanbindung zentrale Herausforderungen dar. Berichtet wurde von zunehmenden Anfragen in Gemeinden, etwa wie Kinder am Nachmittag von der Schule etc. nach Hause kommen sollen. Oft könnten Angebote (Freizeitangebote, Nachmittagstermine z.B. Musikschule, Sportvereine) deshalb nicht genutzt werden, weil die Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs begrenzt sind. Das betreffe vor allem Familien, die unter schwierigen sozioökonomischen Bedingungen leben bzw. ohne ein informelles Hilfsnetz, aber auch ältere Personen. Hier brauche es innovative gemeinsame Lösungen im Sinne der Eltern und der Kinder.

In den Diskussionen der Fokusgruppen war es oft Konsens, dass viel mehr getan werden müsse, um die Anliegen von Familien stärker in den Fokus zu rücken und langfristig deren Verbleiben in ihrer Wohnumgebung zu fördern. Voraussetzung dafür sei der politische Wille, Weitsicht, und die Bereitschaft, über den eigenen Tellerrand zu blicken, um nachhaltige Maßnahmen zu setzen, die das Leben der Familien in der Region unterstützen. Dazu seien auch gemeindeübergreifende zusätzliche Angebote und Projekte notwendig, die sowohl finanziell als auch organisatorisch extern unterstützt werden.¹¹⁴ Besonders kleine Gemeinden könnten davon profitieren, wenn über ihre Gemeindeebene hinaus gedacht werde.

Generell wurde in den Fokusgruppen festgestellt, dass in jenen Gemeinden, in denen es Ansprechpersonen, Personal und Ressourcen gibt, das Thema Familie eher verankert werde sowie Angebote bedarfsorientiert entwickelt und gut kommuniziert würden. Wo Ansprechpersonen und Ressourcen auf Gemeindeebene fehlen (oft in kleineren Gemeinden), gelinge die Verankerung familienbezogener Politik weniger. Notwendig seien innovative Lösungen, damit auch kleinere Gemeinden Familien als wichtiges Entwicklungsthema implementieren und gemeinsam konstruktiv mit gemeindeübergreifenden Angeboten im Feld der Familie gestalten können. Nach Erfahrung von in der Regionalentwicklung tätigen Personen ist es eine wichtige Aufgabe von Gemeinden, Familien zu stärken und die entsprechenden Schritte zu setzen. Eine *„familienfreundliche“*

¹¹⁴ So würden Einzelaktionen von Gemeinden im Bereich der Sommerbetreuung für Kinder oft bei den Familien nicht ankommen und einen hohen Ressourcenaufwand bedeuten, denn *„jede Gemeinde macht eine Sommeraktion, oft tageweise, am Nachmittag, stundenweise, das ist keine Entlastung für viele Familien“*. Als positives Gegenbeispiel wurde etwa das gemeindeübergreifende Sommerprogramm für Kinder im Paltental in Kooperation mit regionalen Vereinen erwähnt.

Gemeinde sei zukunftsfähiger und könne in vielen Handlungsfeldern von der Abwanderung bis zur Beteiligung positive Beiträge leisten. Nicht überall sei dies jedoch in den Gemeinden angekommen. Oft sei es auch schwierig, Kontakt zu Ansprechpersonen in Gemeinden zu bekommen, oft würden Informationen versickern, wenn es keine dezidierten Ansprechpersonen gibt. Wichtig sei ein Austausch auch zwischen den Gemeinden, um gemeinsame Angebote als Schlüssel zu einer verbesserten Versorgung zu forcieren.

6.2.2 Ebene Finanzierung und Förderstrukturen

Gemeinden stehen wie andere Träger familienpolitischer Maßnahmen und Angebote in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu den jeweiligen finanzierenden Stellen bzw. Fördergebenden und deren Strukturen. In den Fokusgruppen wurde diesbezüglich kritisch angemerkt, dass zum einen die Bürokratie in der Arbeit der Akteur*innen zugenommen habe, andererseits für die Gewährung immer mehr Förderkriterien zu erfüllen seien, etwa was Netzwerkarbeit oder die genaue Bestimmung der Zielgruppen bestimmter Maßnahmen angehe. Kurzfristige Änderungen von Seiten des Landes, neue Förderrichtlinien oder die Anforderung, „*Bestehendes durch etwas Neues zu ersetzen*“, auch wenn dieses gut funktioniere, würden die Arbeit erschweren, Ressourcen und Anforderungen würden teilweise immer weniger zusammenpassen. Als herausfordernd für die Arbeit wurden die Rahmenbedingungen genannt. Hier geht es neben ausreichend finanziellen Mitteln für die Arbeit auch um Zeitressourcen für die eigentliche Arbeit („*ein wenig mehr Zeit für alle Dinge*“) und um eine gute Infrastruktur. Als problematisch wurde auch der „*Rechtfertigungsdruck*“ genannt, der sehr viel Dokumentationszeit erfordere. Auch wenn die Anforderungen der Dokumentation nachvollziehbar und sinnvoll seien, würde der Aufwand für Berichte, Abrechnungen (auch für verhältnismäßig kleine Summen) Ressourcen in Anspruch nehmen, die letztlich für die eigentlichen Aufgaben abgingen.¹¹⁵ Herausfordernd für viele Einrichtungen sei auch der relativ kurze Planungshorizont (oft gäbe es nur Jahresverträge)¹¹⁶, was es erschwere, gut ausgebildete und bewährte Mitarbeiter*innen längerfristig binden und ihnen damit auch eine Perspektive eröffnen zu können. Ein Planungszyklus von zwei bis drei Jahren sowie eine einfachere Förderabwicklung wären erwünscht. Ganz generell wurde darauf hingewiesen, dass es im Feld der Familien- und Elternarbeit als langfristige Investition in die Zukunft eigene Kriterien der Wirksamkeitsmessung brauche und eine betriebswirtschaftliche Bewertung und Sichtweise in diesem Bereich viel zu kurz greife.

Problematisiert wurde auch die Bindung von Förderungen an Neuentwicklungen, „*Förderungen gibt es nur, wenn es eine innovative Idee gibt*“. Teilweise, so die Anmerkungen, sei es vor dem Hintergrund knapper zeitlicher Ressourcen und finanzieller Mittel sinnvoller, zunächst etablierte Angebote vor Ort zu stärken, bevor neue Projekte ins Leben gerufen würden, eventuell mit einer Basis-Förderung, „*man muss nicht immer das Rad neu erfinden. Das ist momentan aber oft notwendig, um neue Fördergelder zu bekommen.*“

Das führe auch dazu, dass Angebote für Familien und Jugendliche selten über mehrere Jahre stabil zur Verfügung stünden. Die häufigen Veränderungen in der Angebotslandschaft würden Familien den Zugang zusätzlich erschweren. Notwendig sind aus dieser Perspektive mehr Stabili-

¹¹⁵ Eine zentrale Entwicklungsfrage sei daher: „*Wie schaut eine schlanke, reduzierte Dokumentation aus, damit man mehr Zeit für die eigentliche Arbeit hat?*“

¹¹⁶ Dies betreffe auch viele Einzelpersonen (Referent*innen, Vortragende, Berater*innen), die indirekt von Fördergeldern abhängig seien und mit ihrem Blick von außen eine wichtige Stütze in der Familien- und Elternarbeit darstellen würden. Angemerkt wurde auch, dass Familien- und Elternarbeit auch immer noch vom ehrenamtlichen Engagement abhängig sei, u.a. auch in den Eltern-Kind-Zentren. Hier gibt es den Wunsch nach entsprechender Entlohnung für Ehrenamtliche.

tät und eine längerfristige Ausrichtung erfolgreicher Unterstützungsangebote, damit keine Beziehungsabbrüche entstehen, andererseits sollten aber auch immer neue Wege, um die Zielgruppen zu erreichen, ausprobiert werden. Die Entwicklung neuer Angebote erfordere viel Zeit für die Konzeptarbeit, teilweise gäbe es viele gute Projektideen und Aktionen für Familien, vieles scheitere aber bei der Entwicklung und Umsetzung an umständlichen bürokratischen Abläufen und speziellen Anforderungen an pädagogische Konzepte, die volle Finanzierung sei nur schwer aufzustellen. Benötigt würde ein einfacher und niederschwelliger Zugang zu Fördermitteln. Angeregt wurden ferner Finanzierungsmöglichkeiten für bereichsübergreifende Angebote (Soziales, Kinder, Jugend, Sport etc.).

Im Kontext der Entwicklung von neuen Angeboten und Projekten wurden Fördermöglichkeiten oder Calls für kleine Projekte angeregt. Oft würden solche bei Ausschreibungen nicht zum Zug kommen, sie wären aber für die regionale Entwicklung und für Familien häufig sehr wichtig. Eine ventilierte Idee war es, ein Innovationsbudget für Regionen auszuschütten, das für kleine Projekte zur Verfügung stehe.

Generell beurteilten Akteur*innen in den Fokusgruppen das grundsätzliche Verteilungssystem von Fördermitteln nach Einwohner*innenzahl als vor allem für ländliche Regionen problematisch. Sichtbar werde dies beim Thema Kinderbetreuung, welche in peripheren Regionen mit dem Verteilungssystem des Regional-Budgets nach Einwohner*innen kaum finanziert werden könnte. Eine Adaptierung dieses Verteilungsschlüssels wurde angeregt.

6.2.3 Ebene Elementarpädagogik

Ein massives strukturelles Problem, das in der letzten Zeit auch viele Aktivitäten der Betroffenen angestoßen hat, besteht nach den Akteur*innen in den Fokusgruppen in Hinsicht auf Berufsbedingungen und der Abdeckung des Personalbedarfs in der Kinderbetreuung. Aus jetziger Sicht sei es kaum sinnvoll, „neue Betreuungsrichtungen zu bauen, weil es gibt kein Personal“. Einrichtungen hätten schon jetzt Probleme, ihre offenen Stellen mit entsprechend qualifiziertem Personal zu besetzen. Vor allem für Randzeiten sei es schwierig, zusätzliches Personal zu bekommen. Der Mangel an qualifizierten Pädagog*innen sei derzeit die größte Herausforderung für Einrichtungen, auch weil damit sowohl die Qualität der Betreuung als auch die Frage der Öffnungszeiten verbunden sei. Ursachen dafür seien das nicht attraktive Image des Berufs in Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen, geprägt durch einen zu niedrigen Betreuungsschlüssel, großer Verantwortung und hohen Druck. Das Personalproblem werde sich ohne Gegensteuerung in den nächsten Jahren weiter verschärfen, etwa weil viele ältere Pädagog*innen in Pension gehen werden.

Die Wichtigkeit und Wertigkeit der Arbeit nach innen und außen müssten gehoben werden. Hinweisen wurde auf die wichtige Funktion von Kinderbildungseinrichtungen als Drehscheibe, „mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr hat man alle Familien am Tablett.“¹¹⁷

¹¹⁷ Im Projekt „Gemeinsam stark für Kinder“ in der Südoststeiermark wurde ein Pionierprojekt zur Stärkung von Kindergarten- und Krippenpädagog*innen umgesetzt. Es wurde ein Netzwerk aufgebaut, wo sich Beschäftigte trägerübergreifend austauschen und weiterbilden können.

6.2.4 Ebene Vernetzung

Nach den Rückmeldungen in den Fokusgruppen ist es auch für Akteur*innen im Familienbereich eine Herausforderung, den Überblick über alle (kommunalen und regionalen) Angebote und Möglichkeiten zu bewahren, Zuständigkeiten und Kompetenzen zu kennen und für die jeweiligen Familien das richtige Angebot zu finden. Neben einer gut aufbereiteten Übersicht über Angebote seien auch persönliche Kontakte zwischen den Anbietenden mit ihren speziellen Expertisen hilfreich, damit ein mögliches Angebot schnell vermittelt werden könne. Das sei insbesondere im Feld der schwer erreichbaren Familien wichtig, wie es Erfahrungen bei den Frühen Hilfen und bei Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe zeigen würden. Im Konsens wurde dafür in den Fokusgruppen eine Netzwerkarbeit mit entsprechenden Ressourcen als notwendig befunden, damit gemeinsam das Beste für Familien erreicht werden könne. Zusätzlich zur Vernetzungsarbeit brauche es einen guten inhaltlichen Austausch unter den Einrichtungen, diesbezüglich hätten sich in den letzten Jahren vor allem fallbezogene Konferenzen mit entsprechenden Rahmenbedingungen und Ressourcen bewährt.

Als positiver Ansatz für die Vernetzung mit anderen Einrichtungen wurde in den Fokusgruppen auch die Initiative „Gemeinsam stark für Kinder“ des Familienressorts des Landes mit einer strukturierten und zielgerichteten Kooperations- und Netzwerkarbeit hervorgehoben. Als weiteres Beispiel wurde der Angebotskatalog im Bereich Bildungs- und Berufsorientierung genannt, der in der Umsetzung zwar recht aufwändig, aber für Eltern dann sehr hilfreich sei. Angeregt wurde eine institutionelle Vernetzung als „System im Hintergrund“, das gemeinsam am Thema Familie arbeitet und dieses Thema regional strategisch weiterentwickelt.

7. Zusammenfassung und Empfehlungen

Im Zuge des gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Wandels, der u.a. mit der Flexibilisierung und Deregulierung am Arbeitsmarkt einhergeht, haben sich auch Familienkonstellationen weg von generationenübergreifenden Haushalten hin zur Kernfamilie mit einem bis zwei Kind/ern verändert. Die Vielfalt von Familienformen hat hingegen zugenommen. Neben den traditionellen durch Ehe verbundenen Familien sind Lebensgemeinschaften, Patchwork-Familien, Ein-Eltern-Haushalte von Alleinerziehenden, Familien, in denen Personen durch die Berufstätigkeit überwiegend für die alltägliche Erziehung und Betreuung wegfallen, oder auch eingetragene Partnerschaften getreten. Familien haben sich auch zusehends räumlich breiter verteilt, damit wurde familiäre Unterstützung in der Kinderbetreuung, aber auch bei der Pflege von Angehörigen schwieriger.

Welche familienpolitischen Herausforderungen damit einhergehen, zeigte sich in der ZWEI UND MEHR-Familienbefragung bzw. den Fokusgruppen und Zukunftsworkshops mit beruflich tätigen Akteur*innen rund um die Familie, welche die empirische Basis für den gegenständlichen Familienbericht bildeten, deutlich.

Herausforderungen bestehen demnach bei der institutionellen Kinderbetreuung, vor allem für Kleinkinder, in der Nachmittagsbetreuung und in den Ferien, bei der gesundheitlichen und psychiatrischen Versorgung sowie bei für Familien attraktiven Wohnumgebungen. Die ungenügende Kinderbetreuung aus Sicht der Befragten und Teilnehmer*innen an den Fokusgruppen beeinträchtigt auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vor allem Frauen stecken wegen unzureichender Betreuungsplätze für Kinder sowie des nach wie vor großem familiären und persönlichen Drucks durch traditionelle Familien- und Rollenbilder beruflich zurück. Aufgrund von Teilzeitarbeit droht die Gefahr ungenügender sozialer Absicherung, vor allem im Alter. Auch die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten spielen eine große Rolle bei der Ent-

scheidung, wer auf die Berufskarriere verzichtet. Belastungen durch die Familienarbeit liegen nach wie vor bei den Frauen. Nach den Angaben in der Familienbefragung machen sie auch häufiger Abstriche bei ihren persönlichen Interessen und Perspektiven. Finanzielle Belastungen erleben vor allem Alleinerziehende, jüngere Eltern und solche mit geringerer Formalbildung - und dies in Zusammenhang mit ungenügender und kostenintensiver Kinderbetreuung und der „Teilzeitfalle“. Diese Gruppen zeigen auch die größten Informationsdefizite über Angebote für Familien und sind mit diesen nur schwer zu erreichen.

In der alltäglichen Lebensführung von Familien zeigten sich neben einem Ungleichgewicht in der Aufteilung der Familienarbeit, das überwiegend zu Lasten der Frauen geht und vor allem ihre beruflichen Tätigkeiten massiv einschränkt, auch viele Lücken in der Unterstützung von außen. Dies betrifft neben der Kinderbetreuung vor allem eine Beratung bei Fragen der Entwicklungsförderung und Erziehung, der schulischen und beruflichen Bildung, der Gesundheits- oder der Suchtprävention, bei denen Eltern oft verunsichert und überfordert sind. Die partnerschaftliche Lebensführung in den Familien, im idealen Fall im Sinne eine Balance zwischen beruflicher und familiärer Rolle bei beiden Eltern, wird sowohl durch nach wie vor bestehende geschlechtsspezifische Zuschreibungen und Rollenbilder als auch durch strukturelle Bedingungen enorm erschwert. Dazu zählen vor allem die massive Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt in Zusammenhang mit ihrer (möglichen) Mutterschaft, ungleiche Karenzregelungen und die Lohnschere zwischen Männern und Frauen.

Familien bilden nach wie vor ein Fundament der Gesellschaft und stellen jene Sozialisationsinstanz dar, die den nachhaltigsten Einfluss auf die Entwicklung und Bildung von Kindern hat. Ergänzend zu den Familien haben auch Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Freund*innen, Gleichaltrige, weitere Vereine, Jugendtreffs, Gemeinden sowie unterschiedliche Anlaufstellen wichtige Aufgaben für die Sozialisation. Allgemeines Ziel der Familienpolitik ist es, Familien in ihrer Vielfalt und in unterschiedlichen Phasen so zu unterstützen und finanziell abzusichern, dass eine positive familiäre Entwicklung und vor allem ein bestmögliches Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen gewährt sind. Um dieses Ziel zu erreichen, ist familienpolitisch vor allem bei den wichtigsten Einflussfaktoren auf die Sozialisation der Kinder anzusetzen und variabel und zielgerichtet mit Zeit-, Geld- und Infrastrukturleistungen zu unterstützen. Zeit- und Geldleistungen fallen nach dieser Differenzierung familienpolitischer Leistungen vorwiegend in den Verantwortungsbereich des Bundes wie Mutterschutz, Karenz, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Familienbonus, steuerliche Entlastungen oder die Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten für die Pension. Je näher an den Lebenswelten von Familien, umso mehr kommen infrastrukturelle Leistungen für Familien ins Spiel, wobei diesbezüglich auf der kommunalen und regionalen Ebene häufig Vorgaben bzw. Mindeststandards von Bund und Land zu erfüllen bzw. auch erforderlich sind.

Verbesserungen bei diesen familienpolitischen Leistungen umfassen etwa eine gezielte Förderung von Familien, besonders jener, die nicht in der Lage sind, selbst ihrer Kinder bestmöglich in ihrer Entwicklung zu fördern. Beispielsweise erfolgt dies zu allererst durch Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe (Flexible Hilfen, Elternberatungszentren, Frühe Hilfen, Nahtstelle Schulsozialarbeit etc.), weiteres durch Ermäßigungen für Angebote wie auch durch bestimmte Förderangebote für Lernbetreuung, Sprachförderung etc. Weiters von Bedeutung sind ausreichende und qualitätsvolle, den Bedarfen der Familien entsprechende Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen und Schulen. Überlegenswert erscheinen gestaffelte finanzielle Zuschüsse und Unterstützungen für Familien. Bei Kinderbildungs- und -betreuungsangeboten ist ein Augenmerk auf die Leistbarkeit und auf adäquate und ausgeweitete Öffnungszeiten zu legen. Ab-

hängig vom Bedarf der Eltern und Kinder sowie der regionalen Arbeitsplatzsituation sind auch flexible Zusatzangebote mit Kleingruppen, Tagesmüttern/Tagesvätern etc. essentiell.

Zusätzlich notwendig sind Unterstützungsangebote, um Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern. Dies beinhaltet ausreichende und niederschwellige Beratungs- und Therapiemöglichkeiten vor Ort in den Regionen für Familien und Kinder, die zeitnah zur Verfügung stehen wie Nachhilfe oder zB Betätigung im Sport-, Freizeit- und Kulturbereich.

Ebenso von Bedeutung sind niederschwellige Angebote der Elternbegleitung, Elternbildung und Elternstärkung. Diese umfassen etwa gut aufbereitete Informationen zu relevanten Familien-Themen, Schwerpunktveranstaltungen mit externen Stellen oder den Austausch in beispielsweise von Gemeinden initiierten und unterstützten Familiennetzwerken. Dazu zählen aber auch entlastende mobile Dienste für pflegende Angehörige, z.B. haushaltsnahe Dienstleistungen, tagesstrukturierende Angebote für betagte Familienmitglieder etc.

Die Versorgung mit Unterstützungsangeboten und primärpräventiven Angeboten ist ein wichtiger Teil im Zusammenhang mit der Stärkung der Familie und sollte in der Bedarfs- und Angebotsplanung für Regionen verankert werden. Mit Fokus auf mehr Individualisierung sollte ein in vielen Belangen stärker flexibilisiertes Leistungsangebot geschaffen werden, welches familiären Herausforderungen im Spannungsfeld Familie und Individuum entspricht. Als wichtig erachtet wird aber auch, dass in anderen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem der Wirtschafts- und Arbeitswelt, Maßnahmen zur Anerkennung von Familienleistungen und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Elternteile konsequent unterstützt werden.

Auf der strukturellen Ebene ist es notwendig die Vereinbarkeit und Gleichstellung als Querschnittmaterie, welche alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft, zu positionieren. Gleichstellung ist kein „Frauenthema“, sondern eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit, um Lebensbedingungen zu schaffen, die nicht ein Geschlecht benachteiligen, sondern allen Menschen nutzen. Notwendig ist vor allem der Ausbau der Kinderbildung- und -betreuung, um Frauen mehr Partizipation in jeglicher Hinsicht – ob Arbeit, Ausbildung, gesellschaftliches Leben, Kommunalpolitik - zu ermöglichen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als ein zentrales Anliegen der Gesellschaft und der Familien- und Gleichstellungspolitik bzw. die Prämisse von Partnerschaftlichkeit und Gleichberechtigung setzt aber auch Maßnahmen voraus, die traditionelle Familienvorstellungen bzw. geschlechtsspezifische Rollenbilder ebenso wie Organisationskulturen in Gemeinden, Betrieben, Vereinen, Arbeitszeitmodelle und ungleiche Entlohnungen als Hindernisse der Vereinbarkeit begreifen und hier entgegensteuern.

Auf regionaler und kommunaler Ebene ist es notwendig, die Wichtigkeit von Aktivitäten zu verstärken, damit Familien jene Rahmenbedingungen und Begleitstrukturen vorfinden, die für die Entwicklung ihrer individuellen Lebensentwürfe notwendig sind. Nur so kann der Abwanderung, vor allem in ländlichen Regionen, entgegengewirkt und Gemeinden in ein „familienpolitisches Tun“ gebracht werden. Dies betrifft vor allem familiengerechte Wohn- und Lebenswelten und eine unterstützende Infrastruktur für Familien. Das Land Steiermark könnte einen diesbezüglichen Orientierungsrahmen bzw. eine familienpolitische Leitlinie für die Steiermark (in Kooperation mit relevanten Institutionen) entwickeln. Beispielsweise wird dies bei den Strategien des Landes Steiermark für Kinder- und Jugendarbeit, Bildungs- und Berufsorientierung, Lebensbegleitendes Lernen sowie Gleichstellung bereits erfolgreich praktiziert.

Im Überblick bestehen folgende familienpolitischen Handlungsoptionen, wobei nur jene aufgenommen wurden, auf welche das Land Steiermark, die steirischen Regionen und Kommunen bzw. Anbietende familienbezogener Leistungen im Bundesland Einfluss haben.¹¹⁸

Schlussfolgerungen

Ebene Land

- Entwicklung einer familienpolitischen Leitlinie unter Einbeziehung relevanter sowie regionaler Akteur*innen im Kontext Familie
- Sensibilisierung der Gemeinden für Bedürfnisse der Familien
- weitere Intensivierung und Erweiterung des Netzwerks der teilnehmenden Gemeinden an der Initiative „Gemeinsam stark für Kinder“ und Prüfung der Möglichkeiten für mehr Anreize (finanzielle Ressourcen) dafür auf regionaler Ebene
- Verstärkte Vernetzung von wichtigen Akteur*innen im familienpolitischen Bereich von der Landesebene bis auf die Regionalebene (beispielsweise im Zuge der Initiative „Gemeinsam stark für Kinder“)
- Forcierung der „Familienfreundlichen Gemeinden“
- Vorgaben und Finanzierung für eine diversifizierte Kinderbetreuung inklusive verbesserter Rahmenbedingungen für Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen
- Kampagnen/Bewusstseinsarbeit für eine bessere Vereinbarkeit und Chancengerechtigkeit unter Einbezug von Unternehmen und Gemeinden
- Förderung für Betriebskindergärten
- Weiterentwicklung, Bündelung und damit einhergehend Erhöhung der Zugänglichkeit zu Information über Angebote für Familien, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – in Kooperation mit relevanten Akteur*innen auf regionaler und lokaler Ebene
- Forcierung der Information zu bereits bestehenden Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten des Landes für Familien
- Forcieren von niederschweligen Präventionsangeboten
- Förderung bzw. Ausweitung leistbarer Angebote des öffentlichen Verkehrs

¹¹⁸ Beispielsweise werden daher Anregungen von Akteur*innen und Familien aus den Erhebungen wie eine „gut bezahlte Karenz bis zum Pflichtkindergartenjahr“ nicht aufgenommen.

Ebene Regionen und Kommunen

- mehr gemeindeübergreifende Zusammenarbeit für die Zielgruppen Familien, Kinder und Jugend
- Vernetzung von Einrichtungen vor Ort, um Angebote zusammen zu führen und gemeinsam sichtbar zu machen (z.B. im Wege von Gemeinsam stark für Kinder)
- Anlaufstellen bzw. eine zuständige Person für Familien in Gemeinden bzw. Kleinregionen vorsehen (z.B. im Wege von Gemeinsam stark für Kinder)
- Ausbau der Kinderbildung- und -betreuung bzw. Ergänzung um (kommunalübergreifende) flexible Angebote – sozial gestaffelte Krippen und Kindergärtenplätze
- kontinuierliche (mobile) Angebote der Familienberatung, Gewaltschutz, Elternbildung und Gesundheitsförderung
- Forcierung der finanziellen Unterstützung bzw. Ermäßigungen für sozioökonomisch benachteiligte Familien (in Notfällen/bei Krankheit, am Schulanfang, in den Ferien, bei Freizeitaktivitäten, bei Elternbildungsangeboten, etc.)
- Unterstützung von niederschweligen Familien-Netzwerken und Gesprächsangeboten für (werdende) Familien und Bezugspersonen (z.B. peer-to-peer-Elterntreffs)
- Weiterentwicklung von stärkenden und zielgruppenorientierten Elternbildungsangeboten, gemeinsam mit Gemeinden und Regionen, z.B. niederschwellige Angebote für EDV- und Medienkompetenz (wie Safer Internet) für Eltern, Kinder und Jugendliche oder von Eltern-Kind-Treffen
- Welcome-Service für neu zugezogene Familien und somit Einbindung in das Gemeindegesehen (z.B. an Hand von Willkommensbesuchen, -mappen, -paketen, etc.)
- Gemeinden als Lebens- und Wohnraum von Familien mit Wohnstraßen, Spiel und Freizeitplätzen sowie hinreichend Grünflächen forcieren und somit Räume für Begegnung, Austausch und Partizipation schaffen. Partizipation ermöglichen: Familien und Kinder mehr in Entscheidungsprozesse miteinbeziehen
- entlastende (kommunalübergreifende) Angebote für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen
- leistbarere Wohnmöglichkeiten für Familien (geförderter Wohnbau, Startwohnungen in revitalisierten Ortskernen, etc.)

Literaturverzeichnis

- 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019. Neue Perspektiven – Familien als Fundament für ein lebenswertes Österreich. Hrsg. vom Bundeskanzleramt/Frauen, Familie, Jugend und Integration (BKA/FFJI). Projektleitung: BKA/FFJI, Abteilung VI/9, Familienpolitische Grundsatzabteilung. Wissenschaftliche Koordination: Österreichisches Institut für Familienforschung, Universität Wien. Wien 2021.
- Ahnert, Lieselotte: Familiäre Sozialisation und institutionalisierte Bildung. In: 6. Österreichischen Familienbericht, S. 147-197.
- Arbeitsmarkt 2020. Steirische Statistiken, Heft 2/2021. Hrsg. vom Land Steiermark, Abteilung 7, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation.
- Dörre, Klaus: Prekarisierung contra Flexicurity. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse als arbeitspolitische Herausforderung. In: Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Hrsg. von Martin Kronauer und Gudrun Linne. Berlin: Edition Sigma2005, S. 53–71.
- Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Tabellenband EU SILC 2020, April 2021.
- Fritsch, Nina-Sophie; Teitzer, Roland; Verwiebe, Roland: Arbeitsmarktflexibilisierung und wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich. Eine Analyse von Risikogruppen und zeitlichen Veränderungen. In: ÖZS 2/2014, S. 91-110.
- Gstrein, Michaela: Grundsätzliche Betrachtungen: Was kann, was soll Familienpolitik. In: 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019, S. 11-63.
- Mauerer, Gerlinde; Kroismayr, Sigrid: Geschlechtsspezifische Rollen im Wandel. In: 6. Österreichischen Familienbericht, S. 317-352.
- Regionale Bevölkerungsprognose Steiermark – Bundesland, Bezirke und Gemeinden. Steirische Statistiken Heft 3/2020. Hrsg. vom Land Steiermark, Abteilung 7, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation.
- Regionalstatistik 2020 der Arbeiterkammer Steiermark.
- Registerzählung 2011 – Bevölkerung, Haushalte, Familien. Steirische Statistiken Heft 1/2014. Hrsg. vom Land Steiermark, Abteilung 7, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation.
- Steirische Frauen- und Gleichstellungsstrategie 2020. Die Steiermark am Weg zu mehr Fairness und Geschlechter-Gerechtigkeit. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 – Fachabteilung Gesellschaft und Diversität. März 2014.
- Steirische Gleichstellungsstrategie. Die Steiermark am Weg zu mehr Fairness und Geschlechter-Gerechtigkeit. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 Fachabteilung Gesellschaft Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen. Februar 2021.

- Steirische Strategie für Bildungs- und Berufsorientierung. Neupositionierung der Bildungs- und Berufsorientierung in der Steiermark. Vision, Ziele, Strategien. Hrsg. vom Landesgremium Steiermark, Bildungs- und Berufsorientierung (BBO-LG). Graz, Jänner 2017.
- Stoppacher, Peter; Saurug, Manfred: Studie zur Gleichstellung in Kärnten – eine qualitative Annäherung. IFA-Steiermark im Auftrag der Kärntner Volkshochschulen. Graz Juli 2021.
- Strategische Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit des Landes Steiermark 2017–2022. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft Referat Jugend 2016.
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2018. Hrsg. von der Statistik Austria. Wien 2019.
- Vierter Tätigkeitsbericht 2017/2018 zum Steiermärkischen Frauenförderungsgesetz 2010. Hrsg. vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 - Fachabteilung Gesellschaft. Graz, Mai 2019.
- Wernhart, Georg; Dörfler-Bolt, Sonja; Neuwirth, Norbert: Das Spannungsfeld Arbeit und Familie. In: 6. Österreichischer Familienbericht 2009–2019, S. 356-405.
- Wohnbevölkerung am 1.1.2021, Wanderungen 2020 Steirische Statistiken Heft 6/2021. Hrsg. vom Land Steiermark, Abteilung 7, Landes- und Gemeindeentwicklung, Referat Statistik und Geoinformation.
- ZWEI UND MEHR. Das steirische Familienmagazin. Ausgabe 45. Herbst 2021.
- Grimshaw, Damian; Rubery, Jill: The motherhood pay gap: A review of the issues, theory and international evidence. University of Manchester, International Labour Office Geneva. (= Conditions of Work and Employment Series No. 57).

Links

Landesstatistik Steiermark

- Abgestimmte Erwerbsstatistik 2019. Familien nach Familientyp. Statistik Austria; Bearbeitung Landesstatistik Steiermark.
- (Privat-) Haushaltsgrößen, Familien und Familientypen, Familien nach Kinderanzahl
- Scheidungen
- Wohnbevölkerung am 1.1.2021. Statistik Austria; Bearbeitung: Landesstatistik Steiermark.

Statistik Austria

- Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt 2021). Hochgerechnet aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.
- Kindertagesheimstatistik 2020/21.
- Familien nach Familientyp, Zahl der Kinder (unter 15 Jahren) und Bundesländern. Jahresdurchschnitte 2021. Hochgerechnete Werte der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021.
- Stieffamilien nach Familientyp („Patchworkfamilien“), Zahl der Kinder, Bundesländern und Gemeindegrößen im Jahresdurchschnitt 2021. Hochgerechnete Werte der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021.

Kinderbetreuungsatlas der AK Steiermark. www.kinderbetreuungsatlas.akstmk.at

Impressum

Herausgegeben von:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung
A6 - Fachabteilung Gesellschaft
Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen
Karmeliterplatz 2, 8010 Graz
E-Mail: familie@stmk.gv.at
Web: www.familien.steiermark.at
www.facebook.com/zweiundmehrsteiermark

Erstellt von:

Dr. Peter Stoppacher, IFA Steiermark
Kreuzgasse 24/6
8010 Graz

Redaktion:

MMag.^a Andrea Koller
Lisa WALTER, MA
Dr. Peter Stoppacher, IFA Steiermark

Layout:

Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen

Fotos:

Gettyimages

Graz, Mai 2022